KURDISTAN REPORT

Für ein freies Kurdistan in einem demokratischen Mittleren Osten



Nr. 167 Mai/Juni 2013 3,– €

Kurdistan Report | Ausgabe 167 Mai/Juni 2013

Nur im Internet | kurdistanreport.de



Zusammenkunft der BDP-Delegation mit der KCK in Qandil Foto: ANF



Die Bevölkerung von Rojava (Westkurdistan) demonstriert gegen die Ausweitung des Krieges Foto: DIHA



Trotz Waffenstillstand der kurdischen Seite gibt es vereinzelte Operationen der türkischen Armee Foto: DIHA

Liebe Leserinnen und Leser,

jetzt ist er doch noch gekommen, der Frühling. Und auch in Kurdistan, die Vögel zwitschern, es wird grün und das Weiß der Berge verschwindet so langsam …

In den letzten 30 Jahren war der Frühlingsbeginn aber auch immer wieder gleichbedeutend mit einem Aufflammen der Gefechte zwischen kurdischer Guerilla und türkischem Militär. Doch nicht so in diesem Frühling. Auf dem diesjährigen Newroz-Fest ließ Abdullah Öcalan in einem historischen Aufruf die Phase des bewaffneten Widerstands für beendet erklären. Mit diesem Frühling soll sich die Tür zur Phase der demokratischen Lösung öffnen.

So kündigte der Exekutivratsvorsitzende der Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistan (KCK) Murat Karayılan aus den Kandil-Bergen kurze Zeit später an, dass ihre Waffen schweigen werden. Auch das türkische Militär hat seine Militäroperationen seitdem deutlich verringert. Dennoch herrscht große Skepsis in der Bevölkerung.

Die Skepsis rührt aus den Erfahrungen mit der AKP-Regierung. Denn es ist nicht das erste Mal, dass diese eine Lösung der kurdischen Frage propagiert, die jedoch in verstärkter Repression endet. In der Vergangenheit sind die dadurch geschürten Hoffnungen in der kurdischen Bevölkerung jedenfalls bitter enttäuscht worden. Doch nicht das fehlende Vertrauen in die türkische Seite, sondern das volle Vertrauen in die eigene Kraft der organisierten Bevölkerung, der kurdischen Freiheitsbewegung und Abdullah Öcalans sind maßgeblich für den gegenwärtigen Prozess. Öcalan versucht mit seinen stark eingeschränkten Möglichkeiten von der Gefängnisinsel Imralı aus dieses Prozess voranzutreiben und richtet sein besonderes Augenmerk auf die türkische Gesellschaft, denn auch sie kann bei einer Lösung der kurdischen Frage und einer Demokratisierung der Türkei nur gewinnen.

Während wir diese Worte zu Papier bringen, gehen die Diskussionen um einen Rückzug der Guerillakräfte aus Nordkurdistan weiter. Dafür wird allerdings eine stärkere Initiative des türkischen Parlaments erwartet. Denn mit dem Waffenstillstand hat die kurdische Seite einen wichtigen Schritt getan, jetzt ist die türkische Seite am Zuge.

In Westkurdistan und Syrien hingegen nehmen die Angriffe der syrischen Regimekräfte auf die kurdische Zivilbevölkerung und die Auseinandersetzungen mit kurdischen Volksverteidigungseinheiten (YPG) täglich zu. Aufgrund dessen sind allein aus dem kurdischen Stadtteil Şêx Meqsûd in Heleb (Aleppo) binnen kürzester Zeit 250 000 Kurdinnen und Kurden in Richtung Westkurdistan geflüchtet. Allerdings erklärte der Kovorsitzende der Partei der Demokratischen Einheit (PYD) Salih Muslim auf der internationalen Konferenz »Die Lösung der kurdischen Frage in Syrien« am 17. April in Berlin, dass ein möglicher Lösungsprozess in Nordkurdistan auch eine positive Rückwirkung auf die Revolution in Westkurdistan haben werde. Im Gegenzug stellte der BDP-Kovorsitzende Selahattin Demirtaş auf derselben Konferenz klar, dass Ausbruch und erfolgreiche Verteidigung der Revolution in Westkurdistan und das damit einhergehende Scheitern der türkischen Außenpolitik in Syrien ebenso ein wichtiger Faktor für den Beginn des aktuellen Prozesses in Nordkurdistan gewesen sei.

Die Chance, dass der diesjährige Frühling zum »Frühling der Völker« im Nahen und Mittleren Osten wird, ist also gegeben. Lasst uns diese Möglichkeit nicht aus der Hand geben!

Ihre Redaktion

aktuelle Bewertung

Der »Zeitgeist« ist auf der Seite des Friedens, der Freiheit und ...

Günay Aslan, Journalist

Bereits Ende 2012 war ersichtlich, dass ein neuer Verhandlungsprozess anbrechen wird, bei dem der PKK-Vorsitzende Abdullah Öcalan im Zentrum steht.

Nach dem Abbruch der Oslo-Gespräche im Sommer 2011 erlebten wir von Neuem eine blutige Phase, die Auseinandersetzungen zwischen der PKK und dem türkischen Militär nahmen zu, die PKK startete einen neuen militärischen Vorstoß und innerhalb eines Jahres verloren mehr als tausend Menschen ihr Leben. Die »Sicherheitspolitik« der AKP schlug somit fehl. Ein militärischer Sieg über die PKK blieb ihr ein unerfüllter Traum.

In derselben Zeit bestimmten die kollektiven Hungerstreiks kurdischer PolitikerInnen in den Gefängnissen der Türkei und Kurdistans die Tagesordnung. Der von tausenden Gefangenen geführte Hungerstreik im Herbst 2012 wurde erst nach einem Aufruf des PKK-Vorsitzenden Öcalan beendet. Während dieser zuvor einer Totalisolation ausgesetzt gewesen war und mehr als dreißig seiner AnwältInnen inhaftiert worden waren, öffnete der türkische Ministerpräsident Erdoğan nun erneut die Tore nach Imralı, wodurch sich eine Rückkehr Öcalans auf die politische Bühne bereits abzeichnete.

Neben dem bereits genannten Aufflammen der bewaffneten Auseinandersetzungen und den Hungerstreiks in den Gefängnissen war ohne Zweifel die Übernahme der Kontrolle der Bevölkerung Westkurdistans über ihre Städte eine wichtige politische Entwicklung, welche die Position der PKK und somit auch Öcalans weiter gestärkt hat.

Der türkische Ministerpräsident hat vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen seine erneute Gesprächsbereitschaft mit Öcalan gezeigt. Mit Beginn des Jahres 2013 wurde in die praktische Phase der Imralı-Gespräche eingetreten. Seit 14 Jahren wurde erstmals der Besuch einer politischen Delegation auf Imralı gestattet. Mit dem Besuch der BDP-Abgeordneten Ahmet Türk und Ayla Akat Ata auf Imralı begann nun die von Erdoğan als »Lösungsprozess« bezeichnete Phase offiziell.

Am 21. März 2013 wurde dann auf den Newroz-Feierlichkeiten von Amed (Diyarbakır) in Anwesenheit von mehr als einer Million Menschen ein Meilenstein in diesem Prozess gesetzt. Das vom PKK-Vorsitzenden verfasste Manifest für die Lösung der kurdischen Frage mit demokratischen und friedlichen Mitteln wurde in kurdischer und türkischer Sprache vorgetragen. Viele nationale und internationale Medien übertrugen dieses Ereignis live.

Öcalan kündigte in seiner Erklärung zunächst an, dass die Phase des bewaffneten Kampfes zu Ende sei und nun die Lösung der Frage auf einer politischen Basis gefunden werden müsse. Anschließend erklärte er, in der Türkei müsse ein neues politisches System errichtet werden, das auf dem demokratischen Willen, der Gleichheit und der Freiheit der Völker basiert. Ihm zufolge ist ein regionales Bündnis zwischen dem türkischen und dem kurdischen Volk unausweichlich, und dementsprechend sollten alle verantwortungsbewusst handeln.

Seit Beginn des Gesprächsprozesses auf Imralı sind nun vier Monate vergangen. Wenn wir jetzt einen Blick zurückwerfen, können wir für diese Zeit Folgendes festhalten:

1. Die kurdische Bevölkerung aus allen vier Teilen Kurdistans ist in diesem Prozess der Einigung nähergekommen.

2. Die internationale politische Konstellation in der Region begünstigt gegenwärtig einen nachhaltigen Lösungsprozess.

3. Auch die Entwicklungen in Syrien haben einen wichtigen Einfluss. Die KurdInnen in Syrien haben ein Friedensabkommen mit der Freien Syrischen Armee (FSA) unterzeichnet. Daraufhin hat das Assad-Regime begonnen, die KurdInnen zu bombardieren. Ob das Regime damit irgendwelche Ergebnisse erzielt, ist mehr als fraglich.

Die wichtigsten Entwicklungen hat der gegenwärtige Prozess selbstverständlich in der Türkei selbst ausgelöst. Die poli-

tischen Verhältnisse im Land verändern sich nachhaltig und es durchlebt gerade ihre Erschütterung.

Mittlerweile ist ein Monat seit dem Aufruf Öcalans vergangen. Das Echo und die Diskussionen halten weiter an. Einerseits wird versucht, das in den letzten dreißig Jahren deutlich gestörte gegenseitige Vertrauen wiederaufzubauen. Andererseits werden mögliche Lösungsmodelle diskutiert. Es wird nach Wegen gesucht, wie die bewaffneten Kräfte der PKK sich hinter die türkischen Landesgrenzen zurückziehen können und wie ein solcher Schritt im Sinne einer demokratischen und gerechten Lösung sein kann.

Seit Anfang April wurden hierzu binnen kürzester Zeit vier wichtige Schritte getan. Zunächst wurde bei einer Zusammenkunft zwischen einer staatlichen Delegation und Abdullah Öcalan über die Art und die Umstände eines möglichen Rückzugs diskutiert. Kurz nach dieser Zusammenkunft reiste eine Delegation der BDP zunächst nach Imralı und dann nach Kandil. Kovorsitzender Selahattin Demirtaş, der Teil der Delegation war, erklärte nach dem Kandil-Besuch, sie hätten den PKK-Verantwortlichen einen Brief Öcalans überbracht. Die PKK habe trotz einiger Bedenken versichert, den Prozess zu unterstützen. Während ich diese Worte zu Papier bringe, wird dieser Tage ein erneuter Aufruf Öcalans erwartet.

Der zweite wichtige Schritt in diesem Monat ist die Erfüllung einer seit Jahren von der PKK verlangten Forderung nach einer »Kommission der Weisen«, die einen positiven Beitrag zu einer demokratisch-friedlichen Lösung leisten kann. Seit Jahren hatte sich die AKP-Regierung gegenüber dieser Forderung taub gestellt. Nun hat sie es sich anders überlegt und einen Rat aus sieben neunköpfigen Gruppen zusammengestellt. Die Gruppen verteilen sich auf sieben Regionen der Türkei und werden dort vor Ort ihren Aufgaben nachkommen. Auch wenn die kurdischen PolitikerInnen die Art und Weise kritisieren, wie diese Weisenkommission zusammengestellt worden ist, so haben sie doch ihrer Arbeit ihre Unterstützung zugesichert.

Ein weiterer wichtiger Schritt wurde im Parlament eingeleitet. Die AKP hat dort die Gründung einer Kommission vorgeschlagen, die sich mit dem möglichen Rückzug der Guerillakräfte der PKK beschäftigt. Auch das entspricht einer gewichtigen Forderung der PKK. Und dem ist im Parlament mit den Stimmen von AKP und BDP zugestimmt und somit die Untersuchungs- und Aufsichtskommission ins Leben gerufen worden.

Und zuletzt hat sich die parlamentarische Vermittlungskommission zur Ausarbeitung einer neuen Verfassung getroffen. Auf dieser Sitzung wurden die Verfassungsentwürfe von AKP, CHP, MHP und BDP diskutiert. Allerdings scheint eine Übereinkunft der Fraktionen hinsichtlich einer neuen Verfassung derzeit eher unwahrscheinlich. Deshalb deutet vieles darauf hin, dass die Verfassung nicht durch einen Parlamentsbeschluss, sondern in einer Volksentscheidung im Herbst dieses Jahres verabschiedet wird.

Ein Ende des Krieges in der Türkei steht in direkter Verbindung mit einem politischen Lösungsprozess in der kurdischen Frage. Trotz einiger Probleme macht der Prozess gegenwärtig auf zwei Ebenen Fortschritte. Es wird offensichtlich, dass die bevorstehenden Tage, Wochen und Monate richtungsweisend sein werden.

Es scheint, dass der türkische Staat in der kurdischen Frage auf der Suche nach einem strategischen Neuanfang ist. Innerhalb seiner Grenzen weckt er mit der Aufnahme des Imralı-Prozesses Hoffnungen auf eine Lösung. Und in der Region versucht er sein Verhältnis zu allen Teilen Kurdistans neu zu strukturieren.

Vor allem die strategischen Abkommen mit Südkurdistan sind hier von Bedeutung. Die Türkei versucht trotz Einwän-



Sakine Cansız, Fidan Doğan und Leyla Şaylemez, die am 9. Januar in Paris ermordet wurden, sind überall auf den Newrozfeierlichkeiten präsent. Foto: DIHA

den der irakischen Zentralregierung durch Öl- und Gasabkommen die Zusammenarbeit mit Südkurdistan zu stärken. Sie scheint zu verstehen, dass sie bei der Neustrukturierung des Nahen und Mittleren Ostens auf eine langfristige Allianz mit den KurdInnen und Kurdistan angewiesen ist.

Auch wenn die Türkei sich noch nicht ihrer Vergangenheit gestellt hat und auch wenn sie noch keine klare Vorstellung von der Lösung der Frage entwickelt hat, sehen wir, dass sie gewisse Suchanstrengungen an den Tag legt. Der Gesprächsprozess auf Imralı ist ein Ergebnis dessen. Die Türkei konnte die KurdInnen nicht aus der Geschichte löschen, nun sucht sie nach Wegen einer gemeinsamen Zukunft mit ihnen.

Wie ernst sie es damit allerdings meint, wird sich im Verlauf dieses Prozesses zeigen. Auf Seiten der PKK sind keine Probleme zu erkennen. Der PKK-Vorsitzende nähert sich der gegenwärtigen Phase strategisch an und schlägt für eine Lösung der Frage ein regionales türkisch-kurdisches Bündnis vor.

Wie die Türkei darauf antwortet, kann in der aktuellen Etappe des Prozesses noch nicht abgesehen werden. Zumal die Provokationen vonseiten der CHP, der MHP und nationalistischer Kreise des Militärs weiter anhalten. Wie die Türkei mit Kräften umgehen wird, die diesen Prozess sabotieren wollen, und ob der türkische Ministerpräsident eine mögliche Lösung seinen politischen Kalkulationen opfern wird, kann noch nicht vorhergesagt werden.

Kurgefasst: Auf dem Weg in Richtung eines Friedens haben KurdInnen und TürkInnen noch schwere Zeiten vor sich. Dennoch müssen wir unsere Hoffnung bewahren, denn der »Zeitgeist« ist auf der Seite des Friedens, der Freiheit und der Gerechtigkeit. ♦

Einige Stimmen zum Aufruf Abdullah Öcalans

Kurdistan: Der Ball liegt bei Erdoğan

»Öcalans Ankündigung ist die historische Gelegenheit für die Türkei, eine demokratische und gerechte Lösung des jahrzehntelangen Konflikts mit den Kurdinnen und Kurden zu ermöglichen. Der Ball liegt nun bei der Regierung Erdogan«, so Jan van Aken, stellvertretender Vorsitzender der LINKEN zum Aufruf des inhaftieren Führers der kurdischen PKK, den bewaffneten Kampf der Organisation in der Türkei aufzugeben. Van Aken weiter: »Dazu ist es notwendig, dass die Türkei jetzt abrüstet – militärisch wie ideologisch. Nur wenn die Kurdinnen und Kurden in der Türkei politische, ökonomische und kulturelle Rechte erhalten und nicht länger wie Bürger zweiter Klasse behandelt werden, kann dieser Schritt Öcalans zum Erfolg führen. Heute, zum kurdischen Neujahrsfest, gibt es wieder einmal Meldungen über Gewalt und Schikane durch die türkischen Sicherheitskräfte, noch immer sitzen Tausende zu Unrecht in türkischen Gefängnissen – diese repressive Politik muss endlich ein Ende haben. Gleichzeitig ist die internationale Staatengemeinschaft und die Bundesregierung gefordert, den Weg des Dialogs nach Kräften zu unterstützen, um die historische Gelegenheit zu nutzen und tatsächlich politisch fruchtbar zu machen.« Jan van Aken, stellvertretender Vorsitzender der LINKEN, Berlin, 21.03.2013

Außenminister Westerwelle zum Aufruf Abdullah Öcalans zu einer Waffenruhe

»Der Aufruf Abdullah Öcalans zu einer Waffenruhe und zu einem Abzug der Kämpfer ist ein großer Schritt hin zu mehr gegenseitigem Vertrauen. Nun kommt es darauf an, dass den Ankündigungen konkrete Schritte folgen und die Waffen tatsächlich schweigen.

Das würde den Raum für politische Vereinbarungen schaffen, mit denen dauerhaft ein Ende von Konfrontation und Gewalt erreicht werden kann und auch Vorstellungen der kurdischstämmigen Bürger der Türkei auf legitime Weise im Rahmen des türkischen Staates abgebildet würden. (...)« Pressemitteilung des Auswärtigen Amts, 21.03.2013

»Ich möchte Euch, dem kurdischen Volk, den Genossen und Genossinnen der PKK sowie Abdullah Öcalan, der in einem türkischen Gefängnis inhaftiert ist, zu der mutigen Entscheidung, auf Waffengewalt zu verzichten und nur noch demokratische Maßnahmen anzuwenden, meine herzlichsten Glückwünsche übermitteln. Ich wünsche Euch das größte Glück der Erde, damit der eingeschlagene Weg der Bevölkerung den Frieden bringen wird. Auf diesem Weg werden wir solidarisch auf Eurer Seite sein.« **Arnaldo Otegi, seit 2009 politischer Gefangener im Gefängnis Logroño**, gehört zu den führenden Persönlichkeiten der baskischen linken Unabhängigkeitsbewegung. Mit einer kleinen Gruppe bereitete er im Jahre 2009 den Strategiewechsel der Abertzalen Linken vor, der am 20. Oktober 2011 zum Ende des bewaffneten Kampfes von ETA führte.

»Der Aufruf zur Waffenruhe von PKK-Führer Abdullah Öcalan läutet heute hoffentlich ein Ende des schrecklichen Blutvergießens um die Anerkennung und Rechte der kurdischen Minderheit in der Türkei ein. (…) Die Verhandlungen zwischen der Türkei und der PKK sind ein wichtiger Schritt in Richtung einer friedlichen Lösung des seit über 30 Jahren andauernden Konflikts. Das Ende der Gewalt ist zeitgleich eine Chance für einen Neubeginn: Jetzt müssen auch die politischen Fragen gelöst werden, um ein gleichberechtigtes Zusammenleben aller Menschen in der Türkei und die Umsetzung von BürgerInnen- und Minderheitenrechten von KurdInnen zu ermöglichen. (…) Die internationale Gemeinschaft muss die Konfliktparteien auf diesem Weg in Richtung Frieden begleiten und unterstützen. Die Österreichische Bundesregierung wurde vom Parlament bereits einstimmig aufgefordert, sich einzubringen und einen Beitrag zu leisten.« **Alev Korun, außenpolitische Sprecherin der Grünen Österreich**, 21.03.2013

Abdullah Öcalans historische Erklärung zu Newroz 2013

Ich gratuliere zum Newrozfest der Freiheit der Unterdrückten.

Ich grüße die Völker des Mittleren Ostens und Zentralasiens, die Newroz, den Tag des Erwachens und des neuen Lebens, gemeinsam und in großer Zahl feiern.

Gegrüßt seien die Geschwistervölker, die Newroz, das Licht und den Beginn einer neuen Ära, mit Begeisterung und in demokratischer Toleranz feiern.

Gegrüßt seien alle, denen demokratische Rechte, Freiheit und Gleichheit auf ihrer langen Reise den Weg weisen. Euch grüßen von den Hängen von Zagros und Taurus, aus den Tälern von Euphrat und Tigris die Kurden, eines der ältesten der antiken Völker, das in Anatolien und Mesopotamien die Landwirtschaft, die dörfliche und die städtische Zivilisation hervorgebracht hat.

Die Kurden haben mit Angehörigen anderer Völker, Religionen und Konfessionen Tausende von Jahren freundschaftlich und geschwisterlich zusammen in diesen Zivilisationen gelebt und sie gestaltet. Für sie sind die Flüsse Euphrat und Tigris die Geschwister von Sakarya und Mariza, die Berge Ararat und Dschudi sind die Freunde von Pontus und Erciyes. Die Tänze Halay und Delilo sind die Verwandten von Horon und Zeybek.

Diese großen Zivilisationen, diese verschwisterten Gemeinschaften wurden durch politischen Druck, Interventionen von außen und Partikularinteressen gegeneinander ausgespielt. Ordnungen wurden errichtet, die nicht auf Recht und Gerechtigkeit, Gleichheit und Freiheit aufgebaut waren. Die Eroberungskriege der letzten 200 Jahre, die imperialistischen Interventionen des Westens und repressives und ignorantes Denken hatten zum Ziel, arabische, türkische, persische und kurdische Gemeinschaften durch Mikro-Nationalstaaten, künstliche Grenzen und künstliche Probleme zu ersticken.

Die Zeit der Kolonialregime, des repressiven und ignoranten Denkens ist abgelaufen. Die Völker des Mittleren Ostens und Zentralasiens wachen endlich auf. Sie wenden sich einander und ihren Wurzeln zu. Sie wollen nicht mehr verblendet und in Kriegen aufeinander gehetzt werden.

Die Menschen, vom Feuer von Newroz ergriffen, füllen zu Hunderttausenden und Millionen die Plätze und wollen endlich Frieden, Geschwisterlichkeit und eine Lösung.

Durch diesen Kampf, der mit meinem individuellen Aufstand gegen die Ausweglosigkeit, in die ich geboren wurde, gegen Ignoranz und Knechtschaft begann, wollte ich ein Bewusstsein, ein Denken, einen Geist gegen jede Art von Zwang schaffen. Heute sehe ich, wie weit dieser Aufschrei geführt hat.

Unser Kampf war niemals gegen ein Volk, eine Religion, eine Konfession oder Gruppe gerichtet, das könnte niemals der Fall sein. Unser Kampf richtete sich gegen Unterdrückung, Unwissen, Ungerechtigkeit und erzwungene Rückständigkeit, gegen alle Formen von Repression und Knechtschaft.

Heute wachen wir in einer neuen Türkei, einem neuen Mittleren Osten auf und sehen in eine neue Zukunft.

Jugend, die meinem Ruf folgen will; Frauen, die meine Botschaft in ihr Herz lassen; Freunde, die meine Worte respektieren; Menschen, die mich anhören wollen:

Heute beginnt eine neue Ära.

Eine Tür öffnet sich von der Phase des bewaffneten Widerstands zur Phase der demokratischen Politik.

Es beginnt eine Ära, die sich vorwiegend um Politik, Soziales und Wirtschaft dreht; es entwickelt sich ein Denken, das auf demokratischen Rechten, Freiheit und Gleichheit beruht.

Wir haben Jahrzehnte unseres Lebens für dieses Volk geopfert und einen großen Preis gezahlt. Keines dieser Opfer, keiner dieser Kämpfe war umsonst. Die Kurden haben zu sich selbst zurückgefunden und ihre Identität zurückgewonnen.

Wir sind an dem Punkt zu sagen: Die Waffen sollen endlich schweigen, Gedanken und Politik sollen sprechen. Das Paradigma der Moderne von Ignoranz, Verleugnung und Ausgrenzung ist zerschlagen. Ob Türken, Kurden, Lasen oder Tscherkessen – die Menschen bluten und mit ihnen blutet das Land.

Vor Millionen von Zeugen, die diesen Aufruf hören, sage ich: Endlich beginnt eine neue Ära, nicht die Waffen, sondern die demokratische Politik wird im Vordergrund stehen. Die Zeit ist gekommen, unsere bewaffneten Kräfte hinter die Grenze zurückzuziehen.

Ich bin der Überzeugung, dass alle, die an unsere Sache glauben und mir vertrauen, in höchstem Maße auf den sensiblen Charakter dieses Prozesses Rücksicht nehmen werden.

Ich rufe alle Vertreter der unterdrückten Völker, Klassen und Kulturen, die Frauen als älteste Kolonie und unterdrückte Klasse, die Angehörigen unterdrückter Konfessionen, Glaubensrichtungen und anderer kulturellen Gruppen, die Repräsentanten der Arbeiterklasse und alle vom System Ausgegrenzten auf: Das System der Demokratischen Moderne ist die neue Option des Weges aus der Unterdrückung. Nehmt Euren Platz darin ein und eignet Euch seine Mentalität und Form an.

Dies ist kein Ende, sondern ein Neubeginn. Der Kampf ist nicht zu Ende, sondern ein neuer, anderer Kampf beginnt.

Ethnisch reine und mononationale Gebiete zu schaffen, ist eine unmenschliche Praxis der Moderne, die unseren Wurzeln und unserer Identität widerspricht.

Um ein Land zu schaffen, das der Geschichte Kurdistans und Anatoliens würdig ist und das allen Völkern einschließlich der Kurden Gleichheit, Freiheit und Demokratie bietet, kommt allen eine große Verantwortung zu. Ich rufe anlässlich dieses Newrozfestes genauso wie die Kurden auch die Armenier, Turkmenen, Aramäer, Araber und alle anderen Völker dazu auf, das Licht der Freiheit und Gleichheit, das aus den heute angezündeten Feuern leuchtet, auch als ihr eigenes Licht der Freiheit und Gleichheit zu betrachten.

Verehrtes Volk der Türkei,

das türkische Volk, das in der Türkei, dem antiken Anatolien, lebt, soll wissen, dass das beinahe tausendjährige Zusammenleben mit den Türken unter der Flagge des Islam auf dem Gesetz von Geschwisterlichkeit und Solidarität beruht. In diesem Gesetz der Geschwisterlichkeit in seiner wahren Bedeutung ist kein Platz und darf kein Platz sein für Eroberung, Verleugnung, Zurückweisung, Zwangsassimilation und Vernichtung.

Die Politik des letzten Jahrhunderts basierte auf Repression, Vernichtung und Assimilation und stützte sich auf die kapitalistische Moderne. Sie stellte das Bestreben einer kleinen Machtelite dar, welche die Geschichte und das Gesetz der Geschwisterlichkeit in ihrer Gänze leugnete, aber nicht den Willen des Volkes repräsentierte. Heute ist offensichtlich, dass dieses Joch der Tyrannei der Geschichte und der Geschwisterlichkeit widerspricht. Um es gemeinsam abzuwerfen, rufe ich uns alle als die beiden grundlegenden strategischen Mächte des Mittleren Ostens dazu auf, die demokratische Moderne in einer Weise aufzubauen, die unseren Kulturen und Zivilisationen gerecht wird.

Die Zeit des Streits, der Konflikte und der gegenseitigen Verachtung ist vorbei, die Zeit ist reif für Einheit, Gemeinsamkeit, Umarmung und Vergebung.

Türken und Kurden sind gemeinsam bei Çanakkale gefallen, sie haben den Befreiungskrieg zusammen geführt, 1920 das Parlament gemeinsam eröffnet.

Die Tatsache unserer gemeinsamen Vergangenheit legt uns nahe, auch unsere gemeinsame Zukunft zusammen aufzubauen. Der Gründungsgeist der Nationalversammlung der Türkei erleuchtet auch die neue Ära, die heute beginnt.

Ich rufe alle Vertreter der unterdrückten Völker, Klassen und Kulturen, die Frauen als älteste Kolonie und unterdrückte Klasse, die Angehörigen unterdrückter Konfessionen, Glaubensrichtungen und anderer kulturellen Gruppen, die Repräsentanten der Arbeiterklasse und alle vom System Ausgegrenzten auf: Das System der Demokratischen Moderne ist die neue Option des Weges aus der Unterdrückung. Nehmt Euren Platz darin ein und eignet Euch seine Mentalität und Form an.

Der Mittlere Osten und Zentralasien sind auf der Suche nach einer zeitgemäßen Moderne und einem demokratischen Konzept, das ihrer eigenen Geschichte entspricht. Die Suche nach einem Modell, welches das freie und geschwisterliche Zu-

sammenleben aller zulässt, ist zu einem so dringlichen Bedürfnis wie Brot und Wasser geworden.

Es ist unvermeidlich, dass wieder Anatolien und Mesopotamien, die dortige Kultur und Zeit, Vorreiter bei seinem Aufbau sein werden.

Es ist, als erlebten wir eine aktualisierte, komplizierte und verschärfte Version des Befreiungskrieges, der sich in der jüngeren Geschichte im Rahmen des Nationalpaktes *[1920]* unter Führung der Türken und Kurden entwickelte.

Wir arbeiten daran, ein neues Modell aufzubauen, welches trotz aller Fehler und Defizite der letzten neunzig Jahre von Neuem alle Betroffenen, alle Völker, die schlimmes Leid erlitten haben, alle Klassen und Kulturen einbezieht. Ich rufe alle diese Gruppen dazu auf, sich auf egalitäre, freie und demokratische Weise zu organisieren.

Eine historische Chance für die Türkei

»(…) **Nun gilt es, die Friedensbemühungen beider Seiten rückhaltlos zu unterstützen** und von allen Seiten auf einen dauerhaften Gewaltverzicht der PKK hinzuwirken. Dies wird nur von Erfolg gekrönt sein, wenn die Türkei die Forderungen der Kurden ernst nimmt. Ausschließlich auf diesem Weg ist eine dauerhafte und einvernehmliche Lösung in der türkischen Kurdenfrage realistisch. (…)« **Hans-Werner Ehrenberg, FDP-Bundestagsfraktion**

»**Die türkische Regierung muss jetzt einen echten Versöhnungsprozess einleiten.** (…) Außerdem braucht es eine Verwaltung, die eine echte Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger ermöglicht. Es liegt aber auch an der PKK, einen dauerhaften Frieden in der Türkei jetzt mit glaubwürdigen Schritten voranzutreiben,« so **Claudia Roth, Die Grünen, in der FR vom 22. März 2013**

Kurden, Turkmenen, Aramäer und Araber, die in Verletzung des Nationalpaktes geteilt wurden und heute in Syrien und der Arabischen Republik Irak schweren Konflikten und Problemen ausgesetzt sind, rufe ich auf, gemeinsam auf einer »Nationalen Solidaritäts- und Friedenskonferenz« ihre Situation zu diskutieren, ein Bewusstsein zu schaffen und Beschlüsse zu fassen.

In der Geschichte dieser Gegend der Welt spielt der Begriff »wir« eine wichtige Rolle. Dieser breite und umfassende Begriff wurde von elitären Machtcliquen auf ein »einzig« reduziert. Die Zeit ist reif, dem Begriff des »wir« seine frühere Seele und Praxis zu verleihen.

Wir werden uns zusammenschließen gegen diejenigen, die uns spalten und aufeinanderhetzen wollen. Wir werden uns vereinen gegen diejenigen, die uns teilen wollen.

Wer die Zeichen der Zeit nicht erkennt, wandert auf den Müllhaufen der Geschichte. Wer sich gegen den Strom des Wassers stellt, wird auf den Abgrund zugetrieben.

Die Völker der Region werden Zeugen einer neuen Morgendämmerung. Die Völker des Mittleren Ostens sind der Kriege, der Konflikte und der Spaltungen müde und wollen endlich auf ihren eigenen Wurzeln neu erblühen, Schulter an Schulter aufstehen.

Dieses Newroz ist für uns alle eine frohe Botschaft.

Die Wahrheiten in den Botschaften von Moses, Jesus und Mohammed werden heute mit neuen frohen Botschaften lebendig. Die Menschen versuchen, das Verlorene zurückzugewinnen.

Wir leugnen nicht komplett die gegenwärtigen zivilisatorischen Werte des Westens.

Wir nehmen ihre Werte von Aufklärung, Freiheit, Gleichheit und Demokratie und führen sie in eine lebendige Synthese mit unseren eigenen Werten und universellen Formen des Lebens.

Die Basis des neuen Kampfes sind Gedanken, Ideologie, demokratische Politik und der Beginn einer großen demokratischen Offensive.

Gegrüßt seien alle, die diesen Prozess und eine demokratische und friedliche Lösung unterstützen!

Gegrüßt seien alle, die Verantwortung übernehmen für Gleichheit, die Geschwisterlichkeit der Völker und demokratische Freiheit!

Es lebe Newroz, es lebe die Geschwisterlichkeit der Völker!

Gefängnis Imralı, 21. März 2013

Abdullah Öcalan

Übersetzung aus dem Türkischen: Internationale Initiative »Freiheit für Abdullah Öcalan – Frieden in Kurdistan«

Einschätzung des aktuellen Gesprächsprozesses

Die Chance zur Freiheit

Sebahat Tuncel, BDP-Abgeordnete für Istanbul

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts strukturiert sich der Mittlere Osten von neuem und auch die Kurdistan-Frage, die seit 200 Jahren noch immer ungelöst ist, erlebt einen historischen Prozess. Geografisch ist es in vier Teile geteilt: Die Staaten Iran, Irak, Syrien und Türkei haben dem kurdischen Volk mit ihrer Unterdrückungspolitik keine andere Möglichkeit als den Widerstand gelassen. Und die Kurdinnen und Kurden haben diesen gegen die herrschende Politik und zum Schutz ihrer Existenz, Identität, Kultur und Sprache zu leisten gewusst. Dieser Widerstand, der Kampf des kurdischen Volkes im Mittleren Osten um Gleichberechtigung, Freiheit und Demokratie, ist heute einem Sieg sehr nahe. Der Verlauf der Revolution in Syrisch-Kurdistan (Rojava *[kurd.: Westen, gemeint Westkurdistan]*) entwickelt sich in Bezug auf die Errungenschaften des kurdischen Volkes sehr positiv. Dessen organisierter Kampf unter Führung der Partei der Demokratischen Einheit (PYD), die Beteiligung der Bevölkerung an der Revolution und die zur Sicherheit der Bevölkerung aufgestellten Verteidigungskräfte sind eine wichtige Praxis des revolutionären und sozialistischen Kampfes im 21. Jahrhundert. Die kurdische Befreiungsbewegung hat zum ersten Mal in der Praxis die Möglichkeit zur Umsetzung ihres demokratischen, ökologischen, geschlechterbefreiten und freiheitlichen Paradigmas in die Hand bekommen. Der Erfolg dessen wird für die Zukunft der Völker des Mittleren Ostens als Erfahrung langfristig von unschätzbarem Wert sein. Der Prozess der Revolution in Rojava stellt also einen wichtigen Punkt darin dar, die Infrastruktur des vom Vorsitzenden Abdullah Öcalan vorgestellten Modells der »demokratischen Konföderation im Mittleren Osten« aufzubauen und die Voraussetzungen für dessen Verwirklichung zu schaffen. Dieser Prozess wird auch von maßgeblicher Bedeutung für die anderen Teile Kurdistans im Kampf um Gleichheit und Freiheit sein. Es steht fest, dass der gegenwärtige politische Prozess in der Türkei in Richtung einer möglichen Lösung des Problems von den Entwicklungen in Syrien und Syrisch-Kurdistan beeinflusst wurde und wird.

Und auch in Türkisch-Kurdistan werden historische Entwicklungen durchlebt. Seit dreißig Jahren gibt es zwischen dem türkischen Staat und der Arbeiterpartei Kurdistan (PKK) einen vom Staat als »Terror«, von manchen als Krieg niederer Intensität, von anderen wieder als Gefechtssituation bezeichneten Krieg und wir erleben derzeit einen Prozess, in dem sich eine Gelegenheit zur friedlichen Lösung herauskristallisiert. Auch wenn es noch zu früh ist zu sagen, der Frieden ist da, der Krieg wird beendet, finden doch wichtige Entwicklungen für eine demokratische Lösung der kurdischen Frage statt. Der Aufstand, den die Türkei jahrelang mit ihrer Sicherheitspolitik zu unterdrücken versuchte, der aber täglich von mehr Menschen getragen wurde, lenkte die Regierung dahin, ihre Politik noch einmal zu überdenken. Der seit dreißig Jahren ununterbrochen geführte Befreiungskampf des kurdischen Volkes hat die Verleugnungs-, Vernichtungs- und Assimilationspolitik des türkischen Staates zunichtegemacht. In dem dreißig Jahre dauernden Kampf sind fast 50 000 Menschen gestorben, 40 000 davon Kurden, tausende Morde unbekannter Täter fanden statt, annähernd 4 000 Dörfer wurden vom Staat zwangsweise geräumt, fast 4 Millionen Kurden zur Emigration gezwungen und mit der Einführung des Dorfschützersystems wurde das kurdische Volk gegeneinander in den Krieg getrieben. Besonders in den 90er Jahren wurden Menschenrechte und Freiheiten vor allem vom Staat verletzt und es wurden auf dem Boden Kurdistans unzählige Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen. Trotz allem hat die Bevölkerung Widerstand geleistet, in ihrem Befreiungskampf überaus wichtige Fortschritte gemacht und dadurch an einer Kraft und einem Einfluss gewonnen, die das Gleichgewicht im Mittleren Osten durcheinanderbringen können. Diese Realität ist heute sowohl national als auch international noch deutlicher zu erkennen. Der organisierte Kampf des Volkes für die Lösung der kurdischen Frage wird auch von nun an weitergehen.

Zweifellos hat der kurdische Vorsitzende Herr Öcalan den größten Anteil daran, dass sich in der Türkei diese positive Stimmung um die Lösung des kurdischen Problems entwickelt hat. Seit er dafür ab dem Jahr 1993 eine Lösung auf freiheitlicher Ebene sucht, scheint nun auch der Staat erstmals nach (dem verstorbenen) Turgut Özal offiziell darauf

zu reagieren. Die Ergebnisse der 2008 zwischen Öcalan und dem Staat geführten Gespräche (der Öffentlichkeit als Osloer Prozess bekannt), die Roadmap und die Protokolle, sind von der Regierung der Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung (AKP) abgelehnt und der Prozess von ihr gekappt worden. Davon überzeugt, mit der traditionellen Sicherheitspolitik ein Ergebnis erzielen zu können, hat die AKP nach dem Abbruch der Gespräche am 14. April 2009 eine unglaubliche Unterdrückungspolitik gegen die kurdische demokratische Politik (damals die Partei für eine Demokratische Gesellschaft DTP) in Gang gesetzt. Unter dem Etikett KCK (Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans) sind zehntausende Politiker der Partei für Frieden und Demokratie (BDP) mit Hilfe der Gerichte dem politischen Massaker ausgesetzt worden. Die Isolationshaft gegen Herrn Öcalan ist eingeführt worden. Er durfte fast anderthalb Jahre nicht mehr von Familienmitgliedern und seinen Rechtsanwälten besucht werden. Fast 50 Anwälte, die auf der Insel Imralı waren, sind verhaftet worden, weil sie mit ihm gesprochen haben. Gleichzeitig hat die AKP-Regierung die Militäroperationen verstärkt, um das kurdische Problem mit einem letzten Angriff zu bezwingen, wogegen das kurdische Volk überall glorreich Widerstand gezeigt hat. Dieser Widerstand und dass das kurdische Volk und die Befreiungsbewegung auf der Freiheit bestanden, hat erneut die beharrliche Verleumdungs-, Vernichtungs- und Assimilationspolitik des Staates zu Fall gebracht. Das heute erkennbare politische Bild ist nicht unabhängig von diesem Widerstand zu verstehen. Die im Rahmen der, von der AKP-Regierung unter Vorwänden durchgeführten, KCK-Razzien verhafteten Politiker begannen am 12. September 2012 *[Jahrestag des Militärputsches in der Türkei 1980]* einen unbefristeten Hungerstreik mit der Forderung der »Schaffung von Bedingungen, welche die Gesundheit, Sicherheit und Freiheit des Vorsitzenden Abdullah Öcalan gewährleisten, um mit ihm Verhandlungen für die Lösung der kurdischen Frage zu beginnen«. Die zweite Forderung der Hungerstreikenden betraf die Abschaffung der Verbote hinsichtlich der kurdischen Sprache, vorrangig beim Recht auf die Verteidigung in der Muttersprache. Der Hungerstreik wurde erst am 68. Tag mit dem Aufruf Herrn Öcalans beendet, was sowohl in Kurdistan als auch in der Türkei ein großes Echo fand und von Intellektuellen, Schriftstellern, Künstlern, Akademikern mit Erleichterung begrüßt wurde. Diese riefen die AKP-Regierung nun auf, die beiden Forderungen zu erfüllen. Das stellt einen Wendepunkt in der Vergesellschaftung der Friedens- und Lösungsforderungen dar.

Diese Entwicklungen wirkten sich darauf aus, erneut mit Herrn Abdullah Öcalan in den Dialog zu treten und Gespräche zu beginnen. Der Besuch unserer beiden BDP-Abgeordneten Ayla Akat Ata und Ahmet Türk auf der Gefängnisinsel Imralı und ihr dortiges Gespräch mit Herrn Öcalan stellen eine neue Etappe für die Lösung der kurdischen Frage dar. Später kamen Pervin Buldan, Altan Tan und Sırrı Süreyya Önder und im Anschluss der Kovorsitzende der BDP, Selahattin Demirtaş, nach Imralı und diskutierten mit ihm. Im Verlauf dieser Diskussionen legte Herr Öcalan seine Ansichten zur Lösung der kurdischen Frage dar, schrieb Briefe nach Kandil, Europa und an die BDP, in denen er drei Phasen zur Lösung vorstellte, nahm deren Ansichten und Vorschläge auf, und während der historischen Newroz-Feier in Amed (Diyarbakır) am 21. März 2013, vor fast zwei Millionen Menschen und Millionen von Fernsehzuschauern, ließ er mit den Worten »Eine Tür öffnet sich von der Phase des bewaffneten Widerstands zur Phase der demokratischen Politik« seine Botschaft verkünden. Dieser Aufruf ist zunächst vom Volk in Kurdistan, dann von den Völkern in der Türkei und vom Ausland begrüßt worden. Herr Öcalan hat in seiner am Newroz-Tag verlesenen Nachricht, sich an die Völker des Mittleren Ostens und Mittelasiens wendend, dazu aufgerufen, gemeinsam den Frühling der Völkerbefreiung zu erleben. Er hat alle unterdrückten Völker, Klassen, Kulturen, die Arbeiterklasse, Frauen, Glaubensgruppen, die ökologischen Aktivisten, alle, die in diesem System als nicht existent betrachtet werden, dazu aufgerufen, gegen die kapitalistische Moderne die demokratische Moderne zu errichten. Damit unterstrich er, dass die Idee, die Ideologie und die demokratische Politik die Basis des neuen Kampfes sind.

Auf diesen Aufruf antwortete Murat Karayılan *[als KCK-Exekutivratsvorsitzender für KCK, PKK und HPG]* einige Tage später bei den Newroz-Feiern in Bonn/Deutschland und verkündete einen Waffenstillstand. Diese Situation bedeutet im Hinblick auf eine Lösung des kurdischen Problems eine neue strategische Etappe. Auch wenn die Forderungen sehr dürftig von der AKP-Regierung umgesetzt wurden, hat das Parlament seine Rolle übernommen, und die »Kommission der Weisen« ist zusammengestellt worden, um diesen Prozess zu befördern. Erstmals in der Geschichte der türkischen Republik wird offen für die Öffentlichkeit mit der PKK verhandelt. Ob dieser Prozess erfolgreich sein wird oder nicht, wird uns die Zeit zeigen. Dabei zeigen Umfragen in der Türkei, dass die friedliche Lösung dieses Problems die Forderung eines großen Teils der Menschen geworden ist. Allein diese Tatsache zwingt uns eigentlich zu einem erfolgreichen Abschluss dieses Prozesses.

Es ist eine Tatsache, dass die Gruppen, die gegen Frieden und eine Lösung sind, von diesem Prozess beunruhigt sind. Es liegt auf der Hand, dass die grauenvolle Ermordung dreier revolutionärer Frauen in Paris so kurz nach den Gesprächen auf Imralı der Sabotage dieses Prozess dienen sollte. Obwohl seit diesem Massaker fast vier Monate vergangen sind, ist es noch immer nicht aufgeklärt. Frankreich und die Türkei stehen noch immer unter Verdacht. Und solange das Massaker nicht aufgeklärt wird, so lange sind diese beiden Staaten verantwortlich. Es ist kein Geheimnis, dass nicht nur auf inter-

nationaler Ebene, sondern auch in der Türkei eine Lösung des Problems einige Gruppen beunruhigt. Die Oppositionsparteien Republikanische Volkspartei (CHP) und Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP) betonen bei jeder Gelegenheit ihre Ablehnung dieses begonnenen Prozesses. Die MHP bringt nicht nur ihre Beunruhigung zur Sprache, sie schafft auch Unruhe auf den Straßen. Sie organisiert vor allem faschistische Angriffe auf kurdische Studierende an den Universitäten. Die Antwort des MHP-Vorsitzenden Devlet Bahçeli »die Zeit wird noch kommen« auf die Parole »Sag: schlag zu, und wir werden zuschlagen, sag: stirb, und wir werden sterben« zeigt, dass die MHP jeder möglichen Provokation die Basis liefern wird, um diesen Prozess zu verhindern. Eine fast schon tragische Figur macht in diesem Prozess die CHP. Mal abgesehen davon, dass diese vermeintlich sozialdemokratische Partei für solch ein diffiziles Problem kein einziges Projekt hervorbringt, ist stattdessen zu beobachten, dass sie sich ganz besondere Mühe dabei gibt, diesen begonnenen Prozess zu unterbinden. »Wir sind für Frieden, wir haben den ersten Kurdenbericht vorbereitet«, das sind zwar Äußerungen von ihnen, aber mit ihrem Vorschlag für die Verfassungskommission erinnerten sie sich auf einmal wieder an ihre »roten Linien«. Und auch bei der Gründung der Kommission, die diesen Prozess beobachten soll, haben sie ihre Vorschläge zurückgezogen und erklärt, dass sie für die Kommission keine Mitglieder stellen würden. Im Gegensatz zur oberen Entscheidungsebene der CHP, die einen dicken roten Strich durch die Forderungen nach Recht und Freiheit macht, ist die Basis für eine Lösung auf demokratischem und friedlichem Wege. Es scheint so, als habe die CHP gegenwärtig zwei Optionen. Entweder muss sie ihrer Basis Gehör schenken und in dieser Phase ihrer Rolle gerecht werden oder sie muss sich ihren Platz auf dem Müllhaufen der Geschichte suchen. Mit ihrer jetzigen Politik scheint letztere die wahrscheinlichere Option.

Die BDP trägt im Vergleich zu den anderen Parteien eine weitaus größere Verantwortung. Während sie einerseits darum ringt, dass Sprache, Identität und kulturelle Forderungen des kurdischen Volkes verfassungsmäßigen und rechtlichen Schutz erfahren, führt sie andererseits einen breiten demokratischen Kampf, um die Erwartungen der Arbeiter, Werktätigen, Frauen und derer, die den ökologischen Kampf führen, zu erfüllen. Auch müssen wir als BDP größte Mühen aufbringen, damit dieser Prozess ungestört verlaufen kann und keinen verhängnisvollen Ereignissen ausgesetzt wird.

Letztlich ist es so, dass der aktuelle Wandel im Mittleren Osten die Zukunft der dortigen Völker neu gestaltet. Es ist undenkbar, dass eine Türkei in diesem neu entstehenden Gleichgewicht ihren Platz einnehmen kann, wenn sie die Forderungen nach Recht und Freiheit der annähernd zwanzig Millionen Kurden in der Türkei und die Realität des organisierten Volkes, entstanden aus dreißig Jahren ununterbrochenen Kampfes um Gleichheit und Freiheit, nicht anerkennt. Und eine Verleugnung der Entwicklungen im benachbarten Syrien einschließlich der vom kurdischen Volk entwickelten Revolution würde die Türkei ins Verderben führen. Zur Voraussetzung dafür, dass die Türkei eine unentbehrliche Kraft im Mittleren Osten wird, gehört die Schaffung eines neuen Rechtsverständnisses mit dem kurdischen Volk in Türkisch-Kurdistan. Wie Herr Öcalan sagte, werden jene, die die Zeichen der Zeit nicht erkennen, auf den Müllhaufen der Geschichte wandern, und jene, die sich gegen den Strom des Wassers stellen, an den Abgrund getrieben. Wer die Zeichen der Zeit nicht richtig deutet, wird für sich keinen Platz finden.

Dieser eingeleitete Prozess ist folglich sowohl für Kurden als auch für die Türkei als historisch zu betrachten. Aus Sicht der Parteien ist eine Phase erreicht worden, ab der die Rückkehr sehr schwierig ist. Wichtig ist die weitere, gesunde Fortsetzung dieses Prozesses. Dafür muss der Staat greifbarere Schritte tun, dies ist unabdingbar. Es ist im zweiten Schritt vor allem notwendig, dass die Kollektivrechte, das Recht und die Freiheiten des kurdischen Volkes verfassungsrechtlich geschützt werden und das Feld für die demokratische Politik gestärkt wird. Um diesen Prozess gesund weiterverlaufen zu lassen, ist es überlebenswichtig, gesetzliche Hürden, die das Feld für die demokratische Politik einengen, zu beseitigen, das Parteiengesetz zu ändern, die im Verlauf der Operationen des politischen Massakers als Geiseln genommenen kurdischen Politiker, Journalisten, Rechtsanwälte, Gewerkschafter freizulassen und Gedanken-, Meinungs- und Organisierungsrechte zuzusichern.

Auch internationalen Mächten wie den USA und der EU fallen Aufgaben zu in diesem Prozess. Sie sollten sich die »Terrorliste« noch einmal vornehmen und die PKK, die dem Aufruf des kurdischen Vorsitzenden Abdullah Öcalan gefolgt ist und vom bewaffneten Kampf in den demokratischen Widerstand übergegangen ist, aus dieser Liste streichen. Dadurch kann für den Friedens- und Lösungsprozess ein wichtiger Beitrag geleistet werden. Die Rolle der genannten internationalen Kräfte beim bisherigen Krieg in der Türkei und bei der Weiterführung der Auseinandersetzungen ist bekannt. Daher betrifft es auch diese Kräfte, die eine Rolle dabei spielten, die kurdische Frage in der Türkei ungelöst zu lassen, Mühe und Arbeit aufzuwenden, denn die Geschehnisse sind nicht nur für die Türkei und die dortigen Kurden relevant, sondern gehen die Zukunft des gesamten Mittleren Ostens an.

Grüße und Hochachtung

Sebahat Tuncel

Frieden und Lösung

Haluk Gerger, Politikwissenschaftler, Yeni Özgür Politika, 05.04.2013

Um die aktuelle Situation besser bewerten zu können, ist es notwendig, den Frieden und die Lösung der kurdischen Frage voneinander zu trennen.

Der »Frieden« muss nicht immer die »Lösung« beinhalten. Es kann Situationen geben, in denen die Konfliktparteien, auch wenn sie das Problem nicht komplett lösen, die bewaffnete Auseinandersetzung ruhen lassen und es bevorzugen, den Kampf mit anderen Mitteln fortzusetzen. In solchen Situationen finden der Kampf und die Lösungssuche kein Ende; es ändern sich nur die Mittel und Wege.

Phasen des Kampfes, in denen keine »Lösung« enthalten ist, aber auch der Krieg nicht fortgesetzt werden kann, können wir als »negative« Friedensperioden bezeichnen. Frieden ist eine Atmosphäre, in der keine Gewalt existiert. Dies ist eine korrekte, jedoch vage Definition. Gewalt ist kein lediglich sicht- und fassbares Phänomen. Neben Formen von Gewalt wie Schlagen und Brechen gibt es auch unsichtbare und konstitutionelle Arten von Gewalt wie Unterdrückung, Ungerechtigkeit und Ausbeutung. Auch jede Art von Praxis, die eine Ausschöpfung individuellen und gesellschaftlichen Potentials verhindert sowie individuelle und gesellschaftliche Rechte entreißt, liegt innerhalb der Definition von Gewalt. Folglich stellt eine Situation ohne physische Gewalt einen »unzureichenden« Frieden dar. Wahrer Frieden erfordert, dass jede Art von Gewalt, sowohl physische als auch unsichtbare Formen, ausgelöscht wird.

Es steht außer Frage, dass nicht von einem »positiven« Frieden und einer »Lösung« die Rede sein kann, solange die hegemoniale Mentalität, die die Kurden innerhalb des »Türkentums« verortet und infolgedessen zwangsläufig aufzulösen versucht, unverändert bleibt. Die »Lösung« der kurdischen Frage hängt in erster Linie mit der Mentalität zusammen, Krieg oder Frieden hingegen mit Macht und Machtbeziehungen. Solange sich die Mentalität der türkischen Seite nicht ändert und der Unvereinbarkeitskonflikt weiter besteht, wird keine »Lösung« erreicht.

Dagegen können das Machtverhältnis und die Kräftebalance die Konfliktparteien dazu drängen, den Krieg zu beenden. In diesem Sinne könnte ohne eine Lösung ein (»negativer«) Frieden realisiert werden. Diese Situation ließe sich auch als »kalter Frieden« bezeichnen. Und der »kalte Krieg«, also der unbewaffnete (totale) Kampf, wird mit diversen sozialen, politischen, ideologischen Methoden fortgesetzt … Selbstverständlich mit der Möglichkeit eines »heißen Krieges«.

In der gegenwärtigen Situation verfügen beide Seiten über Vor- und Nachteile.

Die Kurden stehen mit ihrer verbissenen Existenz aufrecht und besitzen eine hundertjährige Erfahrung. Der Aufschwung des Bewusstseins der Identität, das während des Krieges durch die realisierte Aufklärung mit großer Hingabe geschaffen wurde, hat sich in einen permanenten Gewinn verwandelt. Heute verfügt der kurdische Kampf vielleicht zum ersten Mal in seiner Geschichte über sein eigenes Hinterland. Die »kurdischen Gefüge« im Süden und Westen *[die Autonome Region Kurdistan im Nordirak und die kurdischen Selbstverwaltungsgebiete in Nordwestsyrien]* schaffen neue strategische Möglichkeiten. Die Stützen eines auf der Basis der vorhandenen demokratischen Massenbewegung zu errichtenden Kampfes um Rechte und Freiheiten sind stabil. Ein Zusammenkommen der neuen demokratischen Legitimität und der Basis der historisch-moralischen Gerechtigkeit mit der politisch-strategischen Tiefe des bewaffneten Widerstandes wird die kollektive Welle weiter ansteigen lassen. Die unter großen Schwierigkeiten geschaffene organisatorisch-ideologische Infrastruktur bildet außerdem eine verstärkende Stütze.

Obwohl die gegnerische Seite in die Ecke getrieben ist, hat sie dennoch vor allem den Vorteil, über Mittel staatlicher Gewalt zu verfügen. Des Weiteren verfügt sie über Vorteile wie imperialistische Unterstützung, eine unter Kontrolle stehende Öffentlichkeit, ökonomische Ressourcen, weitreichende Propagandamittel, ideologische Manipulationswerkzeuge, historische Erfahrung und eine, wenn auch angeschlagene, ja teilweise sogar durchbrochene, soziokulturelle und politisch-strategische Dominanz.

Voraussichtlich wird sich die Republik Türkei widersetzen und eine auf Propaganda, Manipulation, partiellen Reformen und Mitteln der Gewalt basierende Methode des Kampfes entwickeln, während die Kurden, auf der großen kollektiv-demokratischen Welle reitend, einen Volkskampf fortsetzen. In der neuen Phase des Kampfes wird erneut nach der Antwort auf die Frage gesucht werden: »Sind Denker, Meinungsfreiheit und der Wille der Völker stärker oder Waffen, Tyrannen und Lügen, kurz gesagt Tyrannei und Gewalt?« So ist das Leben.

Was getan werden muss, das ist, entsprechend den neuen Gegebenheiten zu handeln.

Die Republik Türkei ist bereit, hegen Sie diesbezüglich keine Zweifel.

Auf die Kurden wartet viel Arbeit … ♦

Der Friedensprozess und das 4. Justizreformpaket

Notwendig ist aber ein wirklicher und umfangreicher Ansatz der Demokratisierung

M. Miraz Çallı, Rechtsanwalt und Rechtsberater der BDP

In der halbseitigen Begründung der dritten Vorlage des 4. Justizreformpakets heißt es, dass »hierdurch das internationale und negative Image unseres Landes verbessert werden soll«. Justizminister Sadullah Ergin hob beharrlich hervor, dass das Ziel des Pakets die Reduzierung der Verurteilungen der Türkei vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) und das Paket nicht wegen der Situation der seit Jahren in den Gefängnissen sitzenden politischen Gefangenen beschlossen worden sei. Zudem fügte er wie schon Ministerpräsident Erdoğan und die anderen Kabinettsmitglieder hinzu, dass diese Vorlage nichts mit dem aktuellen »Friedensprozess« zu tun habe.

Dennoch erwecken regierungsnahe Medien in der Öffentlichkeit mit ihren Meldungen über die Freilassung einiger PolitikerInnen und JournalistInnen den Eindruck, dies sei ein Teil des Friedensprozesses. Wie jedoch zu vermuten ist, sind diese Medien aber nicht wirklich gewillt, die vorher verkündeten Gerichtsurteile zu veröffentlichen. Stattdessen bevorzugen sie es, über die Freilassung von Bekir Kaya *[Bürgermeister der Partei für Frieden und Demokratie (BDP) in Wan]* zu berichten, der von der Bevölkerung in Wan geliebt wird. Wie realitätsnah ist denn eine Darstellung als Teil des Friedensprozesses, wenn annähernd 10 000 politische Gefangene in den Gefängnissen sitzen und bisher nur einige wenige PolitikerInnen und JournalistInnen freigelassen worden sind? Die meisten der Freigelassenen sind wegen der langen Verhandlungsdauer ohnehin seit Jahren im Gefängnis und hätten damit schon die höchstmögliche Strafe abgesessen. Tatsache ist, dass den Gerichten keine andere Möglichkeit als die Freilassung dieser Personen blieb. Und ein weiteres Beispiel ist die Art und Weise ihrer Freilassung. Die meisten von ihnen werden entweder am Ende des Verfahrens verurteilt oder sie stehen unter Kontrolle, wenn sie zu einer hohen Bewährungsstrafe verurteilt werden. Und diese Kontrolle kann so intensiv sein, dass jegliche politische Aktivität untersagt wird.

Hinzu kommt, dass auf diesem Wege durch keines der Gesetzespakete eine Demokratisierung stattfindet, die sich positiv auf die Situation der politischen Gefangenen und die vorliegenden Rechtsverletzungen auswirken würde. Aus nahezu jedem Gefängnis der Türkei kommen noch immer Beschwerden über Menschenrechtsverletzungen wie Folter, Unterbindung des Informationsrechts, Leibesvisitationen, bei denen sich die Gefangenen nackt ausziehen müssen, Verbot der kurdischen Sprache, Verbot des Besuchsrechts und unrechtmäßige Disziplinarstrafen. So finden z. B. im Gefängnis Tekirdağ trotz aller Beschwerden weiterhin Rechtsverletzungen statt, oder im Gefängnis Şakran, das erst vor einem Jahr eröffnet wurde, sind die politischen Gefangenen wegen tätlicher Übergriffe, Besuchsverboten oder Leibesvisitationen, bei denen sich die Gefangenen nackt ausziehen müssen, seit drei Wochen im Hungerstreik. Aber leider zieht es das CPT (Europäisches Komitee zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe) bei Problemen in Gefängnissen der Türkei vor, ruhig zu bleiben.

Statt sich mit der Aussage der Regierung zu befassen, das Paket habe nichts mit den politischen Gefangenen und dem Friedensprozess zu tun, sollte sich auf die Gesetzesvorlage konzentriert werden. Kann das Paket wirklich die Verurteilungen der Türkei vor dem EGMR verhindern? Oder wie der Herr Minister sich ausdrückt, kann es das Image der Türkei in der internationalen Öffentlichkeit verbessern? Oder wird es wie das 3. Gesetzespaket, das für mehr Meinungs- und Gedankenfreiheit beschlossen wurde, keinen Erfolg haben? Bedauerlicherweise muss ich sagen, dass die Tendenz zum Letzteren geht. Auch wenn die Vorlage einige Verbesserungen wie die Aufhebung der Verjährungsfrist in Folterfällen beinhaltet, ist

vorherzusehen, dass die Artikel zur Meinungsfreiheit sogar zu weiteren Einschränkungen führen können. Bevor wir uns mit dem 4. Gesetzespaket und seinen Auswirkungen befassen, sollten wir aber zunächst betrachten, inwieweit sich durch das 3. Gesetzespaket etwas im Rechtssystem der Türkei geändert hat.

Exkurs: Die Gesetzespakete der AKP-Regierung (und Erfahrungen damit)

Die Forderungen nach Veränderungen des Rechtssystems der Türkei und ihrer Gesetzgebung gewannen hauptsächlich im Rahmen der Beitrittsverhandlungen mit der EU an Dynamik. Es ist jedoch erkennbar, dass die Reformen durch die Gesetzespakete, die die AKP-Regierung mit mehr als einem Gesetz füllt und mit denen Dutzende Artikel geändert werden, die wieder neue Artikel nach sich ziehen, nicht schlüssig sind. Denn die Forderungen und Kritiken der Opposition und der NGOs vor und nach jeder Einführung eines Gesetzespaketes durch die Regierung bleiben dieselben. Ist das denn als reine Opposition, also als pure Antihaltung gegen die Regierung zu werten? Um diese Frage beantworten zu können, ist es wohl besser, sich die Ergebnisse der bisherigen Reformpakete der Regierung anzuschauen. Wie in meiner Stellungnahme für den Fortschrittsbericht der Europäischen Kommission bereits angeführt gab es in Verbindung mit dem 3. Gesetzespaket einige Freilassungen.

Die AKP-Regierung hatte dieses Paket mit der Erklärung vorgestellt, es solle die Demokratisierung vorantreiben und Barrieren für die Gedanken- und Meinungsfreiheit aufheben. Trotz aller Kritik der Opposition brachte es die Regierung fast unverändert durch das Parlament. In der Folgezeit kamen tausende Gefangene frei. Die Liste der Nutznießer und ihrer begangenen Delikte, die der Justizminister auf eine Anfrage der BDP vorlegte, zeigt, zu welchem Zweck das Paket beschlossen worden war. Nach Angaben des Ministeriums handelte es sich bei Art und Zahl der Delikte der nach dem Inkrafttreten des Pakets am 05.07.2012 bis zum 31.10.2012 Freigelassenen um: »Totschlag/Mord 283, Betäubungsmittel 1 918, Raub/Überfall 690, Diebstahl 2198, Körperverletzung 1 879, Sexualvergehen 253, Urkundenfälschung 665, Betrug 308, Mordversuch 42 und Zwangsprostitution 49, also insgesamt 8 285. Personen mit anderen Vergehen oder Verbrechen 484.«

Auch wenn keine Angaben über die Anzahl der politischen Gefangenen unter den restlichen 484 Freigelassenen vorliegen, ist anzunehmen, dass es weniger als 100 Personen sind. Und dieses Bild zeigt eindeutig, dass die Forderungen der politischen Parteien, der Öffentlichkeit, der EU, des Europäischen Parlaments, des EGMR und ausländischer NGOs nach demokratischen Regulierungen von der Regierung nicht umgesetzt werden konnten. Annähernd 10 000 wegen ihrer Ansichten Inhaftierte konnten die Korrekturen der AKP-Regierung in Bezug auf Gedanken- und Meinungsfreiheit nicht nutzen. Aber mit der Entlassung Tausender aus den überfüllten Gefängnissen ist eine Lösung des Kapazitätsproblems der türkischen Gefängnisse erneut verschoben worden.

Gibt es etwas Neues? Was bringt das 4. Justizreformpaket?

Bei den Gesetzesanpassungen wurde die Rechtsprechung des EGMR nicht beachtet: Die Artikel des Pakets bringen Änderungen in den Punkten Mitgliedschaft in einer Terrororganisation, Propaganda für eine Terrororganisation und Veröffentlichen von Medien einer Terrororganisation mit sich. Demnach sind Bestimmungen, dass »Methoden der Gewaltanwendung, Nötigung oder Bedrohung durch Terrororganisationen als legitim dargestellt oder verherrlicht werden bzw. selbst angewendet werden«, in den jeweiligen Artikeln ergänzt worden. Die Regierung besteht darauf, dass auf diese Weise das nach EGMR-Ansicht geltende Kriterium für »Gewalt« in das Gesetz aufgenommen worden sei. Aber besagte Angleichungen folgen nicht nur den EGMR-Standards, sondern sind sehr vage und durch die allgemeinen Erläuterungen in hohem Maße weit aufzufassen. Der EGMR hat in unzähligen Urteilen entschieden, dass, solange keine Gewalttätigkeit vorliegt, jeder in friedlicher Weise geäußerter Gedanke, jede Äußerung, sei er oder sie noch so belästigend, absurd oder sogar schockierend, legitim ist. Denn in den Urteilen über Schadensersatzzahlungen, zu denen die Türkei in den Verfahren Kılıç vs. Türkei, Karataş vs. Türkei, Gül und andere vs. Türkei, Sürek und Özdemir vs. Türkei verpflichtet wurde, wird klar und deutlich auf diese Grundsätze hingewiesen. Dessen ungeachtet wird eine weit gefasste Definition des Begriffes »Gewalt«, die den RichterInnen durch Begriffe wie »verherrlichen«, »als legitim betrachten« einen großen Ermessensspielraum bietet, nicht ausreichen, Menschenrechtsverletzungen zu verhindern. Zudem ist das Strafmaß für besagte Vergehen sehr hoch angesetzt. Diese Vergehen sind mit ihrer Aufführung sowohl im türkischen Strafrecht als auch im Antiterrorgesetz über das normale Strafmaß hinaus angehoben worden. Beispielsweise sieht der Artikel 5 des gegenwärtigen Entwurfs und der Artikel 6 des Antiterrorgesetzes Haftstrafen von 1 bis zu 3 Jahren in den Fällen vor, in denen Methoden der Gewaltausübung als legitim dargestellt oder verherrlicht werden oder in denen in Flugblättern dazu aufgerufen wird oder die veröffentlicht werden, und bei denselben Aktionen Propaganda zu betreiben, wird mit Haftstrafen von 1 bis zu 5 Jahren bestraft. Das Verbrechen über den Presseweg zu begehen, kann mit Haftstrafen von bis zu 7,5 Jahren versehen werden.

Mit dem Entwurf wurden eigentliche Rechtsabweichungen nicht beseitigt: Eine Bestimmung des Entwurfs lautet folgendermaßen:

»1) Bei Versammlungen und Demonstrationen gibt sich als Mitglied oder UnterstützerIn einer Terrororganisation zu erkennen, auch wenn die Durchführung scheitert, wer auf Versammlungen und Demonstrationen, die sich zu Propagandaveranstaltungen einer Terrororganisation wandeln, die Identität verschleiert, indem das Gesicht vollständig oder zum Teil vermummt ist.

2) Jemand gibt sich als Mitglied oder UnterstützerIn einer Terrororganisation zu erkennen bei Versammlungen und Demonstrationen, auch wenn die Durchführung scheitert, bei denen:

a) Symbole, Bilder und Zeichen einer Organisation aufgehängt oder getragen werden,

b) Parolen gerufen werden,

c) mit Lautsprechergeräten kundgetan werden,

d) Uniformen benutzt werden, die Symbole, Bilder oder Zeichen tragen.«

In diesen Fällen ist eine Gefängnisstrafe von 1 bis zu 5 Jahren vorgesehen. Wird das Verbrechen auf dem Wege der Presse- oder Medienveröffentlichung ausgeführt, erhöht sich die Strafe um die Hälfte. Die Verantwortlichen der entsprechenden Presse- oder Medienorgane werden zudem zu Geldstrafen von 1 000 bis zu 5 000 Tagessätzen verurteilt.

Die oben angeführten Regelungen stehen im Widerspruch zu den Normen des EGMR und der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK). Der EGMR hat vor kurzem im Fall Kılıç und Eken vs. Türkei bei friedlichen Newroz-Feierlichkeiten gerufene Parolen, die als Unterstützung der Organisation gelten, wie »Bijî serok Apo« und »Die Jugend ist Leibwächter Apos«, als Zeichen einer friedlichen Darstellung der Gesinnung für legitim erklärt und die Türkei wegen Verletzung der Konvention zu Schadenersatz verurteilt. Das Gericht hat betont, dass die Grenze zwischen Terrorakt und Meinungs- und Gedankenfreiheit sehr genau festgestellt werden muss und Parolen wie diese, die bei friedlichen Aktionen niemandem Schaden zufügen, somit dem Bereich der Meinungsfreiheit zuzuordnen sind. Demgegenüber sind in der Türkei jahrelang Menschen zu Gefängnisstrafen verurteilt worden, weil sie »Herr Öcalan« gesagt haben sollen. Mit dieser Neuregelung sind diejenigen, die sich vermummen, die die Farben gelb-grün-rot oder die traditionelle Kleidung »şal û şepik« tragen, dem Ermessen der Richterin oder des Richters ausgesetzt und können Gefängnisstrafen bis zu 7,5 Jahren bekommen.

Mit dem Entwurf wird der Vorwurf, das Verhältnis von Bevölkerung und Militär zu beeinträchtigen, geschützt: Der genannte Punkt stellt ein ernsthaftes Hindernis für Gedanken- und Meinungsfreiheit dar und die Neuregelungen haben keine positive Entwicklung mit sich gebracht. Es kann nicht als Verbrechen definiert werden, wenn jemand einen Militärdienstleistenden dazu bewegt, das nicht zu tun. Das gehört zur Meinungsfreiheit. Angesichts der öffentlichen Diskussionen über die Pflicht zum oder die Freiwilligkeit des Militärdienstes und das Recht auf Wehrdienstverweigerung in demokratischen Ländern sind zudem die fehlende Notwendigkeit und die Unrechtmäßigkeit solcher Art Formulierungen offensichtlich. Der EGMR hat in mehreren Entscheidungen die Türkei in diesem Sinne sowohl verurteilt als auch ermahnt, das Recht auf Wehrdienstverweigerung anzuerkennen, indem sie das Gesetz schnellstmöglich ändert (Ülke vs. Türkei, Savda vs. Türkei, Tarhan vs. Türkei, Bayatyan vs. Armenien).

Die EGMR-Urteile, welche die Türkei nicht umgesetzt hat, sind zeitlich befristet: Weil der EGMR mit seiner Entscheidung über die Rechtsverletzung zum Nachteil Herrn Öcalans den Weg für eine Neuverhandlung geebnet hatte und durch die Regelungen von 2003 Dutzende andere Personen davon betroffen gewesen waren, wurde diese Neuregelung im Entwurf vorgenommen. Damit wurde im Gegensatz zur EGMR-Entscheidung erneut der Weg zu einer Neuverhandlung versperrt. Das Ministerkomitee des Europarates verfolgte diesen Fall bis 2007. Erst als ein neues Verfahren nicht mehr möglich schien, wurde die Voraussetzung geschaffen, dass »ab dem 15.06.2012 die Aufsicht dem Ministerkomitee des Europarates obliegt«. Die Akte Herrn Öcalans, die das Komitee schon früher von seiner Agenda gestrichen hatte, und eine Neuverhandlung in diesem Fall, der vom EGMR als »Rechtsverletzung« anerkannt worden war, werden im Entwurf mit seinen Neuregelungen kein Thema sein. Dabei ist die Aufsicht durch das Ministerkomitee über die Anwendung bzw. Nichtanwendung der Gerichtsentscheide in den betreffenden Staaten ein Mittel dazu. Dass das Komitee die Anwendung einiger Urteile nicht mehr überwacht, bedeutet nicht, dass in diesem Fall keine Rechtsverletzung mehr besteht oder die Türkei das Urteil des Gerichts nicht mehr umsetzt.

Erwiesenermaßen dienen die Gesetzespakete, deren Inhalte ausschließlich von der Regierung festgelegt wurden und bei deren Vorbereitung Ansichten der Opposition oder anderen Meinungen keine Beachtung geschenkt wurde, keinem anderem Zweck, als Probleme kurzfristig zu verschieben. Notwendig ist aber ein wirklicher und umfangreicher Ansatz der Demokratisierung. ♦

Überlegungen zur Verhandlungsfähigkeit der Türkei

Die kritische Schwelle ist überschritten!

Tuncel Fikret, Journalist

Die in Nordkurdistan stärkste politische Kraft ist unter dem Einfluss des Kalten Krieges mit Bezug auf das leninistische Modell bzw. vergleichbare Modelle gegründet worden. Ihre Visionen, ihr Manifest (theoretisch von besagten Modellen geprägt), ihre Bündnisse und ihre Kriegsstrategie standen stets unter der Maxime »Freiheit für das kurdische Volk«.

Die fehlende Struktur der Kurden und ihre Zerstreuung auf vier Staaten sind das Resultat einer internationalen Intervention in der Region, was bei der heute dominanten Kraft damals zur Sensibilisierung des Widerstands geführt hat. Zudem war der Widerstand aufgrund widriger Bedingungen gezwungen, innerhalb der Bevölkerung zu agieren, was sie befähigte, weltweite Veränderungen stets frühzeitig wahrzunehmen.

Dieser dynamische Ansatz und ein kontrollierter Pragmatismus führten dazu, dass diese Bewegung vom »Niedergang des Realsozialismus« quasi unberührt blieb. Sie konnte ihre Struktur als auch ihre Ziele revidieren, da sie imstande war, sich neu zu erfinden, die Sprache der Zeit zu sprechen und die richtigen Schachzüge zur richtigen Zeit zu machen.

In den 90er Jahren weiteten sich die militärischen Zusammenstöße erheblich aus, parallel dazu aber auch die Bemühungen für ein friedliches Zusammenleben in Form von Waffenstillständen, Dialoganstrengungen und Lösungserklärungen.

Mit Bezug auf das sowjetische und das chinesische Beispiel hat diese Bewegung um die 2000er Jahre herum begonnen, den Staat und die damit einhergehende Herrschaft für sich als Lösungsmodell abzulehnen, so dass sie von den Ideen und Erfahrungen aktionistischer Theoretiker, Globalisierungskritiker, Umweltschützer und Philosophen, die den konventionellen Staat infrage stellten, profitieren konnte. Sie hat die Verblendung unter dem Vorwand der Aufklärung abgelehnt und sich einen weiterhin marxistisch geprägten Rahmen gegeben.

Mit diesem Paradigma, das sich nicht der Erkenntnis verschließt, wurde ein komplexes, sich aufeinander beziehendes Organisationsmodell entworfen und proklamiert, das als Demokratischer Konföderalismus – Demokratische Republik – Demokratische Autonomie beschrieben werden kann.

Zweifelsohne sind langfristige Überlegungen und Ideen im Hinblick auf unsere Gesellschaft und die globalen Entwicklungen von enormer Bedeutung, aber notwendig war es, die Frage nach dem Status der Kurden im Nahen/Mittleren Osten zu beantworten, denn nur so konnte eine sich abzeichnende Katastrophe abgewendet werden.

Die kurdische Bewegung verfolgt hierbei parallel eine Strategie von Druck und Überzeugung: Für ein Zusammenleben gilt es die Türken von der Gleichberechtigung und die Kurden von einer Lösung ohne eigenen Staat zu überzeugen. Die Kurden würden ihre Mindestrechte bekommen und somit der Rest der Türkei in den Genuss einer maximalen Demokratie. Niemand verliert dabei …

Der Staat, unterschiedliche Institutionen als auch die kurdische Politik sind sich dessen bewusst, wie hoch der Preis sein wird, wenn man sich einer auf gegenseitiger Überzeugung und Billigung basierenden gemeinsamen Zukunft verschließt.

Zuletzt hat nun der türkische Staat aufgrund der Zielrevidierung der 20-Millionen-Minderheit, die er bis heute mit militärischen Mitteln zu unterdrücken versuchte, den Anlauf gewagt, den Staat zu entnationalisieren.

Was wird der Staat unternehmen?

Der türkische Staat besitzt nicht die Fähigkeit, Probleme gerecht und im Dialog zu lösen. Seine Geschichte belegt ganz klar, dass er sie sich bewusst nicht angeeignet hat. Stattdessen werden Probleme aufgeschoben, unterdrückt, liquidiert oder physisch derart marginalisiert, dass ihre Existenz für den Staat

hinnehmbar ist. Es ist ein türkisch-staatlicher Reflex, den wir in seiner Geschichte fortlaufend wiedererkennen können, wenn auch hin und wieder in leicht veränderter Form. Dieser Staat hat in Bezug auf Probleme und Fragen außerhalb seiner eigenen Grenzen klare Lösungsansätze, die sich entweder in einer Vereinnahmung des gesellschaftlichen Gedächtnisses und der jeweiligen Kultur äußern oder in der Schaffung eines Gleichgewichts durch eine kontrollierte feindliche Position. Nach innen jedoch agiert dieser Staat beim Auftreten von Problemen deutlich aggressiver, brachial, vernichtend und gnadenlos.

Der seit 1699 militärisch erfolglose türkische Staat geriet um 1800 im Zuge der Hinterfragung seiner Herrschaft in den von ihm eroberten Gebieten in einen Abwärtsstrudel, da er statt einer Lösung die Lösungslosigkeit bevorzugte. Da wären zum Beispiel die Vorfälle von Kavala in Ägypten zu nennen (der Gouverneur von Ägypten Mehmet Ali Pascha stellte sich gegen die Zentralmacht und löste einen Aufstand aus) oder die Vorfälle auf dem Balkan in Serbien, Griechenland, Bulgarien, Mazedonien, Rumänien usw., die sich über Kreta bis in den arabischen Raum hin ausdehnten. Diese Problemgebiete konnten vom türkischen Staat nicht befriedet werden, da sein Verständnis von einer Lösung stets zu einem brutalen Bruch führte. Man hat auch versucht, die Armenierfrage durch einen Genozid zu lösen, und sieht sich heute, vor allem auf außenpolitischem Gebiet, diesem Problem gegenüber. Die Invasion auf Zypern, die sich gegen das Zusammenleben richtete und der das Problem der Herrschaftsteilung zugrunde liegt, bestimmt auch heute die Diplomatie. In der Kurdenfrage erlebt das kurdische Volk all die Grausamkeiten, die vor ihm bereits das armenische und das mazedonische Volk durchmachen mussten. Lassen wir die Probleme mit den Völkern einmal beiseite, dieser Staat hat es, trotz einer der größten Metropolen weltweit, immer noch nicht geschafft, eine Stadtplanung zu entwickeln …

Eben aufgrund dieser oben angeführten Aspekte, die im Hinblick auf die Lösungsabsichten dieses Staates berechtigte Fragen aufwerfen, ist weiterhin Vorsicht geboten …

Optimistisch sein

Aufgrund der Geschichte und vor allem der letzten traurigen 40 Jahre und der damit einhergehenden Erfahrungen besteht durchaus Anlass zu Optimismus bzgl. der Entwicklungen, da das kurdische Volk und seine politischen Strukturen intellektuelle Einheit und einen starken praktischen Reflex aufweisen.

Allerdings werde ich Schwierigkeiten anhand von drei Aspekten aufzeigen. Der türkische Außenminister Ahmet Davutoğlu hat keinerlei Alternative oder Ausgleich zu seiner feindseligen Politik gegenüber Iran, Syrien und Irak, obwohl diese Linie größere Schäden verursachen wird. Justizminister Sadullah Ergin hat anderthalb Jahre lang niemand zu Abdullah Öcalan gelassen. Wozu hat das geführt? Wir erinnern uns an unvorhersehbare Aktionen und einen rasanten Anstieg der Verluste von Menschenleben.

Wir müssen all das rational analysieren und uns fragen, ob dieser *[Verhandlungs-/Friedens-]*Prozess zum gewünschten Ziel führen wird. Gibt es dafür eine Garantie? Nein, es kann keine Garantie dafür geben, aber es gibt eine Garantie dafür, was passieren wird, wenn wir diesen Weg nicht weitergehen. Denn alles, was wir in den letzten 30 Jahren erleben mussten, wird sich dann auch im 31. Jahr wiederholen. Wir sollten uns ernsthaft fragen, ob es in diesem seit nun 30 Jahren andauernden Konflikt einen Sieger gibt.

Der stellvertretende AKP-Vorsitzende Mehmet Ali Şahin weist darauf hin: »Im Falle einer Fortsetzung des Konflikts sind die Einheit des türkischen Staates und die Zuneigung zu Gott gefährdet, so dass die Gefahr einer Spaltung des Staates steigt. Denn wir nehmen wahr, dass das Zugehörigkeitsgefühl unserer Bürger im Südosten abnimmt. Wenn ein Teil der Bevölkerung ein Zugehörigkeitsproblem dem Staat gegenüber hat, so ist es die dringlichste Aufgabe dieses Staates, dieses Problem zu lösen. Probleme dieser Art sind in ähnlichen Fällen durch Gespräche gelöst worden.«

Ich will hinzufügen, dass die »rote Linie« des türkischen Staates in Bezug auf Südkurdistan verwischt ist, da sie ursprünglich gegen einen Status für diese Region waren. Es blieb sogar nicht beim Protest gegen einen Status für Südkurdistan, sondern es wurden Kontraguerillas ausgebildet. Die USA haben diese Bestrebungen der Türkei unterbunden, als sie deren Soldaten mit Säcken über dem Kopf abführten *[2003 in Südkurdistan]*. Durch die neue irakische Verfassung hat die Regionalregierung von Südkurdistan ihre Legitimation erfahren, so dass auch die Türkei sie nach anfänglicher Ablehnung anerkannt hat. Und nicht nur das, sie ist dazu noch zur engsten wirtschaftlichen und politischen Partnerin der Autonomen Region Kurdistan aufgestiegen und empfängt deren Regierungschef Barzani mit allen staatlichen Ehren. Die roten Linien haben sich im Becken des realpolitischen Pragmatismus aufgelöst.

Auch die westkurdische Überraschung wird trotz anderslautender Aufregung dasselbe Schicksal erfahren. Im Zuge des syrischen Krieges hat die stärkste Gruppe der Kurden begonnen, die Herrschaft über die kurdischen Gebiete zu übernehmen, so dass wie am Beispiel Südkurdistans ähnliche Widerstände und Einsprüche zu vernehmen waren. Die militärischen Erfolge der Kurden und ihre Bemühungen um politische Einheit haben mittlerweile zu einer Auflockerung dieser Haltung ge-

führt. Der türkische Ministerpräsident widersprach sich kürzlich selbst, indem er die westkurdische Partei der Demokratischen Einheit (PYD) nicht mehr unter dem Einfluss Assads stehend bezeichnete.

Wir sollten uns nicht wundern, wenn die Türkei in Kürze Westkurdistan genauso wie Südkurdistan anerkennt.

Der türkische Staat musste verlegen bekannt geben, dass mit Abdullah Öcalan, den man bis dato als »Kindesmörder« betitelt und dessen PKK als eine Handvoll Terroristen geschmäht hatte, Gespräche über eine Lösung der kurdischen Frage geführt werden. Die Kurden können in dieser Situation zufrieden sein, da sie es sind, die eine demokratisch-friedliche Lösung aufzwingen.

Die tödliche Schwelle ist genommen, es gilt jetzt, den Prozess möglichst ohne Fehltritte zu überstehen. Die Betreffenden erwartet eine anstrengende Phase … ♦

(Quelle: http://tuncelfikret.blogspot.com)

Der Bericht des Menschenrechtsvereins IHD für das Jahr 2012

Eine Bewertung der Menschenrechtsverletzungen in der Türkei

Civaka Azad – Kurdisches Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit e. V.

Im April letzten Jahres veröffentlichte der Menschenrechtsverein in der Türkei (Insan Haklari Derneği, IHD) seinen Menschenrechtsbericht für das Jahr 2011. Darin wurde ein signifikanter Anstieg der Menschenrechtsverletzungen gegenüber den Vorjahren festgestellt, und dass die Türkei sich zunehmend in einen autoritären Polizeistaat verwandele. Sehen wir uns nun den neuen IHD-Bericht an, erkennen wir, dass die Menschenrechtsverletzungen seitens des türkischen Staates auch 2012 kein Ende genommen haben.

Es gilt zunächst für das Jahr 2013 zu betonen, dass der von dem auf der Gefängnisinsel Imralı inhaftierten PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan eingeleitete Lösungsprozess eine bedeutende Entwicklung darstellt. Im Gegensatz zu den schweren Menschenrechtsverletzungen 2012 ist aus menschenrechtlicher Sicht im Jahr 2013 – bis jetzt – eine Phase der Entspannung zu verzeichnen. Besonders der Aufruf Öcalans »Die Waffen sollen endlich schweigen, Gedanken und Politik sollen sprechen« am 21. März 2013 auf dem Newroz-Fest in Amed (Diyarbakır) wie auch die Waffenstillstandserklärung der Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans (KCK) und der geplante Rückzug der Guerilla vom türkischen Staatsgebiet spielen hierbei eine wichtige Rolle.

Die Einrichtung einer Wahrheits- und Gerechtigkeitskommission ist für die positive Entwicklung des aktuellen Friedensprozesses und für den gesellschaftlichen Ausgleich von zentraler Bedeutung. Auch für die Phase des Rückzugs der HPG-Guerilla (Volksverteidigungskräfte) vom türkischen Staatsterritorium muss eine Kommission eingerichtet werden, die den Rückzug beaufsichtigt.

Es sollte nicht vergessen werden, dass mit der Lösung der kurdischen Frage auch gleichzeitig die Untersuchung von Massengräbern, das Aufdecken der »Morde durch unbekannte Täter« und von Massenmorden (wie zuletzt Roboski), der (Wieder-)Aufbau der von der Armee zerstörten Dörfer, die Ab-

schaffung des Dorfschützersystems, die Minenräumung und weitere Realitäten einhergehen.

Der Bericht zu den Menschenrechtsverletzungen im Jahr 2012 zeigt, dass die Repression des Polizeistaates weitergeht. Doch hat der Anfang 2013 begonnene Friedensprozess die Hoffnungen auf eine friedliche Lösung der kurdischen Frage und eine Demokratisierung der gesamten Türkei wieder bestärkt.

Im Folgenden nun zu den Inhalten des am 26.03.2013 veröffentlichten IHD-Berichts 2012:

Verletzung grundlegender Menschenrechte

Die Reihe der Todesfälle bei den schwerkranken Häftlingen in den Gefängnissen hält weiter an und stößt bei der türkischen Regierung auf Gleichgültigkeit. Es gibt derzeit 411 kranke Häftlinge, von denen 124 Schwerkranke sofort entlassen werden müssten. Weitere 121 kranke Häftlinge brauchen dringend umfassende medizinische Versorgung, die ihnen bislang verweigert wird.

Ein Fortbestehen des Dorfschützersystems geht mit Menschenrechtsverletzungen einher. Im Jahr 2012 wurden zwei Menschen durch Dorfschützer getötet und drei weitere verletzt. Eine demokratische Lösung der kurdischen Frage bedeutet gleichzeitig die Abschaffung des Dorfschützersystems.

Durch explodierende Minen und Sprengkörper kamen im Jahr 2012 19 ZivilistInnen, darunter 8 Kinder ums Leben. 85 ZivilistInnen wurden zudem verletzt. Im Jahr 2009 wurden die Minen an der Grenze zu Syrien entfernt, doch für das eigentliche Problem, nämlich die Minen innerhalb des Landes, wurden keine Maßnahmen getroffen. In neun Provinzen der Türkei gibt es in der Nähe ziviler Siedlungen große verminte Flächen. Für die verminten Flächen, die gemäß dem Ottawa-Abkommen bis 2014 bereinigt werden müssen, wurden von der Regierung noch keine entsprechenden Schritte eingeleitet.

Folter und Misshandlung

Nach Angaben des türkischen Justizministeriums betrug 2009 die Zahl der Angeklagten vor Gericht mit dem Vorwurf der Folter und Misshandlung 707. Sie stieg 2010 auf 755 und im Jahr 2011 auf 892 Angeklagte. Das 12.-September-Regime und die fortdauernden bewaffneten Auseinandersetzungen haben in der Türkei ein Klima der Straflosigkeit erzeugt. Die Aussage der Regierung »Null Toleranz gegen Folter« ist nur ein Lippenbekenntnis geblieben. Das wird selbst durch offizielle staatliche Statistiken bestätigt.

Gedanken-, Meinungs- und Pressefreiheit

Anfang dieses Jahres ist die Türkei im Pressefreiheits-Ranking von »Reporter ohne Grenzen« (ROG) von Platz 148 auf Platz 154 von insgesamt 179 Staaten abgerutscht. Sie liegt damit hinter Staaten wie Nigeria, Kolumbien oder Russland. Die in New York ansässige Nichtregierungsorganisation Committee to Protect Journalists (CPJ) bezeichnet die Türkei als das »weltweit größte Gefängnis für JournalistInnen«. Am 1. Dezember



Istanbul: Der Menschenrechtsverein der Türkei IHD fordert ein Ende der Folter und die Freilassung der haftunfähigen kranken Gefangenen. Foto: DIHA

2012 waren 49 JournalistInnen inhaftiert, die aufgrund der »Antiterror«-Gesetzgebung oder unter der Beschuldigung mit anderen »staatsfeindlichen« Vergehen festgenommen worden waren. Die meisten inhaftierten JournalistInnen gehören der kurdischen Presse an.

Im Jahre 2012 ist der Zugang zu 6661 Internetseiten verwehrt worden, weil sie unabhängige Berichte zu Themen wie den Rechten von Minderheiten wie KurdInnen und ArmenierInnen enthielten. Im Bericht der ROG 2012 anlässlich des »Welttags gegen Internetzensur« gehörte die Türkei der Reihe von Staaten an, die »unter Beobachtung« stehen.

Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit

Im Jahr 2012 haben die Menschenrechtsverletzungen in diesem Bereich einen Höchststand erreicht. Nach Angriffen von Sicherheitskräften auf gesellschaftliche Aktivitäten, wie Versammlungen, Kundgebungen oder Demonstrationen, gab es schwere Verletzungen auf Seiten der DemonstrantInnen. Im Osten und Südosten der Türkei gab es 424 Angriffe auf Versammlungen und Kundgebungen. Dass die Angriffe auf die Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit im Jahr 2012 zugenommen haben, wird selbst durch offizielle Angaben des türkischen Justizministeriums bestätigt: So lag die Anzahl der Angeklagten, die gegen das Versammlungs- und Demonstrationsrecht nach Art. 2911 des Türkischen Strafgesetzbuchs (TCK) verstoßen haben, im Jahr 2007 bei 3294, 2008 bei 3778, 2009 bei 8251, 2010 bei 11462 und im Jahr 2011 bei 13479 Personen.

Auch die Verwendung von Pfefferspray durch die türkischen Sicherheitskräfte ist besorgniserregend. Die Aussage des ehemaligen Innenministers Idris Naim Şahin, Pfefferspray sei harmlos, zeigt, dass selbst auf höchster politischer Ebene diese Folterpraxis geduldet, wenn nicht sogar unterstützt wird. Die Tatsache, dass im Jahr 2012 bei Angriffen der Sicherheitskräfte auf Demonstrationen und Kundgebungen vier Menschen, darunter der BDP-Vorsitzende des Stadtverbands Arnavutköy, Hacı Zengin, durch Tränengasgranaten tödlich verletzt wurden, zeigt, wie ernst die Lage ist.

Organisationsfreiheit

Im Jahr 2012 wurden gegen 18 Vereine Schließungsverfahren eingeleitet. Unbekannte Täter griffen 68-mal Partei- und Vereinsgebäude an. Die Tatsachen, dass die 10-Prozent-Hürde in der Türkei weiterhin besteht, dass die neuen Gewerkschaftsrechte, trotz heftigen zivilen Widerstands, die Rechte der ArbeitnehmerInnen weiter beschränken und dass die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder weiter gesunken ist, zeigen, dass die Repression des Staates auch in diesem Bereich andauert.

Festnahmen und Inhaftierungen

Nach dem Bericht des IHD hat das AKP-Regime im Jahr 2012 insgesamt 12300 politisch begründete Festnahmen, darunter 2788 Inhaftierungen, veranlasst. Unter den Festgenommenen befinden sich 550 Kinder *[in diesem Zusammenhang alle Minderjährigen unter 18 Jahren]*, von denen 125 inhaftiert wurden. Ein Großteil der Festnahmen und Verhaftungen laufen im Rahmen der sogenannten KCK-Verfahren *[KCK = Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans]*, in denen seit dem Frühjahr 2009 bis dato bis zu 10000 Personen inhaftiert wurden. Die Türkei wurde unter dem AKP-Regime zum weltgrößten Gefängnis für JournalistInnen, StudentInnen, GewerkschafterInnen, RechtsanwältInnen, BürgermeisterInnen, Frauenaktivistinnen und Kinder.

Demnach wurden beim IHD im Jahr 2009 bei 7718 Festnahmen 1923 Inhaftierungen registriert, im Jahr 2010 bei 7100 Festnahmen 1599 Inhaftierungen, und im Jahr 2011 waren es bei 12685 Festnahmen 2922 Inhaftierungen. Schließlich sind in den letzten vier Jahren laut IHD-Berichten 39803 Festnahmen und 9232 Inhaftierungen registriert worden. Bei diesen Zahlen handelt es sich meist um AktivistInnen und Mitglieder der BDP und KurdInnen.

Repression gegen MenschenrechtlerInnen

Auch zahlreiche MenschenrechtlerInnen sitzen in der Türkei hinter Gittern, darunter seit 2009 auch der kurdische Rechtsanwalt und stellvertretende Vorsitzende des IHD, Muharrem Erbey. Ihm wurde Ende 2012 von Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger der Internationale Ludovic-Trarieux-Preis verliehen. Auch die beiden IHD-MitarbeiterInnen Roza Erdede und Arslan Özdemir befinden sich weiterhin in Haft. Gegen Dutzende IHD-Mitglieder wurden Verfahren eingeleitet, die weiterhin andauern. Zudem wird die Arbeit der MenschenrechtlerInnen durch staatliche Behörden stark behindert und eingeschränkt. Ohne eine Demokratisierung wird es um die Menschenrechte in der Türkei weiterhin schlecht bestellt sein und dafür ist die friedliche Lösung der kurdischen Frage von entscheidender Bedeutung.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass es im Jahr 2012 eine offensichtliche Verschlechterung der Menschenrechtslage gegeben hat. ♦

Freilassung der kranken Gefangenen in der Türkei!

»Wir fordern keine Amnestie. Wir fordern die Anwendung des Gesetzes.«

Bianca Winter, Kampagne Demokratie hinter Gittern

»Die Schmerzen, die Erinnerungen und die Wut des kurdischen Volkes sind noch frisch. Wenn es um die politischen Entwicklungen in unserem Land geht, sind die Gefängnisse deswegen genau die Orte, die wir besonders beobachten.«

Trotz des begonnenen Dialogs zwischen der kurdischen Freiheitsbewegung und türkischem Staat halten die Verhaftungen im Rahmen der sogenannten KCK-Verfahren (KCK = Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans) an. Wegen Terrorvorwürfen wurden seit 2009 über 9 000 meist kurdische JournalistInnen, RechtsanwältInnen, MenschenrechtsaktivistInnen, GewerkschafterInnen, Frauenaktivistinnen, BürgermeisterInnen oder Studierende hinter Gitter gebracht. Die AKP-Regierung ist deswegen auch international stark unter Druck geraten, aber bislang nicht bereit, diese Gefangenen freizulassen. Die Entlassung einiger weniger, meist prominenter Gefangener reicht nicht aus, um die kurdische Bevölkerung von der Ernsthaftigkeit der Regierung zu überzeugen. Die Freilassung der schwerkranken Gefangenen sollte hierfür ein erster Schritt sein.

411 kranke Gefangene in türkischen Gefängnissen, 122 an der Schwelle zum Tod

Nach einer Untersuchung des Menschenrechtsvereins der Türkei IHD in Amed (Diayarbakır) sind in türkischen Gefängnissen derzeit 411 kranke Gefangene inhaftiert, darunter 230 Schwerstkranke. 122 von ihnen befänden sich an der Schwelle zum Tod, 108 benötigten dringende medizinische Behandlung außerhalb des Gefängnisses, 115 werde die notwendige Behandlung verweigert. (Der IHD unterscheidet generell nicht zwischen sogenannten »sozialen« und politischen Gefangenen, die Rechtskommission der BDP gibt die Anzahl der kranken politischen Gefangenen mit 130 an. Aufgelistet wird jedoch nicht, welcher Organisation sie angehören.) Obwohl eine Haftentlassung dieser Gefangenen gesetzlich vorgeschrieben ist, werde sie von den Justizbehörden in den meisten Fällen verweigert.

In einem gemeinsam mit der Menschenrechtsstiftung der Türkei (TIHV), der AnwältInnenkammer und der ÄrztInnenkammer von Amed (Diyarbakır) recherchierten Bericht vom Januar 2013 werden neben Namen und Haftorten der Gefangenen auch die jeweiligen Krankheitsbilder detailliert aufgeführt.[1] Sie reichen von chronischen Erkrankungen wie Diabetes, Asthma, Gelenkerkrankungen, Herz-Kreislauf-Erkrankungen, neurologischen und psychiatrischen Erkrankungen wie Epilepsie, Lähmungen, dem meist hungerstreikbedingten Wernicke-Korsakow-Syndrom, Demenz, Psychosen, Erkrankungen des Magen-Darm-Traktes, Infektionskrankheiten wie Hepatitis (die stets eine Isolierung der Gefangenen zur Folge haben) bis hin zu Krebserkrankungen und anderen Erkrankungen, die nicht heilbar sind (wie die schwere neurologische Erkrankung ALS) oder, wenn sie nicht adäquat behandelt werden, zum Tode führen. Vielfach wird den kranken Gefangenen seitens der Gefängnisleitungen eine Behandlung verweigert, indem die benötigten Medikamente wie Insulin nicht ausgehändigt oder notwendige Untersuchungen und Behandlungen in Krankenhäusern außerhalb der Gefängnisse nicht genehmigt werden. Vielen der betroffenen Gefangenen wurde mehrfach ärztlich bescheinigt, dass eine Haftentlassung aus medizinischer Sicht dringend notwendig sei, die Justizbehörden sind diesen Empfehlungen nicht gefolgt, obwohl dies das bisher geltende Recht vorschreibt.

Todesstrafe abgeschafft? Über 900 Gefangene starben in den letzten 10 Jahren

Infolge dessen sind in den letzten 10 Jahren über 900 Gefangene in der Haft oder kurz nach ihrer Haftentlassung gestorben. Oft werden sterbende Gefangene nur wenige Tage oder

1) http://demokratiehintergittern.blogsport.de/2013/04/15/122-gefangene-an-der-schwelle-zum-tod/#more-219

Stunden vor ihrem Tod entlassen, was den Verdacht nahelegt, dass es den Gefängnisbehörden lediglich darum geht, diese Sterbefälle nicht in ihrer Statistik aufführen zu müssen. Der IHD-Vorsitzende von Adana forderte im April 2012 die sofortige Freilassung der haftunfähigen Gefangenen und erklärte hierzu: »Wir fordern keine Amnestie. Wir fordern die Anwendung des Gesetzes. Lebensbedrohlich erkrankte Gefangene sollten ihre letzten Lebenstage mit ihren Familien verbringen können.«

Offiziell wurde 2002 die Todesstrafe in der Türkei abgeschafft, 2004 die Folter unter Strafe gestellt. Bedenkt man aber allein die Zahl von 900 toten Gefangenen in den letzten 10 Jahren, kann man zu dem Schluss kommen, dass beide nach wie vor – auch mit Beteiligung von ÄrztInnen – systematisch praktiziert werden.

»TerroristInnen«? Neben einer Mentalitätsänderung bei den Verantwortlichen aus Politik und Justiz ist auch eine Änderung der türkischen Antiterrorgesetze nötig. Allen Hoffnungen zum Trotz leistet dies auch das 4. Justizreformpaket nicht. Justizminister Sadullah Ergin bekräftigte, dass die Reform keinerlei Auswirkungen auf die KCK-Verfahren haben werde, die KCK-Gefangenen also nicht von ihr profitieren werden.

Das neue Vollzugsgesetz schreibt auch vor, dass eine abschließende Beurteilung der Haftfähigkeit eines Gefangenen durch GerichtsärztInnen vorgenommen wird. Der IHD hält dies für fragwürdig und äußerte, dass die Gerichtsmedizin ihre Unabhängigkeit verloren habe. Die Gutachten der vom Justizministerium bestimmten Gesundheitsausschüsse müssten als Entscheidungsgrundlage genügen.



Aktion des Menschenrechtsvereins der Türkei IHD für die Freilassung der kranken Gefangenen Foto: DIHA

Wird sich die Situation mit dem neuen Strafvollzugsgesetz verbessern?

Vor kurzem legte der türkische Justizminister ein neues Strafvollzugsgesetz vor, in dem es heißt: »Wenn aufgrund einer schweren Behinderung oder Krankheit das Leben des Gefangenen durch die Inhaftierung bedroht ist, kann die Haftstrafe ausgesetzt werden, soweit festgestellt wird, dass der Gefangene keine Gefahr für die öffentliche Sicherheit darstellt.« Angesichts der Tatsache, dass in der Türkei selbst steinewerfende Kinder als TerroristInnen inhaftiert werden, könnten sich mit dem neuen Gesetz die Chancen schwerkranker politischer Gefangener auf Haftverschonung also sogar verschlechtern. Denn: Wer gefährdet die öffentliche Sicherheit, wenn nicht

Zweifelhafte Rolle der GerichtsmedizinerInnen wird gestärkt

Nicht nur wegen der Beteiligung türkischer GefängnisärztInnen an der Folterung von Gefangenen (besonders in den 1980er- und 1990er Jahren) bestehen große Zweifel an deren Unparteilichkeit. Erkrankte Gefangene können in der Haft oft nicht adäquat behandelt werden. Trotzdem verweigern die Justizbehörden mit Rückendeckung von GerichtsmedizinerInnen eine notwendige Krankenhausbehandlung. GerichtsmedizinerInnen schicken Todkranke zurück ins Gefängnis und behaupten, dass Gefangene eine Behandlung verweigern würden. So auch im Falle des 75-jährigen Mahmut Karataş, der im April

2012 – bereits vollständig erblindet – im Gefängnis von Cewlig (Bingöl) in ein diabetisches Koma fiel und verstarb.

Politische Willkür auch in der Frage der Haftverschonung

Die türkische Justiz hält sich auch in der Frage der Haftverschonung kranker Gefangener nicht an bestehende Gesetze, sondern wendet sie willkürlich an. Weil es politisch opportun erschien, die durch die AKP-Politik vergrätzten Militärs wieder freundlich zu stimmen, verfügte ein Istanbuler Gericht im Februar die Haftverschonung des schwer herzkranken Ex-Generals Ergin Saygun, der letztes Jahr im sogenannten »Sledgehammer«-Verfahren wegen angeblicher Putschvorbereitung zu 18 Jahren Haft verurteilt worden war.

Am Beispiel der BDP-Politiker Şahabettin Yücel und Recep Karagül

Ganz anders behandelt die türkische Justiz Gefangene aus den Reihen der linken, kurdischen Opposition. Als Beispiele seien die BDP-Politiker Şahabettin Yücel und Recep Karagül genannt:

Der 59-jährige Şahabettin Yücel starb im Februar 2013 sieben Monate nach seiner Verhaftung wegen vermeintlicher KCK-Mitgliedschaft in der Haft an Lungenkrebs. Während der Behandlung war Şahabettin Yücel mit Handschellen gefesselt und die Verantwortlichen des Krankenhauses ließen von dieser unmenschlichen Praxis auch nach Intervention von Menschenrechtsorganisationen nicht ab. Trotz fortgeschrittenem Stadium der Erkrankung wurde eine Haftentlassung von den Justizbehörden abgelehnt.

Recep Karagül, der im Oktober 2011 verhaftete BDP-Vorsitzende von Ümraniye, ist schwer herzkrank. Der 51-jährige Politiker wurde nach seiner Verhaftung vier Mal ins Krankenhaus eingeliefert und musste sich im April 2012 erneut einer Bypass-Operation unterziehen. Obwohl sich der Gesundheitszustand von Recep Karagül stetig verschlechtert, haben GerichtsmedizinerInnen ihn für haftfähig erklärt. Am 5. Februar 2013 erlitt Recep Karagül im Gefängnis einen schweren Herzinfarkt. Sein Zustand wird als äußerst kritisch bezeichnet. Alle Anträge auf Haftentlassung wurden von den türkischen Behörden mit Hinweis auf die »Schwere der Schuld« abgelehnt.

Freilassung kranker Gefangener muss ein erster Schritt des Staates sein

Mit dem Hinweis auf die Morde und Folterungen im berüchtigten Gefängnis von Amed (Diyarbakır) in den Jahren nach dem Militärputsch von 1980 und in den 90er Jahren erklärte die BDP-Politikerin Meral Danış Beştaş für die Menschenrechtskommission ihrer Partei: »Die Schmerzen, die Erinnerungen und die Wut des kurdischen Volkes sind noch frisch. Wenn es um die politischen Entwicklungen in unserem Land geht, sind die Gefängnisse deswegen genau die Orte, die wir besonders beobachten.«

Der IHD-Vorsitzende Öztürk Türkdoğan, Mitglied der Anfang April einberufenen »Kommission der Weisen«, fürchtet, dass die anhaltenden Festnahmen kurdischer AktivistInnen und die Angriffe des Militärs den Dialog-Prozess gefährden könnten. Wenn der Staat die kurdische Bevölkerung von seiner Ernsthaftigkeit überzeugen wolle, müsse er als Erstes die kranken Gefangenen freilassen. ♦



Kontroversen um eine Lösung der kurdischen Frage führen zur Auflösung des türkischen Nationalismus

Der laute Niedergang der MHP

Baki Gül, Journalist

In der Phase der Ausrufung der türkischen Republik gründeten Mustafa Kemal Atatürk und seine Weggefährten am 9. September 1923 die Republikanische Volkspartei (CHP). Nach dem 1. Weltkrieg, mit dem Zerfall des Osmanischen Reiches, wurde die Nordmesopotamien (Kurdistan) und Anatolien umfassende Türkei bis 1946 in einem Einparteiensystem von der CHP als Gründerpartei der Republik regiert. Als Trägerin des Liberalismus und der Modernität in der positivistisch-politischen Philosophie diffamierte die CHP nach der Republikgründung die Kurden, den Islam und die Kommunisten als Feinde und institutionalisierte den kemalistischen Status quo der Partei. Um ihre Autorität zu festigen, unterdrückte sie zwischen 1923 und 1946 die Aufstände in Kurdistan mit »Hinrichtungen« und betrieb eine Assimilations-, Verleugnungs- und Vernichtungspolitik gegen die Kurden. Das Militär wurde dabei als wesentlicher Garant für die Aufrechterhaltung des eigenen Regimes erachtet. Die türkische Armee hat durch das Beharren auf einer ethnischen Politik und dem Türkentum (»türklük«) sowie die Etablierung des Laizismus als Gegenpol zum Islam einen wichtigen Beitrag zur Institutionalisierung der kemalistischen Republik geleistet. Nach dem Übergang zu einem Mehrparteiensystem 1946 setzte die Tradition der Demokratischen Partei (DP) der elitären kemalistischen Republik eine liberal-konservative Politik mit einer Tendenz zu Islam und Türkentum entgegen.

Obwohl DP und CHP politisch konkurrierten, teilten sie die politische Idee des Türkentums.

Die CHP hielt am Laizismus in der modernen Politik fest, während sich die DP auf der politischen Bühne durch eine liberalkonservative Sichtweise auf die Religion behauptete. Als die Gründerpartei der Republik, die CHP, ihre gesellschaftliche Unterstützung zugunsten der DP verlor, leitete die türkische Armee, um ihre Macht nicht zu verlieren, offiziell die Phase der Militärjunta ein. So riss sie am 27. Mai 1960 mit einem Militärputsch die Herrschaft an sich und wollte sich dadurch als »wahre Besitzerin« der türkischen Republik behaupten.

Die türkische Republik war durch die CHP proklamiert worden und 1946 hatten sich im Mehrparteienspektrum der türkischen Politiklandschaft die DP »Mitte rechts« und die CHP »Mitte links« etabliert. Kurden und Kommunisten betrieben ihre Politik, aufgrund der schweren Repression, auf illegaler Basis. Nationalisten und Islamisten hingegen positionierten sich in den rechten Parteien.

Nach dem Militärputsch vom 27. Mai 1960 hat sich die Parteienlandschaft der Türkei weiter ausdifferenziert. Die Islamisten organisierten sich in Nationaler Ordnungspartei (MNP) und Nationaler Heilspartei (MSP; Parteien der »Millî Görüş«-Bewegung: Nationale Sicht). Jenseits der islamistischen politischen Bewegung unter der Führung Necmettin Erbakans ging am 8./9. Februar 1969 aus der Republikanischen Bauern- und Volkspartei (CKMP) die Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP) hervor. Die ideologische Basis dieser Partei bildet der türkische Rassismus. Die MHP unter der Führung von Alparslan Türkeş hatte sich den Erhalt und Ausbau einer faschistischen Politik mit der Fokussierung auf das Türkentum und der Einverleibung der staatlichen Parole »eine Rasse, eine Sprache, eine Religion« auf die Fahnen geschrieben und sich zum Teil auch illegal innerhalb des Staatsapparates organisiert. Seit ihrer Gründung hat sich die MHP zwar zu keiner Massenpartei entwickeln können, aber sie hat ihre Mission stets als »Beschützerin des türkischen Staates« bezeichnet. In diesem Rahmen hat sie sich als staatlich unterstützte paramilitärische Organisierung gegen Kurden und Kommunisten etabliert. In den Wahlen, an denen sie teilnahm, erhielt sie zu Anfang noch zwischen 3 und 8 % der Wählerstimmen. Im Wahljahr 1999, als Abdullah Öcalan in die Türkei entführt wurde, erzielte sie allerdings ihren höchsten Stimmenanteil und stellte als kleine Koalitionspartnerin mit die Regierung.

Wahl	Vorsitz	Stimmenzahl	Stimmenanteil
12.10.1969	Alparslan Türkeş	274 225	3,02 %
14.10.1973	Alparslan Türkeş	362 208	3,38 %
05.06.1977	Alparslan Türkeş	951 544	6,42 %
24.12.1995	Alparslan Türkeş	2 301 343	8,18 %
17.04.1999	Devlet Bahçeli	5 606 634	17,98 %
03.11.2002	Devlet Bahçeli	2 629 808	8,35 %
22.07.2007	Devlet Bahçeli	5 001 869	14,27 %
12.06.2011	Devlet Bahçeli	5 585 513	13,01 %

Wie aus obiger Tabelle zu entnehmen, konnte die MHP ihren Stimmenanteil vor allem in Zeiten heftiger Gefechte oder politischer Polarisierung steigern. 1977 erstarkte in der Türkei die Organisierung der revolutionären Jugendbewegung. Im selben Jahr steigerte die MHP quasi als Zeichen gesellschaftlicher Polarisierung ihren Stimmenanteil deutlich. 1995 verlor der Staat im Krieg in Kurdistan an Einfluss und erneut gewann die MHP Stimmen, auch weil der Staat ihre legalen und illegalen Strukturen im Kampf gegen die kurdische politische Bewegung benutzte. Zwei Abspaltungen waren zu verzeichnen, zum einen 1993, als die islamistische, paramilitärische Basis unter der Führung Muhsin Yazıcıoğlus die Partei der Großen Einheit (BBP) gründete, während die MHP sich um eine Adaptierung an die politischen Veränderungen auf der Welt und in der Region bemühte, und zum anderen dann 1997 nach dem Tod des MHP-Gründers Alparslan Türkeş. Dennoch wollte sich die MHP durch den türkischen Rassismus im Zentrum der Politik halten. Mit ihrem hohen Wählerstimmenanteil 1999 war sie an der Regierung beteiligt, konnte diese Position aber aufgrund der offiziellen Staatspolitik nicht halten. In den Wahlen vom 3. November 2002 fiel ihr Stimmenanteil von 17,98 auf 8,35 %, wodurch sie an der 10%-Wahlhürde scheiterte. Das Aufkommen der AKP und der faschistisch-liberalen Massenpartei Junge Partei (GP) unter der Führung von Cem Uzan kostete die MHP zusätzlich Wählerstimmen, sie stand vor der Marginalisierung. Dennoch konnte sie nach den Wahlen vom 22. Juli 2007 mit einem Stimmenanteil von 14,27 % erneut ins Parlament einziehen. Bei den letzten Wahlen am 12. Juni 2011 sank ihr Stimmenanteil auf 13,01 % und ihre Politik gestaltet sie auf einer zunehmend marginalen Basis. Die Bedingungen, unter denen die MHP gegründet wurde und sich entwickelt hat, ändern sich derzeit gänzlich. Die politische Landschaft in der Türkei basiert nicht mehr auf dem ethnischen türkischen Rassismus. Die Tatsache, dass Kurden, Aleviten und andere Minderheiten freier am politischen und gesellschaftlichen Leben teilnehmen können, wird die Bedeutung der MHP zusätzlich schmälern. Besonders durch den kurdischen Kampf verliert die eindimensionale nationalistische Politik der Türkei weiter an Boden. Als Schutzpatronin des Türkentums ist die MHP auf politischer Ebene nicht mehr allein. Auch die CHP gebraucht heutzutage dieselben politischen Argumente und die beiden vordergründig so unterschiedlich wirkenden Parteien gehen konform. Sie haben durch »die Gefahr« der Lösung der kurdischen Frage zueinandergefunden. Beide Parteien nähern sich diesem Problem mit einer Assimilierungs- und Verleugnungspolitik und verteidigen die klassische türkische Staatspolitik gegen den Dialog zwischen PKK und AKP. Folglich ist durch die veränderte regionale und globale politische Lage in der Türkei die Wahrscheinlichkeit einer Marginalisierung der Politik von MHP und CHP gestiegen. Der türkische Staat wird den paramilitärischen Einsatz der MHP nicht mehr für notwendig erachten. Ihr bleibt nur noch, sich wie die Neonazis in Deutschland im Untergrund zu radikalisieren. In der türkischen Politik hat die MHP ausgedient. Islamismus und Türkentum hat die AKP in ihre konservativnationalistische Politik integriert und die elitäre kemalistische Organisierung setzt ihre türkischnationalistische Politik im klassischen Status quo fort. Wenn zusätzlich bedacht wird, dass die Fethullah-Gülen-Gemeinde in der nächsten Zeit mit der AKP gemeinsam agieren wird, ist das Ende der MHP vorprogrammiert. ♦

Als Schutzpatronin des Türkentums ist die MHP auf politischer Ebene nicht mehr allein. Auch die CHP gebraucht heutzutage dieselben politischen Argumente und die beiden vordergründig so unterschiedlich wirkenden Parteien gehen konform.

Kurze Analyse:

Warum entschuldigt sich Israel bei der Türkei?

Haluk Gerger, Politikwissenschaftler, Yeni Özgür Politika, 26.03.2013

Der Kolonialismus erfährt im Mittleren Osten einen herben Rückschlag, der Status quo teilweise einen Einbruch und unter dem Druck des Strebens nach Veränderung bröckelt das System. Der Widerstand des kurdischen und des palästinensischen Volkes, die sich herauskristallisierende regionale Vormachtstellung kurdischer und palästinensischer Organisationen, Volksaufstände und der Machtverlust der Kollaborateure bedeuten auch den stetigen Niedergang der Nutznießer des Status quo.

Eine ähnliche Niederlage zeichnet sich auch für die Beschützer des Status quo ab.

Krisen verursachen Risse zwischen Hegemonialmächten. Die Krise zwischen Israel und der Türkei, den Handlangern des Imperialismus, kann auch nur damit erklärt werden. Grund für diese Rivalität zwischen den Zwillingen ist die regionale Vormachtstellung und der sich abzeichnende finanzielle Nutzen unter dem Schutz der USA.



Haluk Gerger Foto: DIHA

Der rhetorische Konflikt zwischen der Türkei und Israel war notwendig, damit die Türkei unbehelligt ihre Rolle als Trojanisches Pferd der Imperialisten spielen kann. Konkret heißt das, den regionalen Markt zu kontrollieren, die politische Hegemonie zu erweitern und die Unterdrückung der kurdischen Bewegung voranzutreiben. Die Spannungen zwischen Obama und Netanjahu, die mittlerweile fast persönlichen Charakter erreicht haben – vor allem hinsichtlich der Meinungsverschiedenheiten über die Reaktionen auf den Iran –, stellen einen weiteren Riss auf dieser Achse dar.

Auch die Diskrepanz, die sich zwischen den USA und der Türkei aufgrund des Verhältnisses zwischen der Kurdischen Regionalregierung und dem irakischen Staat abzeichnet, gehört aufmerksam beobachtet. Dieser Aspekt sollte genauer unter die Lupe genommen werden.

Ein auf der Leugnung der kurdischen nationalen Identität basierender regionaler Konsens und die türkische Führung standen immer im Einklang. Es war abzusehen, dass eine Änderung in einem Teil Kurdistans auch den Wandel in den anderen Teilen bedeuten würde. Der regionale Status quo hat durch die Situation in Syrien und Irak einen Einbruch erlitten und die Türkei wurde zweier wichtiger Stützen beraubt. Was zu weiterem Zerfall geführt hat.

Die Niederlage des türkischen Staates gegen die eigenen KurdInnen führt natürlich auch dazu, dass eine bedeutende Stütze in der gegenwärtigen Situation an Macht verliert und das System in der Türkei bröckelt.

Darum spürte die Türkei den Druck, in eine »Öffnungs-, Friedens-, Lösungs-«Phase einzulenken. Die seit Ministerpräsident Özal andauernde Koalition zwischen dem liberalen Islam und den Liberalen ist bestrebt, ihren Weg zu einer hegemonialen Expansion durch eine neoosmanische Lösung, »Reform« genannt, zu beschreiten.

Das ist eine liberale Version der Mentalität, die sich in der Haltung äußert: »Wenn wir Mosul nicht besetzen, werden wir Diyarbakır verlieren.« Demnach wird die Türkei, um ihren hegemonialen Einfluss in den kurdisch besiedelten Gebieten zu erweitern, eine zurückhaltende Politik gegenüber den verbündeten KurdInnen verfolgen. Dadurch wird sie ihren Machtbereich erweitern und die kritischen KurdInnen, die ihr einen Strich durch die Rechnung machen könnten, ruhigstellen. Damit soll den KurdInnen die Unterdrückungspolitik auf dem Silbertablett serviert werden. Die beiden Ziele sind klar: Süd- und Ostkurdistan. In Zukunft soll ein ähnliches Spiel auch mit Ostkurdistan gespielt werden. Das alles unter dem Deckmantel »Lösung der kurdischen Frage«.

Dem Streben nach einer Sekundärhegemonie wurde von den USA eine Abfuhr erteilt, die Herrschaftsmacht hat den türkischen neoosmanischen Bestrebungen die Grenzen gesetzt. Die Türkei kann also nicht viel weiter kommen, als die KurdInnen bis zu einem gewissen Grad unter Kontrolle zu halten.

Nun versuchen die USA, die entstandenen Risse zu kitten. Das soll auf den Rücken der unterdrückten Völker wie der KurdInnen und der PalästinenserInnen und über Schurkenstaaten wie Syrien und Iran ausgetragen werden. Die brüchigen »alten« Regime, wie bei Mursi in Ägypten, werden mittels Unterstützung neuer Akteure wiedereingegliedert und wiederbelebt. Auf diesem Wege werden die Forderungen der unterdrückten Völker beschnitten, begrenzt und noch strengerer Kontrolle unterworfen.

Beispielsweise sollen die Bestrebungen der KurdInnen nach Anerkennung ihrer Identität innerhalb der türkischen Grenzen als erledigt gelten und auf einen Status wie den südkurdischen begrenzt werden. Vor allem will man die strategische Beschaffenheit Westkurdistans der Türkei überlassen.

Als Gegenleistung soll das »neue Syrien« entsprechend den hegemonialen zionistischen Interessen gestaltet werden. Zumindest in dieser Phase versucht man Israel eine Initiative in Syrien einzuräumen. Darum hat Israel den ersten Teil dieser Abmachung mit dem Angriff auf militärische Ziele in Syrien erfüllt.

Die USA wollen Syrien gemäß israelisch-türkischen Interessen umgestalten. Vielleicht bedeutet das auch eine Neuformierung der syrischen Opposition. Die PalästinenserInnen, die die erste Wahl Barak Obamas zum Präsidenten mit Feiern und Tänzen bejubelt hatten, werden gezwungen, sich mit dem zu begnügen, was sie haben. KurdInnen werden maximal diese Zugeständnisse bekommen. Was den Iran angeht, über dem schwebt das Damokles-Schwert und er ist als Nächster an der Reihe.

Auf den Punkt gebracht heißt das, dass man das alte System mit neuen Mitteln auf die Beine stellen und den Menschen als Wandel verkaufen will. Die Kolonialherren versuchen sich um diesen Plan herum neu zu formieren. Alle diese Akteure sind geprägt von divergierenden Interessen, Widersprüchen, Verrat, Problemen und Schwächen. Alle diese Gegensätze werden durch psychologische Manöver unter den Teppich gekehrt.

Wenn sich die Völker nicht noch organisierter, widerstandswilliger und deutlicher präsentieren, sieht die Zukunft schlecht für sie aus. Es zeichnet sich schon jetzt ab, dass die restaurierten Handlanger des Kolonialismus, wie zum Beispiel Ägypten, von Schwierigkeiten betroffen sind. Ein weiteres Beispiel sicherlich auch Libyen. In Syrien können die KomplizInnen der feudalen Despoten wie Türkei und Katar die demokratische Opposition nicht nach ihren Wünschen formen. Auch andere Völker versuchen wie die KurdInnen, ihre Zukunft in die Hand zu nehmen.

Vor nicht allzu langer Zeit sagten VertreterInnen der USA: »NATO, EU und UN kennen wir nicht.« Nun sind sie abhängig vom israelischen Zionismus, veralteten türkischen Militarismus und den dekadenten arabischen Kollaborateuren. Israel kann sich nicht länger gegen die Gründung eines palästinensischen Staates sperren, versucht sie aufzuschieben und, wenn das nicht möglich ist, auf einer schwachen Basis zu realisieren. Die Türkei fordert die Unterstützung Mesud Barzanis, den sie vor einiger Zeit noch als Stammesführer bezeichnet hat, und wendet sich an Abdullah Öcalan, den sie regelrecht beerdigt hat. Sie versucht mit der Unterstützung von USA und Israel, den Osmanen zu spielen, ohne zu wissen, was sie machen und an wen sie sich um Unterstützung wenden soll.

»Entschuldigung« bedeutet: »die rostigen Schwerter gemeinsam schärfen«. »Entschuldigung« bedeutet außerdem: »den Schwindel und die Machenschaften beilegen«. Vor allem bedeutet aber »Entschuldigung«: »Der Boden unter unseren Füßen rutscht, halten wir uns aneinander fest.« Das heißt, dass »Entschuldigung« im Grunde genommen also die Konsolidierung des Ausbeuterstatus bedeutet im Sinne der Despoten, die sich gegen ihren Niedergang wehren. ♦

Eine Einschätzung der Lage in Westkurdistan/Syrien

Am Anfang eines Prozesses mit weitreichenden Veränderungen ...

Amed Dicle, Journalist

Mit der Gefahr einer Wiederholung der Geschichte des Landes sind die Entwicklungen in Syrien erheblich durcheinandergeraten.

Die zahlreichen Köpfe einer zumeist sunnitischen Opposition, die Versuche, die Kurden außen vor zu lassen, der hohe Organisierungsgrad der kurdischen Bevölkerung und die Interessenspolitik der internationalen Mächte in Syrien sind nicht nur Bestandteile dieses Durcheinanders, sondern weisen auch darauf hin, dass ein stabiles Syrien noch in weiter Ferne liegt.

Die aktuelle Situation im Land ist ein Ergebnis der letzten 50–60 Jahre in Syrien. Wenn wir in jene Zeit zurückkehren, um uns ein Bild des damaligen Syriens zu verschaffen, können wir auch die heutige Situation besser begreifen. Lassen Sie uns gemeinsam einen Blick zurück in die Geschichte werfen …

Zwischen 1925 und 1946 war Syrien eine Kolonie Frankreichs. Die Franzosen hatten ein politisches Gebilde im Sinne einer klassischen Kolonie erschaffen. Das Land wurde von drei Zentren aus regiert, es gab drei Verwaltungsstrukturen. Im Westen bestimmten Alawiten, im Süden Drusen und in Heleb (Aleppo) und Damaskus Sunniten die Administration. Auf diese Weise gelang es den Franzosen, die Kontrolle im Land aufrechtzuerhalten. Innerhalb dieser Strukturen wurde in den 21 Jahren, in denen Frankreich das Land kontrollierte, die kurdische Bevölkerungsgruppe offiziell nicht anerkannt, stattdessen aufgrund der guten französisch-türkischen Beziehungen gar unterdrückt.

Die Situation hat sich 1946, als Frankreich seine nun ehemalige Kolonie in die Unabhängigkeit entließ, nicht grundlegend geändert. Auch die erste »unabhängige« Regierung Syriens erkannte die Kurden nicht an. Viele kurdische Intellektuelle, die zu jener Zeit auf die kulturellen Rechte und das Recht auf die eigene Muttersprache ihrer Bevölkerung pochten, waren staatlicher Repression ausgesetzt, wurden festgenommen und/oder mussten ins Exil fliehen.

Der Zusammenschluss Syriens und Ägyptens von 1958 bis 1961 zur Vereinigten Arabischen Republik basierte auf arabischem Nationalismus und war für die Kurden gleichbedeutend mit neuem Leid und stärkerer Unterdrückung. Auch wenn die arabischen Staaten bei allen möglichen Themen Widersprüche untereinander hatten, waren sie bei der Unterdrückung der Kurden stets einer Meinung.

1962 wurde in der westkurdischen Region Cizîre (Dschazira) 70 000 Kurden die Staatsangehörigkeit entzogen. Sie galten fortan als »im Land lebende Fremde«. Ihnen wurde dadurch das Recht auf Bildung, Reisefreiheit und Eigentum entzogen. Die 70 000 Menschen aus jener Zeit zählen mit ihren Nachfahren heute rund 300 000.

Für Syrien ist das Jahr 1963 von großer Bedeutung, als nämlich die Baath-Partei mit einem Putsch die Kontrolle im Land übernahm. Sie erklärte Syrien zu einem arabischen Land. Die in Syrien lebenden Kurden wurden kurzerhand zu »aus der Türkei stammenden Migranten«. Damit wurden ihnen gleichzeitig alle Rechte aberkannt. Die kurdische Identität galt fortan als verboten, die kurdischen Namen der Dörfer und Städte wurden arabisiert. Was die Türkei also seit 1920 praktizierte, erreichte rund 50 Jahre später auch Syrien. Allein einen Text in kurdischer Sprache zu schreiben, konnte empfindliche Strafen nach sich ziehen.

Zwischen 1972 und 1974 siedelte das Regime zehntausende Araberinnen und Araber im westkurdischen Cizîre-Gebiet an, was als Etablierung eines »Arabischen Gürtels« bekannt wurde. Die Arabisierungspolitik Westkurdistans wurde auch nach 1974 in geringerem Ausmaß kontinuierlich fortgesetzt; ebenso hat sich an dieser Situation nach dem Tod von Hafiz al-Assad und der Machtübernahme seines Sohnes Baschar al-Assad nicht viel geändert.

Das erste für die Kurden bedeutende Ereignis nach der Machtübernahme Baschar al-Assads datiert vom 12. März 2004, dem Tag des Massakers von Qamişlo (Al-Qamishli). An-

gestachelt vom Sturz Saddam Husseins im Nachbarland Irak erhoben sich die Kurden auch gegen Assad. Mit Unterstützung der Türkei wurden daraufhin Dutzende Kurden ermordet; der türkische Ministerpräsident Erdoğan beglückwünschte Baschar al-Assad für dessen Umgang mit den Kurden im eigenen Land. Allerdings bildete aus kurdischer Sicht der 12. März 2004 auch den Ausgangspunkt für die seit dem 15. März 2011 ausbrechenden Ereignisse in Syrien. Diejenigen Kräfte in Syrien, die das aktuelle Regime beseitigen und ein demokratisches Syrien aufbauen wollen, müssen sich eingestehen, dass die Kurden den Kampf dafür bereits sieben Jahre vorher aufgenommen haben.

Innerhalb der Grenzen Syriens leben heute rund vier Millionen Kurdinnen und Kurden, rund 15 % der Gesamtbevölkerung Syriens. Im Norden des Landes gibt es drei kurdische Regionen mit reichen landwirtschaftlichen Anbauflächen. Die größten Erdölvorkommen im Land liegen ebenso in den kurdischen Gebieten. Und der größte Vorteil der Kurden ist ihr hoher Organisierungsgrad. Sie waren entsprechend gut vorbereitet, als am 15. März 2011 in Syrien der revolutionäre Prozess losbrach. Statt vermeintlich großer Politik haben sie sich auf die gesellschaftliche Organisierung konzentriert, statt kurzfristiger politischer Ziele haben sie ihren Fokus auf eine langfristige Politik gesetzt. Dementsprechend haben sie, angefangen mit Kobanî (Ain al-Arab) am 19. Juli, bis jetzt in neun kurdischen Städten, in Dutzenden Stadtteilen und Dörfern eine Volksrevolution vollbracht und bauen gegenwärtig ihre Selbstverwaltung auf.

Sie waren entsprechend gut vorbereitet, als am 15. März 2011 in Syrien der revolutionäre Prozess losbrach. Statt vermeintlich grosser Politik haben sie sich auf die gesellschaftliche Organisierung konzentriert, statt kurzfristiger politischer Ziele haben sie ihren Fokus auf eine langfristige Politik gesetzt.

Ein großes Problem für die Kurden in Syrien ist es, dass sie in drei verschiedenen Regionen ohne direkte Verbindung leben. Das genannte Cizîre-Gebiet ist das reichste des ganzen Landes. Es erstreckt sich von Dêrik (Al-Malikiya) bis nach Serê Kaniyê (Ras al-Ayn). Auch wenn die Mehrheit der Bevölkerung kurdisch ist, leben doch noch andere Volksgruppen in Cizîre. Dort hat das Regime zwischen alle kurdischen Dörfer jeweils arabische angesiedelt und die vormals dort ansässigen Kurden enteignet. Doch die jetzigen kurdischen Selbstverwaltungsstrukturen versuchen alle in der Region ansässigen Volksgruppen in ihre Strukturen einzubinden. So wurden vielerorts gemeinsame Rätestrukturen aufgebaut. Dennoch versuchen bestimmte inländische und ausländische Kräfte, Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Gruppen zu provozieren. Mit Waffendepots in Städten wie Qamişlo oder Hesîçe (Al-Hasaka) und mit Geld und anderen Mitteln versuchen sie bewaffnete Gruppen zu organisieren. Daher sind in nächster Zeit bewaffnete Auseinandersetzungen in den beiden genannten Städten nicht unwahrscheinlich. Ich denke, die kurdischen Selbstverwaltungsstrukturen sind sich dieser Gefahr ebenfalls bewusst.

Das Cizîre-Gebiet endet in Serê Kaniyê, danach beginnt *[in westlicher Richtung]* das rund 200 km breite Tall Abyad. Auch dort wurden seinerzeit viele Araberinnen und Araber angesiedelt, weshalb heute die Freie Syrische Armee (FSA) dort einflussreich ist. Daran schließt das vorwiegend kurdische Gebiet von Kobanî an. Und die dritte kurdische Region ist Afrîn. Kobanî und Afrîn sind allerdings auch durch ein weiteres Gebiet voneinander getrennt. Angesichts dieser geografischen Lage wird deutlich, dass die drei westkurdischen Gebiete unmöglich vereinigt werden können. Das ist ein wichtiger Aspekt, im Gegensatz zu Südkurdistan beispielsweise.

Für die Zukunft Syriens gibt es zwei Szenarien. Erstens: Die Parteien einigen sich und es wird ein neues Syrien gegründet, in dem alle politischen, kulturellen und ethnischen Gruppen bei gegenseitiger Anerkennung und auf gleicher Augenhöhe miteinander leben können. Zweitens: Die Auseinandersetzungen verschärfen sich, das Land wird gespalten. Im Falle des ersten Szenarios wird es im Land drei autonome kurdische Gebiete geben: Cizîre, Kobanî und Afrîn, im Falle des zweiten Szenarios werden die Kurden vermutlich nur die Cizîre-Region kontrollieren können und die wird zugleich zur Zielscheibe aller anderen Gruppen werden. Kobanî wird voraussichtlich Teil eines sunnitischen Staates und Afrîn an einen alawitischen Staat angebunden werden. Die Realisierung sowohl des ersten als auch des zweiten Szenarios liegt im Rahmen des Möglichen. Tatsache ist, dass derzeit in Syrien ein gnadenloser Krieg anhält. Das Einzige, worin sich alle einig sind, ist die Überzeugung, dass die Fronten der verschiedenen Lager verhärtet sind und sie die unterschiedlichsten Ansichten über die Zukunft des Landes haben. Keines dieser Lager und auch die internationalen Mächte verfügen über ein gesundes Rezept für Syrien. Jede Kraft ist allein auf ihre Eigeninteressen fokussiert und führt dafür ihren Krieg. Die Entwicklungen in Syrien können als Beginn einer Phase gesehen werden, die im gesamten Mittleren Osten zur Neustrukturierung führen wird. So wird beispielsweise der Konflikt zwischen den USA und dem Iran gegenwärtig auch in Syrien ausgetragen, ebenso wie sich dort derzeit die Auseinandersetzung zwischen dem türkischen Staat

und dem kurdischen Widerstand fokussiert. Selbst auf die aktuellen Imralı-Gespräche haben die Entwicklungen in Syrien einen nicht zu unterschätzenden Einfluss. Das sind Aspekte des syrischen Bürgerkriegs, die intensiver diskutiert werden müssen.

Politische und militärische Organisierung der Kurden

Wie bereits oben erwähnt leben die Kurden in Syrien hauptsächlich auf drei Regionen verteilt. Aber ihre gegenwärtige Organisierung läuft unter einem gemeinsamen Dach. In allen kurdischen Siedlungsgebieten wurden Strukturen geschaffen, die sich unter dem Dach des Kurdischen Hohen Rates zusammenfinden. In allen Gebieten hat sich die Bevölkerung in den ökonomischen, politischen, kulturellen und sozialen Lebensbereichen organisiert. Die direkt-demokratische Basisorganisierung der Bevölkerung stellt ein Modell dar, das als Vorbild für den gesamten Mittleren Osten dienen kann.

In Sachen Selbstverteidigung haben sich die Kurden in den Volksverteidigungseinheiten (YPG) organisiert und verfügen mittlerweile über 10 000 Kämpferinnen und Kämpfer. Damit sind sie die bedeutendste bewaffnete Kraft in ihrer Region. Auf ihrer letzten Konferenz haben sie sich dazu entschieden, in eine Organisierung als professionelle militärische Einheit überzugehen. In den Reihen der YPG sind auch Frauen, die mit rund 1 500 Kämpferinnen eine autonome Organisierung ihrer Kräfte vorantreiben.

Für die Aufgaben der Verkehrsregelung und Sicherheit in der Stadt sind die Kräfte der Asayiş verantwortlich, die sich separat von den YPG organisieren. Für die Ausbildung der Asayiş-Kräfte wurden eigens Akademien errichtet und ihre Arbeit ist angebunden an die Volksräte. Die wichtigsten Fragen der letzten Monate in Westkurdistan drehen sich um die ökonomischen Probleme und das Wirtschaftsembargo. Alle verantwortlichen Teile der Selbstverwaltungsstrukturen arbeiten auf Hochtouren für die Lösung dieser Probleme.

Was sind die langfristigen Gefahren für die Kurden?

Es gibt zwei grundlegende Gefahren, die wir betonen müssen, die innere und die äußere Gefahr. Erstere betrifft also das Risiko, dass unter den Kurden oder zwischen den Kurden und anderen Gruppen Auseinandersetzungen geschürt werden. Wie wir wissen, hat sich die große Mehrheit der Kurdinnen und Kurden unter dem Dach des Kurdischen Hohen Rates organisiert. Allerdings haben sich nach dessen Gründung einige kleinere Gruppen dazu entschlossen, ihn nicht zu akzeptieren. Auch wenn sie behaupten, ihre Erwartungen an dieses Gremium seien nicht erfüllt worden, liegt die Vermutung nahe, dass sie von bestimmten Kreisen beeinflusst wurden und sich deshalb zu einem solchen Schritt entschieden haben. Anders ausgedrückt, sie wollen nicht akzeptieren, dass die Partei der Demokratischen Einheit (PYD) innerhalb dieses Zusammenschlusses einen bestimmten Einfluss hat. Obwohl die PYD die größte gesellschaftliche Unterstützung in Westkurdistan genießt, verfügt sie im Rat über dieselbe Anzahl Sitze wie die anderen Gruppen. Aus den bekannten Gründen fühlen sich Staaten wie die Türkei vom PYD-Einfluss gestört und wollen ihn brechen. Dafür versuchen sie seit jeher, Provokationen zu inszenieren. Nach dem Ausbleiben des gewünschten Erfolgs wollen sie nun manche Gruppen in ihrem Sinne steuern, um für Chaos zu sorgen. Es ist nicht schwer, künftige Vorfälle und Ereignisse vorauszusagen, die angeblich daraus resultieren werden, dass die PYD die Region nicht anständig leite. Parallel dazu sollen kurdisch-arabische Auseinandersetzungen in der Region provoziert werden. Verantwortlich für derartige Szenarien sind die Türkei, Frankreich, Katar, Saudi-Arabien, aber auch bestimmte politische Gruppen in Südkurdistan und die Al-Qaida.

Die zweite und brisantere Gefahr keimt allerdings aus der Politik der auswärtigen Mächte. Wie soll der Kuchen in Syrien aufgeteilt werden? Wird der Status der Kurden anerkannt? Und wird die Türkei, wenn sie die Kurden in Syrien akzeptiert, auch dazu gezwungen sein, die Kurden im eigenen Land anzuerkennen? Bei letzterer Frage gehe ich von einem Ja aus. Deshalb kann Syrien für die Kurden zum Finale werden. Wenn sie dort gewinnen, werden sie in der gesamten Region gewinnen. Dann wird ein weiteres Bein des Vertrages von Lausanne gebrochen sein. Sowohl die kurdische Bewegung als auch die antikurdischen Kräfte sind sich dessen bewusst. Entweder wird der Status der Kurden in Syrien anerkannt und sie werden dadurch zu einer aktiven gesellschaftlichen Kraft im Mittleren Osten oder sie werden erneut verleugnet, was unweigerlich zu einer Steigerung des Chaos in der Region führen wird.

Die Antworten auf diese Fragen werden wir in nächster Zukunft erhalten. Die Kurden treffen ihre Vorkehrungen, indem sie in der Zwischenzeit ihre Organisierung verstärken und dadurch zeigen, dass sie nicht mehr außen vor gelassen werden können. Der in diesem Punkt empfindlichste Staat, die Türkei, versucht unterdessen, durch die Gespräche mit Öcalan einen neuen rechtlichen Rahmen für das Zusammenleben mit den Kurden im eigenen Staat zu schaffen, um auch ihre *[eigene]* Ausgangslage in der Region zu verbessern. Wie dieser rechtliche Rahmen aber aussehen wird, ist noch unklar. Deshalb stehen wir noch am Anfang eines Prozesses, der zu weitreichenden Veränderungen beitragen wird. ♦

Bericht von der Berliner Konferenz zur kurdischen Frage in Syrien

»Wir müssen die Systematik der gegenseitigen Unterdrückung überwinden«

Martin Dolzer, Soziologe

Am 17. April fand im Berliner Abgeordnetenhaus die Konferenz »Die Lösung der kurdischen Frage im zukünftigen Syrien – Ein Beitrag für Dialog, Demokratie und Frieden« statt. PolitikerInnen und ExpertInnen aus Syrien, der Türkei, Kurdistan und Europa diskutierten über die Perspektive einer demokratischen und friedlichen Lösung der kurdischen Frage in Syrien. Mehr als 200 TeilnehmerInnen gingen nach einer intensiven Tagung mit tiefen Erkenntnissen und Denkanstößen nach Hause.

Die VeranstalterInnen, Civaka Azad – Kurdisches Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit und der Dialog-Kreis, hatten in Zusammenarbeit mit dem Schirmherren, dem Berliner Senatsabgeordneten Robert Schaddach (SPD), eingeladen. Da die ReferentInnen aus unterschiedlichsten Spektren stammten, wurde ein intensiver Einblick in die Situation in Syrien, die Entwicklungen in den kurdischen Provinzen des Landes (Westkurdistan) und die Interessen der regionalen und internationalen Akteure möglich. Dass die Entwicklungen in Westkurdistan mit dem Friedensprozess in der Türkei zusammenhängen und nur ein respektvoller Umgang der verschiedenen Ethnien und Religionsgruppen miteinander eine positive Zukunft in Syrien bewirken kann, war dabei Konsens.

Giyasettin Sayan und Dr. Khaled Issa skizzierten die Ausgangslage. Die kurdische Bevölkerung hat in Westkurdistan unter Leitung des »Kurdischen Hohen Rates« (DBK) und der Partei der Demokratischen Einheit (PYD) demokratische Rätestrukturen aufgebaut, an denen sämtliche Ethnien und Religionsgruppen beteiligt werden. Die PYD wird von mehr als 60 % der KurdInnen unterstützt, arbeitet aber solidarisch mit weiteren 20 im »Kurdischen Nationalrat« organisierten Parteien im DBK zusammen. Salafisten, die Al-Nusra-Front und weitere bewaffnete islamistische Akteure versuchen, diese stabile Region Syriens in den Bürgerkrieg zu ziehen, zu destabilisieren und die demokratischen Selbstverwaltungsstrukturen zu zerstören. Diese Angriffe wurden bisher von den Volksverteidigungseinheiten (YPG) zurückgeschlagen, die zuerst von der PYD gebildet wurden und mittlerweile von sämtlichen regionalen Bevölkerungsgruppen gemeinsam getragen werden.

Die Türkei, Saudi-Arabien und Katar unterstützen die destruktiven Akteure mit Waffen und Infrastruktur. Auch EU und USA versuchen, eigene Interessen durchzusetzen, und unterstützen in unterschiedlicher Intensität derartige Akteure. Die syrische Regierung greift mittlerweile an mehreren Orten, z. B. in der Millionenstadt Heleb (Aleppo) kurdische Stadtteile an. »Es gibt Kräfte, die die Demokratisierung nicht hinnehmen wollen. Wir müssen uns gleichermaßen gegen Teile der Freien Syrischen Armee (FSA) wie auch gegen Truppen Assads wehren«, skizzierte Salih Muslim, Kovorsitzender der PYD.

»Ursprung der heutigen Konflikte war die kolonialistische Aufteilung der Region nach dem Ersten Weltkrieg«, betonte Khaled Issa. Die Grenzen zwischen dem Iran, Irak, Syrien und der Türkei wurden mit dem Reißbrett gezogen. Schrittweise entzogen die Regierungen den KurdInnen und weiteren Minderheiten ihre Rechte. In Syrien betraf das in hohem Maß auch ChristInnen. Seit 1962 führten die Regierungen im kurdischen Norden des Landes eine gezielte Arabisierung durch. Das hatte neben ethnischen auch wirtschaftliche Ursachen. 90 % des syrischen Erdöls, 60 % des Getreides, 70 % der Baumwolle und 30 % des Olivenöls werden hier produziert.

Insbesondere Salih Muslim sowie der Kovorsitzende und Parlamentsabgeordnete der Partei für Frieden und Demokratie (BDP) aus der Türkei, Selahattin Demirtaş, verdeutlichten, dass die Ideologie und Praxis der Demokratischen Autonomie, wie sie von der PYD und auch der BDP in der Türkei umgesetzt wird, zu einer Demokratisierung und Stabilisierung der Region führe und positive Auswirkungen nach sich ziehen könne. Die Befreiung von der Fixierung auf nationalstaatliche Konzepte und die Besinnung auf das eigene Selbstbewusstsein seien zentrale Momente des Ansatzes. Dass dabei die gemeinsame Organisierung des Alltags und die Bewältigung der Probleme – statt der Anhäufung und des Erhalts von Macht – im

Zentrum der Politik stehen, sei für jeden Menschen von Vorteil, so das Fazit. Schon jetzt suchten syrische InlandsmigrantInnen Schutz in Westkurdistan. »Dort hat die Revolution im Jahr 2004 begonnen, seitdem haben wir kontinuierlich und dynamisch gearbeitet«, so Muslim. Bis 2011 wurden unzählige politisch tätige KurdInnen in den Gefängnissen Syriens gefoltert. »Als KurdInnen müssen wir überall gegen Negativpropaganda ankämpfen. Aus instrumentellen Gründen werden wir der Zusammenarbeit entweder mit Assad oder mit der FSA beschuldigt.«

Die syrische Journalistin Dilşah Osman bekräftigte, dass das Entwicklungsniveau einer Gesellschaft am Grad der Befreiung der Frau sichtbar werde. Durch den Aufbau von Rätestrukturen und Frauenbildungseinrichtungen, die Überwindung der Mehrfachheirat und eine 40%-Beteiligung an allen demokratischen Strukturen habe die Frauenbefreiung in Syrien eine große Dynamik bekommen. In Ägypten und Tunesien seien nur 6 %, in der syrischen Nationalen Koalition 3 % und in Schweden 39 % Frauen in politischen Gremien vertreten, zog Osman den Vergleich.

Die Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) hat bei ihrer Einschätzung der kurdischen Frage einen Paradigmenwechsel vollzogen. Die KurdInnen werden nicht mehr als TerroristInnen stigmatisiert, sondern als möglicher Stabilitätsfaktor in der Region betrachtet. Eine gemeinsame Vision des türkischen Außenministers Davutoğlu und Abdullah Öcalans erkennt Günter Seufert, Referent des regierungsnahen Think Tanks. Syrien sei ein Schlüssel zur Region und deshalb so umkämpft. Die Situation sei aufgrund der vielen unterschiedlichen regionalen und internationalen Interessen sehr kompliziert. Das bekräftigte auch der Journalist Michael Lüders.

Dr. Norman Paech zeigte sich skeptisch gegenüber der Politik R. T. Erdoğans. Noch immer sind tausende von JournalistInnen, AnwältInnen, PolitikerInnen und MenschenrechtlerInnen inhaftiert. Die Türkei strebe nach einer hegemonialen Position in der Region und betreibe in Zusammenarbeit mit der NATO eine äußerst aggressive Politik gegenüber Syrien – insbesondere gegenüber den kurdischen Selbstverwaltungsstrukturen, so der Völkerrechtler. Die Antwort auf die Frage, warum die AKP gerade jetzt auf die Forderungen nach einem Friedensdialog eingeht, die Abdullah Öcalan schon seit mehr als zehn Jahren erhebt, sei leicht zu beantworten. Die Stärke der KurdInnen und deren Selbstverwaltung in Syrien sei die hauptsächliche Ursache – zudem die Erkenntnis Erdoğans, dass seine eigene Position nur auf diese Weise gestärkt werden kann.

Die NATO habe sich nie besonders um Menschenrechte, sondern stets um die Durchsetzung eigener Machtinteressen und die Absicherung eigener Ressourcen gekümmert. Für den Erfolg des Friedensprozesses sei unbedingt notwendig, dass die Bundesregierung und die EU ihre Verbotspolitik und die Diffamierung der Politik der KurdInnen und der PKK als terroristisch überwinden. Die § 129b-Prozesse in der BRD und die Kriminalisierung der ExilpolitikerInnen seien eine Art europäische Variante der KCK-Verfahren und stünden einer friedlichen Entwicklung im Weg. Für einen Dialog sei die Anerkennung der Akteure statt deren Stigmatisierung als Feind notwendig. Auch Andreas Buro vom Dialog-Kreis vertrat eine ähnliche Ansicht. Den Begriff Terrorismus gegen ein Volk zu verwenden, das jahrzehntelang mit Assimilation und Vernichtung konfrontiert wurde, sei absurd.

Auf einem weiteren Podium diskutierten u. a. der außenpolitische Sprecher der Partei DIE LINKE, Jan van Aken, Martin Glasenapp von medico international und Memo Şahin vom Dialog-Kreis den »Beitrag der EU zur Friedensfindung und zur humanitären Notlage in Syrien«. »Um Frieden zu ermöglichen, müssen die Waffenexporte der BRD unbedingt aufhören, syrische Flüchtlinge in der BRD anerkannt werden«, so van Aken.

Auf einer Pressekonferenz in der Mittagspause betonte Selahattin Demirtaş, dass der Friedensprozess in der Türkei ein langer Weg sei. »Wir müssen die in der Region durch den Einfluss der Kolonialpolitik vorherrschende Systematik der gegenseitigen Unterdrückung überwinden. Die KurdInnen sind mit einem U-Boot zu vergleichen, das nach hundert Jahren Leben und Widerstand im Untergrund jetzt in voller Schönheit auftaucht. In Gesprächen mit R. T. Erdoğan haben wir betont, dass der Frieden in Syrien auch mit einem Frieden in der Türkei beginnt. Um die notwendige gesellschaftliche Atmosphäre zu schaffen, müssen vertrauensbildende Schritte unternommen werden.« Die Exilpolitikerin Songül Karabulut vertrat die Auffassung, dass eine Zusammenarbeit mit der für Demokratie, Frauengleichberechtigung und kontinuierliche Emanzipation stehenden kurdischen Bewegung für alle Bündnispartner eine historische Notwendigkeit sei und nur ein Gewinn sein könne.

Die Konferenz war erkenntnisreich und sinnvoll. Das Interesse war so groß, dass es gut wäre, eine weitere Veranstaltung mehr TeilnehmerInnen zugänglich zu machen. Denn es ist essentiell, dass in Deutschland und Europa eine breite Basis in den Diskussionsprozess einbezogen wird und politischen Druck ausübt, um eine demokratische Entwicklung in allen Teilen Kurdistans zu ermöglichen und die Kriminalisierung der KurdInnen in Europa zu überwinden. Die Themen und diskutierten Inhalte waren so gehaltvoll, dass auch eine zweitägige Beschäftigung mit ihnen produktiv gewesen wäre. ♦

Die Terrorismus-Rhetorik verzerrt die Diskussion ...

Die PKK von der Terror-Liste streichen

Prof. Michael M. Gunter, USA

Die jüngsten Ereignisse geben Anlass zur vorsichtigen Hoffnung, dass die Zeit zur Wiederaufnahme der direkten Verhandlungen zwischen der türkischen Regierung und der PKK gekommen ist. Seit Anfang April scheinen sich die Kontakte weiterzuentwickeln. In Silêmanî (Sulaimaniya) im irakisch-kurdisch regierten Nordirak ist bereits eine Delegation der BDP eingetroffen, um eine Botschaft Abdullah Öcalans an die in den Kandil-Bergen im Grenzgebiet zu Irak und Iran ansässigen Guerilla-Anführer der PKK zu überbringen.[1] Ein solcher Brief wurde auch an die PKK-Europa-Führung geschickt. In diesen Briefen äußert sich Öcalan über einen Waffenstillstand, den Rückzug der PKK-Kämpfer aus der Türkei, die Freilassung von PKK-Gefangenen, die Entwaffnung von etwa 7 000 PKK-Kämpfern und ihre Reintegration in die türkische Gesellschaft sowie über Verfassungsreformen.

Damit hat der inhaftierte PKK-Führer optimistische wie auch pessimistische Erwartungen ausgelöst. Er führt auch seine Erwartungen aus für die Zeit nach dem »Erreichen des Friedens … Weder Hausarrest noch Amnestie, dafür gibt es keinen Bedarf. Wir werden alle frei sein.«

Auf türkischer Seite zeigen Meinungsumfragen, dass die wiedereröffneten kurdischen Friedensgespräche eine vorsichtige öffentliche Unterstützung genießen – ein großer Unterschied zur Vergangenheit, als solche Vorschläge sofort den Vorwurf des Verrats mit sich brachten. Die türkische Regierung hat begonnen, Öcalan schrittweise menschlicher darzustellen, um so den Weg für Gespräche zu öffnen. Sein erfolgreicher Aufruf an etwa 600 Anhänger, einen Hungerstreik zu beenden, der im Herbst 2012 gefährliche Rückwirkungen auf die Regierung zeigte, ist dafür ein gutes Beispiel.

Michael M. Gunter ist Doktor in der politischen Disziplin der Internationalen Beziehungen, mit Schwerpunkt auf dem Nahen und Mittleren Osten. Gunter hat insgesamt neun Bücher über die kurdische Frage veröffentlicht. Darunter befanden sich auch die ersten englischprachigen Analysen zur Situation der Kurdinnen und Kurden. 1998 hat Gunter hierfür eine Auszeichnung der Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch für seine Leistungen für das kurdische Volk erhalten.

Dazu erklärte der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan: »Wenn wir schon vom Schierlingsbecher trinken müssen, können wir das auch tun, um unserem Land Frieden und Wohlstand zu bringen.«[2] Der AKP-Abgeordnete aus Amed (Diyarbakır), Galip Ensarioğlu, schlussfolgerte: »Öcalan ist vernünftiger als Außenstehende. Öcalan handelt verantwortungsbewusst und ist eine Chance für die Türkei.«[3] Dr. Hakan Fidan[4], Chef des türkischen Geheimdienstes MIT – er war schon an den vorangegangenen Osloer Gesprächen mit führenden PKKlern beteiligt – spricht seit Ende 2012 mit Öcalan. Nach Angaben Ayla Akat Atas, einer BDP-Abgeordneten, die Öcalan vor kurzem besuchen konnte, haben »Fidan und Öcalan es geschafft, sich gegenseitig zu verstehen«.[5]

Vorbereitungen im Hintergrund hatten Kurden und Türken bereits in Großbritannien und Irland zusammengebracht, um sich dort über das erfolgreiche Freitagsabkommen zu informie-

1) Die folgende Analyse basiert größtenteils auf: »PKK Leader's Letter to Kandil Reaches Northern Iraq: Report,« *Hurriyet Daily News*, 28. Februar 2013 (http://www.mesop.de/2013/02/28/pkk-leaders-letter, abgerufen am 1. März 2013); und Ayla Jean Yackley, »Kurdish Rebel Leader Ocalan Airs Frustrations in Turkey Peace Process,« Reuters, 1. März 2013 (http://www.mesop.de/2013/03/01/kurdish-rebel-leader-ocalan-airs-frustrations-in-turkey-peace-process/, abgerufen am 1. März 2013).

2) »Turkey's Erdogan Calls for More Support for Peace Move,« *Today's Zaman*, 26. Februar 2013 (http://www.todayszaman.com/news-308165-turkeys-erdogan-calls-for-more-support-for-peace-move.html, abgerufen am 1. März 2013).

3) »Leak of Imrali Record Sparks Controversy over Its Source,« *Hurriyet*, 29. [sic] Februar 2013 (http://www.mesop.de/2013/02/28/leak-of-imrali-record-sparks-controversy-over-its-source/, abgerufen am 1. März 2013).

4) Hakan Fidan wurde 2010 Chef des MIT. Er ist Mitte 40 und verfügt über bemerkenswerte Erfahrung in militärischen, geheimdienstlichen und außenpolitischen Bereichen. Bis vor kurzem war er auch Chef der Agentur für Entwicklung und Zusammenarbeit (TIKA), die mit der Entwicklung von Programmen zur Armutsbekämpfung und nachhaltigen Entwicklung beauftragt ist. Er hat einen ersten Abschluss des University College der Universität Maryland in Management und Politikwissenschaft. Danach erwarb er einen MA sowie Doktorgrad an der Bilkent-Universität in Ankara. Seine Doktorarbeit trägt den Titel: »Die Rolle der Informationstechnologie bei der Überprüfung internationaler Abkommen im Informationszeitalter.«

5) Ian Traynor und Constanze Letsch, »Locked in a Fateful Embrace: Turkey's PM and His Kurdish Prisoner,« *The Guardian*, 1. März 2013 (http://www.guardian.co.uk/world/2013/mar/01/turkey-pm-kurdish-prisoner-peace, abgerufen am 1. März 2013).

ren, das diesen alten Konflikt schließlich friedlich hatte abschließen können.[6] Auch Erdoğan hat diese Kontakte bestätigt. In diesem Rahmen gab es auch einen Besuch im schottischen Parlament in Edinburgh, um dort zu sehen, wie Macht dezentralisiert werden könnte – eine entscheidende Frage in den derzeitigen Verhandlungen zwischen der Türkei und der PKK. Die türkische Regierung hat ebenso eine ressortübergreifende Kommission eingerichtet, um die die kurdische Frage betreffende Politik von Sicherheit über Bildung bis hin zur Sozialpolitik zu koordinieren. Der Vorsitzende der Kommission war vor kurzem Teilnehmer der Besuche in Großbritannien.

Wenn die Türkei jedoch die Verhandlungen mit Öcalan und der PKK fortsetzen will, muss sie bald damit aufhören, die PKK eine Terrororganisation zu nennen, und stattdessen beginnen, friedlich zu verhandeln. Die Terrorismus-Rhetorik verzerrt die Diskussion und hält nicht nur die beiden Hauptakteure von umfassenden Verhandlungen ab, sie verhindert auch, dass die EU eine stärkere Rolle im Friedensprozess spielt.

Das EU-Parlament hat seinerseits den wiederbelebten kurdischen Friedensprozess auf einer Sondersitzung behandelt, auf der Lucinda Creighton, eine irische Politikerin, im Namen der EU-Präsidentschaft erklärte: »Es ist klar, dass die gesamte kurdische Frage eine friedliche, umfassende und stabile Lösung erfordert.«[7] Štefan Füle, Erweiterungskommissar der EU, fügte hinzu, die wiedereröffneten Gespräche seien »historisch … [und] können einen großen Einfluss auf den [EU-]Beitrittsprozess der Türkei nehmen, da sie die Rolle der Europäischen Union als Maßstab für die Reformen in der Türkei ausbauen können.«

Wenn die Türkei jedoch die Verhandlungen mit Öcalan und der PKK fortsetzen will, muss sie bald damit aufhören, die PKK eine Terrororganisation zu nennen, und stattdessen beginnen, friedlich zu verhandeln. Die Terrorismus-Rhetorik verzerrt die Diskussion und hält nicht nur die beiden Hauptakteure von umfassenden Verhandlungen ab, sie verhindert auch, dass die EU eine stärkere Rolle im Friedensprozess spielt.

Auch hält, im Falle der USA, die Bezeichnung der PKK als terroristisch deren Bürger sogar davon ab, der PKK einen friedlichen Weg zu empfehlen, wie der Fall des ehemaligen Verwaltungsrichters Ralph Fertig zeigt. Dieser prominente US-Bürger hatte gegen die neuen Terrorismus-Gesetze seines Landes verstoßen, indem er der PKK empfahl, sich zu entwaffnen und friedliche Mittel zum Erreichen ihrer Ziele einzusetzen. Der Oberste Gerichtshof der USA entschied mit 6 zu 3 Stimmen, dass die nationale Sicherheit Fertigs verfassungsmäßiges Recht auf Redefreiheit einschränke und er sich nach dem USA PATRIOT Act für die illegale »materielle Unterstützung« von Terroristen verantworten müsse.[8] Solange die PKK auf der US-Liste der terroristischen Organisationen steht, ist es nur eine Frage der Zeit, bis auch andere Akademiker vor juristischen Problemen stehen. Diese unglückliche Situation würde sich auflösen, wenn die Türkei die PKK nicht länger als terroristisch brandmarkte und Verhandlungen mit ihr begänne, da dann sowohl die Vereinigten Staaten wie auch die Europäische Union die PKK vermutlich von ihren Terrorlisten streichen würden.

Daher sollte, als logischer Schritt in Richtung einer endgültigen gerechten Lösung der kurdischen Frage in der Türkei, diese die PKK von ihrer Terrorliste streichen. Sobald das geschehen ist, können beide Seiten mit größerem Realismus an der Ausarbeitung ihres formulierten Friedenswunsches arbeiten. Verhandlungen, die auf friedlichem politischem Wege anstelle von Gewalt basieren, können wahrscheinlich erfolgreich sein, wenn die KCK-Repräsentanten aus dem Gefängnis entlassen werden und die Bezeichnung »Terrorismus« fallen gelassen wird. So würde das Streichen der PKK von der Terrorliste die Entwicklung eines neuen Verfassungsprozesses ermöglichen, der die Grundlage für eine vollwertige Staatsbürgerschaft für alle Bürger der Türkei, muttersprachliche Bildung und verantwortungsbewusste Selbstverwaltung bildet. ♦

6) Die folgenden Angaben aus: Ian Traynor, »Turks and Kurds Look to Good Friday accords as template for peace,« *The Guardian*, 1. März, 2013 (http://www.guardian.co.uk/world/2013/mar/01/turk-kurd-good-friday-accord, abgerufen am 1. März 2013).

7) Dieses und das folgende Zitat aus: Ayhan Simsek, »EU Voices Pro Peace Talks« *SES Turkiye*, 14. Februar 2013 (http://www.mesop.de/2013/02/14/eu-voices-propeace-talks-stefan-gule-lucinda-creighton-michael-cashman-andrew-duff-ismail-ertug-et-al/, abgerufen am 14. Februar 2013).

8) Adam Liptak, »Court Affirms Ban on Aiding Groups Tied to Terror,« *New York Times*, 21. Juni 2010.

Die Gewalt eines Verbots:

Das PKK-Verbot Großbritanniens und sein Einfluss auf den Friedensprozess

Dr. Vicki Sentas, Campaign Against Criminalising Communities (CAMPACC)

Erneut kommt die Hoffnung auf, dass eine politische Lösung der kurdischen Frage möglich ist. Der neunte einseitige Waffenstillstand der PKK wirft komplexe Fragen auf über die Grenzen, die vor einer dauerhaften Umwandlung des Konflikts in politische Verhandlungen liegen. Die PKK plant ihren Rückzug von türkischem Staatsgebiet, um eine substantielle Lösung zu erleichtern. In der Vergangenheit wurde dies mit der berechtigten Erwartung verzögert, dass die Türkei mit Reformen, die die kurdischen Rechte anerkennen, guten Willen zeigt. Heute heißt es, dass die PKK mit dem Rückzug so lange warten wird, bis das Parlament eine Kommission einsetzt, die die Bedingungen für die Sicherheit der PKK ausarbeitet und weitere Verhandlungen garantiert. Der Waffenstillstand von 1999 endete in tödlichen Hinterhalten gegen sich zurückziehende KämpferInnen durch das türkische Militär und der Rückkehr von Auseinandersetzungen. Die PKK hat nun große Zugeständnisse gemacht und erwartet im Gegenzug eine legale und politische Grundlage, auf der die Verhandlungen gemäß dem Oslo-Prozess fortgeführt werden können.

Es ist insbesondere die Forderung der PKK nach einem politischen Status, die mit einer anderen »juristischen« und politischen Frage kollidiert – dem weltweiten »Kampf gegen den Terrorismus«. Der bis heute fehlende Willen des türkischen Staates, Schritte für die Transformation des Konflikts zu unternehmen, weist auf komplexe Hindernisse hin. Das Zusammenspiel der Faktoren, die die Gesten der Türkei für eine »demokratische Öffnung« sabotieren, wird hier nicht betrachtet. Aber über die Behinderungen durch den tiefen Staat und andere »Falken« hinaus bleibt das Konstrukt der PKK als einer terroristischen Vereinigung ohne erkennbare Würdigung einer möglichen legitimen Gewalt gegen militärische Ziele, wie sie das internationale Recht versteht. Die internationale Gemeinschaft spielte eine integrale Rolle bei der Antiterror-Strategie der Türkei, die auf militärische Vernichtung der PKK abzielt. Das Verbot der PKK als terroristische Vereinigung durch die Vereinten Nationen, die Europäische Union, Großbritannien, die Vereinigten Staaten, Kanada und Australien bleibt ein Hindernis für den Friedensprozess. Ich werde kurz darstellen, wie das Verbot den politischen Status der PKK untergräbt, mit einem besonderen Fokus auf Großbritannien.

Der britische Staat verbietet »terroristische« Organisationen seit 1998, als die IRA entsprechend gelistet wurde. So wie die PKK sind 41 weitere militante nichtstaatliche Akteure in Großbritannien verboten. Viele dieser Organisationen führen bewaffnete Kämpfe als Selbstverteidigung gegen unterdrückerische Regime und sind in politischen Kampagnen für Eigenstaatlichkeit, regionale Autonomie oder grundlegende ethno-kulturelle Rechte engagiert. Dazu gehören zum Beispiel Belutschen, Palästinenser, Tamilen, Basken und andere Völker. Das Verbot ist nicht nur eine nationale Maßnahme, die der Kriminalisierung der kurdischen EinwohnerInnen und BürgerInnen Großbritanniens dient. Organisationsverbote sind ein Werkzeug der britischen Außenpolitik, das an drei Schlüsselpositionen als systematische staatliche Gewalt funktioniert: zuerst durch die Verleugnung der Anwendung des internationalen Rechts und der Prinzipien der Selbstbestimmung, zweitens durch die Verhinderung von Möglichkeiten zur friedlichen Beilegung des Konflikts und drittens durch die Legitimierung und Förderung des türkischen Staatsterrorismus gegen die KurdInnen.

Indem das Verbot nicht zwischen bewaffneten Konflikten und Terrorismus unterscheidet, verleugnet es die angestrebten grundlegenden Rechte in Bezug auf die Selbstbestimmung. In bewaffneten Konflikten werden Rechtsverstöße, wie das Töten von ZivilistInnen, durch das internationale Menschenrecht, u. a. die Genfer Konvention, geregelt. Verbote kriminalisieren eine Organisation und alle Individuen, die mit ihr in Verbindung stehen. Ein Verbot regelt nicht die Schrecken des Krieges und die Grausamkeiten, die von beiden Seiten eines Konflikts begangen werden. Stattdessen funktioniert die Verbotspolitik Großbritanniens durch die Verwandlung nichtstaatlicher AkteurInnen in TerroristInnen per Definition als Aufwertung des

Staatsterrorismus anderer als »Antiterrorismus« und verleugnet das Recht auf Widerstand gegen staatliche Gewalt und auf Selbstbestimmung. Dieser Effekt wurde von dem Experten für die Theorie des internationalen Rechts Antonie Cassese (1991) als institutionalisierte Gewalt beschrieben. Der Kronanwalt Mark Muller beschreibt detailliert, wie diese institutionalisierte Gewalt funktioniert. Die Verbote unterlaufen vollständig das Prinzip, das Staaten den Einsatz militärischer Gewalt gegen legitime Forderungen nach Selbstbestimmung verbietet. Verbote delegitimieren auch das Recht, sich als Volk auf der Suche nach Selbstbestimmung als letztes Mittel auch mit militärischer Gewalt gegen unterdrückerische Regime zur Wehr zu setzen. Zuletzt verkehren Verbote das Prinzip ins Gegenteil, das es Drittstaaten untersagt, repressive Staaten bei der Unterdrückung der Forderung nach Selbstbestimmung zu unterstützen. (Muller 2008)

Großbritannien unterläuft das Prinzip der Selbstbestimmung durch die Kriminalisierung verschiedenster Formen der Solidarität mit bewaffnetem Widerstand gegen unterdrückerische Regime. Das Terrorismus-Gesetz von 2000 stellt es unter Strafe, einer entsprechend aufgelisteten Organisation »anzugehören« oder für diese Spenden zu sammeln. Das Gesetz stellt auch das Tragen von allen Dingen unter Strafe, die den Verdacht nähren, man würde eine solche Organisation unterstützen. Jeder Aufruf zur Unterstützung (auch nichtmaterieller Art) einer solchen Organisation wird kriminalisiert. Die Organisierung eines Treffens, an dem drei oder mehr UnterstützerInnen einer Organisation teilnehmen, steht ebenso unter Strafe.

Es gab in Großbritannien zwei Anklagen gegen Kurden im Zusammenhang mit dem PKK-Verbot; beide sind gescheitert. Am 16. März 2002 wurden vier Kurden, die auf dem Weg nach Frankreich waren, um dort an einem friedlichen Konvoi zur türkischen Grenze teilzunehmen, in Dover festgenommen. Sie führten 20 000 $ für die Unterstützung des Konvois mit sich, die in der kurdischen Community in Großbritannien gesammelt worden waren. Die Männer waren neun Monate lang in Belmarsh inhaftiert und wurden nach dem Terrorismus-Gesetz von 2000 wegen Unterstützung der PKK angeklagt. Das Gericht sprach die Angeklagten 2002 frei. Im März 2002 wurden Gültekin O. und Soner K. aus dem kurdischen Volkshaus in Preston unter dem Vorwurf inhaftiert, das Geld, das sie für einen kurdischen TV-Sender gesammelt hatten, diene der Unterstützung terroristischer Aktivitäten. Der Richter stellte das Verfahren aus Mangel an Beweisen ein.

Das Verbot beeinflusst KurdInnenen in Großbritannien vor allem in informeller Art und ohne Anklage. Großbritannien sieht sich selbst »in der ersten Reihe der Aktionen der EU-Mitgliedsstaaten gegen die PKK« und geht »sehr aktiv« gegen PKK-UnterstützerInnen vor (FCO 2011, Abs. 25). Das Innenministerium sieht Störung, im Gegensatz zur Anklage, als Schlüsselelement des Verbotsregimes. Kurdische AktivistInnen werden regelmäßig ohne Anklage von Polizei und Geheimdiensten belästigt, oft im Rahmen koordinierter europäischer Operationen gegen KurdInnen in ganz Europa. So wurde durch das koordinierte Schikanieren von mindestens 16 KurdInnen innerhalb eines Monats 2011 das Signal ausgesendet, dass das Sammeln von Geld für gemeinnützige Organisationen, Kampagnen und die Organisierung der Communities aufhören soll, weil ansonsten Ausweisung oder Anklagen drohten. Ohne jeglichen Beweis für Gesetzesverstöße droht der Staat, um politische Aktivitäten zum Schweigen zu bringen. Anstatt die Bedeutung der Diaspora für die Etablierung eines politischen Rahmens, der die Transformation des Konflikts begünstigt, anzuerkennen, werden AktivistInnen kriminalisiert, weil ihre Arbeit dazu diene, die PKK zu legitimieren und damit nur die Gewalt begünstigen könne. Trotz der andauernden Bemühungen der KurdInnen für eine friedliche Lösung drängt das Verbot zu einer dystopischen militärischen Lösung.

> Das Innenministerium sieht Störung, im Gegensatz zur Anklage, als Schlüsselelement des Verbotsregimes. Kurdische AktivistInnen werden regelmässig ohne Anklage von Polizei und Geheimdiensten belästigt, oft im Rahmen koordinierter europäischer Operationen gegen Kurden in ganz Europa.

Die schrecklichen Ereignisse vom Mai 2009 in Sri Lanka, wo während der Zerschlagung der LTTE durch sri-lankische Truppen zehntausende ZivilistInnen getötet wurden, wurden durch die Klassifizierung der LTTE als terroristisch durch die internationale Gemeinschaft befördert. Das ständige Volkstribunal zu Sri Lanka stellte fest, dass die EU mit der Auflistung der LTTE als Terrororganisation das Waffenstillstandsabkommen von 2002 unterlaufen hat, »obwohl sie sich der schädlichen Konsequenzen für den sich entwickelnden Friedensprozess bewusst« gewesen sei (Permanent People's Tribunal, 2010: 12). Nach der Auflistung der LTTE durch die EU und später Großbritannien verstärkte Sri Lanka seine Militäroffensive gegen die LTTE. Die Gründe für den Bruch des Waffenstillstandes sind komplex und vielseitig; das Verbot der LTTE durch die internationale Gemeinschaft spielte jedoch eine Schlüsselrolle für die Rückkehr zum Krieg.

Großbritannien leugnet, dass sein Verbot der PKK zur Eskalation des militärischen Konflikts beiträgt. Als Antwort auf einen Antrag des Kurdischen Nationalkongresses KNK aus dem Jahre 2009, die PKK von der Liste zu streichen, sagte der damalige Innenminister Alan Johnson, das Verbot der PKK habe absolut keinen Einfluss auf deren Beteiligung an Friedensverhandlungen. Ein Schlüsselfaktor für die Eskalation des Konflikts ist die Weigerung der Türkei, mit der PKK Verhandlungen über eine friedliche Lösung zu führen, da sie eine terroristische Organisation sei. Stattdessen wurden seit dem Beginn der demokratischen Initiative im Namen des »Antiterrorkampfes« im Parlament vertretene kurdische Parteien verboten und tausende kurdische PolitikerInnen, AktivistInnen, JournalistInnen und AnwältInnen festgenommen und verhaftet. Tausende kurdische Kinder wurden wegen »Unterstützung des Terrorismus« verhaftet und in Gefängnisse für Erwachsene gesteckt, weil sie Steine geworfen oder sich einfach nur im Umfeld von prokurdischen Demonstrationen aufgehalten hatten. Das gesamte Ausmaß der Repression und gewaltsamen Assimilation kann hier nicht im Detail dargestellt werden. Es gibt jedoch nur eine geringe bis keine öffentliche Wahrnehmung des eskalierten Konflikts in Großbritannien oder der EU. Die Bemühungen für einen politischen Dialog verliefen im Sande, die PKK hob im Juni 2010 ihren einseitigen Waffenstillstand auf.

Die Verweigerung eines politischen Status für die PKK zeigt, wie die Verbotspolitik der westlichen Staaten den türkischen Staatsterrorismus gegen das kurdische Volk legitimiert und ausweitet. Das Verbot der PKK durch die G8-Staaten unterstützt direkt die türkische Strategie des Nicht-Verhandelns (bzw. der Verhandlungen nur unter extremen Vorbedingungen). Das Brandmarken der PKK als terroristisch durch die internationale Gemeinschaft erlaubt es der Türkei, die Repression gegen die KurdInnen als Teil ihres »Krieges gegen den Terror« zu eskalieren. Mehr noch, die weltweit etablierte Verbotspolitik bedeutet, dass die G8-Staaten, die sich auf demokratische Prinzipien berufen, staatlicher Gewalt weniger mächtiger Staaten Vorschub leisten. Die Verbote schaffen international eine Atmosphäre, in der manche Staaten ermächtigt werden, repressivere Methoden gegen Bewegungen für Selbstbestimmung einzusetzen. Der britische Staat und andere, die mit Verboten in bewaffnete Konflikte eingreifen, müssen wegen ihrer sträflichen Verantwortung für die Unterdrückung der KurdInnen und die Legitimierung und damit die Ausweitung der staatlichen Gewalt in der Türkei ausdauernd beobachtet werden. ♦

Anmerkungen:

Cassese, A. (1991), »Violence, War, and the Rule of Law in the International Community« Held, D. (Ed), Political Theory Today, Polity Press, Cambridge.

Foreign Commonwealth Office (2011)

Muller M. (2008), »Terrorism, Proscription and the Right to Resist in the Age of Conflict« KHRP Legal Review, 14, pp 47–64.

Permanent People's Tribunal. (2010), Tribunal on Sri Lanka 14-16 January 2010.

… wo liegt der Schlüssel zu einer politischen Lösung dieses über hundertjährigen Konfliktes?

Nelson Mandela mußte 27 Jahre auf Robben Island vor der Küste Südafrikas warten, ehe die südafrikanische Regierung unter Frederik de Klerk die Realität anerkannte, daß es ohne die unumstrittene Führungsfigur des mächtigsten Gegners keinen Frieden im Lande geben werde. Öcalan ist jetzt bereits 13 Jahre auf Imrali, und Erdoğan scheint es allmählich zu dämmern, daß der schwelende Krieg im eigenen Land nicht ohne die zentrale Persönlichkeit der Kurden befriedet werden kann. Und diese Persönlichkeit ist nach wie vor Abdullah Öcalan. Man hat immer wieder versucht, ihn durch verschärfte Isolierung aus dem Gedächtnis der Kurdinnen und Kurden zu streichen – vergebens. Wie oft hat man versucht, ihn durch andere Personen zu ersetzen – und es gibt hervorragende Persönlichkeiten zwischen Istanbul und Diyarbakir. Aber niemand hat die Ausstrahlungskraft, die historische und charismatische Legitimation eines Abdullah Öcalan. In ihm bündeln sich die verschiedenen Strömungen und Kräfte der Kurden. Er hat es verstanden, aus dem Gefängnis heraus durch historische und programmatische Schriften sich Gehör zu verschaffen und die Widerstandskraft seines Volkes zu stärken. Niemand kommt an ihm vorbei, kein Friedensplan kann ohne ihn erstellt werden – das sollte die Lehre aus jetzt bald 30 Jahren erfolgloser militärischer Auseinandersetzung und über zehn Jahren vergeblicher Verbannung Öcalans sein. …

Norman Paech, Auszug aus: Ohne Öcalan geht nichts, http://www.ossietzky.net/6-2013&textfile=2199

Die Doppelstrategie Europas vor dem Hintergrund eines möglichen Friedensprozesses in Kurdistan

Hat Europa ein Interesse an der Fortdauer des Konflikts in Kurdistan?

ISKU | Informationsstelle Kurdistan, April 2013

»Die in Deutschland mit einem Betätigungsverbot belegte ›Arbeiterpartei Kurdistans‹ (PKK) setzte ihren nach eigenem Bekunden auf eine friedliche Lösung des Kurdenkonfliktes gerichteten Kurs fort. Unabhängig davon verfolgt die PKK weiterhin ihre langjährige Doppelstrategie: bewaffnete Auseinandersetzungen im Kampfgebiet und ein weitgehend friedliches, wenn auch in der letzten Zeit in wachsendem Maße mit Militanz unterlegtes Vorgehen in Europa.« (Verfassungsschutzbericht 2011)

Jahr für Jahr begegnen uns diese Worte im deutschen Verfassungsschutzbericht. Zu erwähnen, dass die PKK seit 1993 insgesamt acht Mal einen einseitigen Waffenstillstand verkündet hat, diese Friedensinitiativen aber allesamt auf verschlossene Türen der Türkei gestoßen sind, macht für die Herrschaften des VS in diesem Zusammenhang natürlich wenig Sinn. Denn wie will man denn mit diesen Tatsachen das Betätigungsverbot der PKK hierzulande aufrechterhalten? Nun hat die PKK nach dem historischen Aufruf ihres inhaftierten Vorsitzenden Abdullah Öcalan zum neunten Mal einen Waffenstillstand verkündet. Neben der Frage, wie die Türkei darauf reagieren wird, stellt sich selbstverständlich auch die Frage, wie die europäischen Staaten und die europäische Gesellschaft auf diesen erneuten Beweis des Friedenswillens der PKK reagieren werden?

Aus rein wirtschaftlicher Sicht steht es außer Frage, dass die europäischen Staaten vom Krieg in Kurdistan profitieren. Denn laut Angaben des Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI) rangiert die Türkei auf der Liste der Länder mit den weltweit höchsten Militärausgaben auf Rang 15. Was Waffenimporte angeht, steht sie weltweit an fünfter Stelle mit einem Volumen von 1,2 Milliarden USD. Nebenbei bemerkt, Deutschland ist auf der Liste der weltweit größten Waffenexporteure hinter den USA und Russland auf Platz drei.

Aber es sind nicht nur wirtschaftliche Interessen, aus denen der Westen möglicherweise eine nichtgelöste kurdische Frage bevorzugen könnte, denn auch aus politischer Sicht mag dieser Umstand den einen oder anderen Vorteil mit sich bringen. Der Kurdistankonflikt stellt nämlich immer auch einen Trumpf der westlichen Staaten gegen die Türkei dar. Dieser Trumpf kann jederzeit nach Belieben gegen die Türkei ausgespielt werden, um von ihr politische und wirtschaftliche Zugeständnisse zu erpressen. Gleichzeitig sollen im Idealfall hierdurch auch die KurdInnen an die westlichen Staaten gebunden und kontrolliert werden. Solch eine Trumpfkarte gibt man in einer strategisch so wichtigen Region wie dem Nahen und Mittleren Osten nicht gern aus der Hand.

Nun stellt sich in diesem Zusammenhang die Frage, ob nicht die PKK, sondern vielmehr Deutschland und die übrigen europäischen Staaten im Kurdistankonflikt eine Doppelstrategie verfolgen. Einerseits werden die Friedensbestrebungen der PKK und ihres Vorsitzenden Abdullah Öcalan in den europäischen Medien und von einigen PolitikerInnen begrüßt, andererseits werden die Repressionen gegen kurdische AktivistInnen und PolitikerInnen in Europa fortgesetzt, gar verschärft. Sind das nicht gezielte Versuche, einen möglichen Friedensprozess zu sabotieren? Hat Europa ein Interesse an der Fortdauer des Konflikts in Kurdistan? Oder wie lässt sich sonst erklären,

> Ein notwendiger und wichtiger Schritt, wenn wir die Lösung der kurdischen Frage von hier aus unterstützen wollen, ist die Aufhebung des PKK-Verbots in Deutschland, die Streichung der PKK von der EU-Terrorliste und ein damit einhergehendes Ende der Kriminalisierung kurdischer AktivistInnen in Europa. Denn mit diesem Verbot sind die Konflikte vorprogrammiert, wie wir am Beispiel des Friedensfestivals in Mannheim sehen können; laut Mannheimer Morgen vom 14. März 2013 laufen noch 482 Ermittlungsverfahren gegen TeilnehmerInnen der Veranstaltung.

dass derzeit so viele Prozesse gegen kurdische AktivistInnen in Deutschland laufen wie lange nicht mehr und erstmals auch der § 129b (Mitgliedschaft in bzw. Unterstützung einer terroristischen Vereinigung im Ausland) gegen sie eingesetzt wird? Oder wie lässt sich erklären, dass Polizeikräfte auf Kinder und Jugendliche losgelassen werden, weil diese eine Fahne der Bewegung oder ein Bild Öcalans tragen, und so beispielsweise das Friedensfestival 2012 in Mannheim, an dem zehntausende KurdInnen teilnahmen, in Gefahr bringen und so auch die Unversehrtheit der TeilnehmerInnen? Wie lässt sich erklären, dass bei koordinierten Festnahmeoperationen, die durch die französische Staatsanwaltschaft gelenkt werden, kurdische AktivistInnen in Frankreich, Spanien und zuletzt auch in Belgien festgenommen werden? Wie lässt sich erklären, dass am 9. Januar, kurz nach dem Besuch der ersten BDP-Delegation bei Öcalan auf der Gefängnisinsel Imralı, in Paris drei kurdische Aktivistinnen, von denen mindestens eine nachweislich unter der Beobachtung der französischen BeamtInnen stand, brutal hingerichtet werden können? Sind diese Morde mitten in einer europäischen Hauptstadt nicht der offensichtlichste Anschlag auf einen möglichen Friedensprozess? Und wir müssen uns fragen, was denn bisher wirklich zur Aufklärung dieser Morde unternommen worden ist. Ist überhaupt gewollt, dass die Drahtzieher dieser brutalen Tat aufgedeckt werden? Oder werden diese Morde weiter dazu benutzt, um den Friedenswillen, die Friedensschritte der KurdInnen zu diffamieren? So können wir am 23. Februar 2013 in der Frankfurter Rundschau in einem Artikel zu beabsichtigten »Umbauten am Verfassungsschutz« lesen: »'… ob angesichts aktueller Fälle in Paris *[gemeint die Morde an Sakine Cansız, Leyla Şaylemez und Fidan Doğan]* oder Mannheim *[Friedensfestival 2012]* unsere Annahme noch zutrifft, dass die PKK auf deutschem Boden friedlich agiert', sagte ein Beamter *[des VS]*.« Oder ist die Praxis des Verfassungsschutzes, vermehrt kurdische Jugendliche auf der Straße anwerben zu wollen, seine Initiative für eine Unterstützung des Friedensprozesses? Dazu auch der FR-Artikel: »Die Fachleute sollen festlegen, was sie über eine bestimmte Gruppe wissen möchten und für diesen Zwecke gezielt nach Informationen oder Zuträgern suchen, …«

Wenn auch durchaus einige positive Statements zu einem möglichen Friedensprozess im Kurdistankonflikt zu hören sind, drängt sich durch die Praxis der europäischen Staaten doch der Verdacht auf, dass nicht die PKK, sondern die europäischen Staaten in dieser Frage eine Doppelstrategie verfolgen.

Es stellt sich also unweigerlich die Frage, ob die europäischen Staaten aufgrund ihrer wirtschaftlichen und politischen Interessen es nicht lieber sähen, wenn die kurdische Frage ungelöst bliebe. Es sei daran erinnert, dass in Deutschland das Betätigungsverbot gegen die PKK im November 1993 ausgesprochen wurde. Im selben Jahr hatte die PKK erstmals einen einseitigen Waffenstillstand erklärt, den sie aufgrund fortdauernder Angriffe des türkischen Staates nicht lange halten konnte. Allerdings manifestierte dieser erste einseitige Waffenstillstand der PKK ihren Willen zu einer friedlichen Lösung des Konflikts. Zu dieser Zeit konnte auch bewiesen werden, dass Waffen aus deutschen Rüstungsbetrieben gegen die kurdische Bevölkerung eingesetzt worden waren. Bilder, die das belegen konnten, gingen um die Welt. Proteste dagegen führten zu einem kurzzeitigen Stopp der Waffenlieferungen an die Türkei durch die Bundesregierung, aber auch zum sogenannten PKK-Verbot. Im Jahr 2002 wurde schließlich die PKK von der Europäischen Union auf die EU-Liste terroristischer Organisationen gesetzt. Dieser Schritt wurde unternommen, als sich die kurdischen Guerillakräfte in einer Phase der Aktionslosigkeit (1999–2004) befanden. Wichtig ist zu erwähnen, dass die PKK zum Zeitpunkt ihrer Aufnahme in die Terrorliste der EU gar nicht existierte. Denn sie hatte zuvor ihre Auflösung bekanntgegeben. Die Neugründung der PKK geschah erst im Jahr 2004. Allerdings übernahm die neue PKK fortan ausschließlich die Rolle einer rein ideologischen Partei. Jede Friedensinitiative der kurdischen Bewegung wurde und wird also mit verstärkten Angriffen gegen kurdische Strukturen und kurdische AktivistInnen durch die Staaten Europas beantwortet.

Was eine gefährliche Organisation ausmacht, ist dem Fazit des Verfassungsschutzberichts 2011 zu entnehmen: »Die Aktivitäten der PKK in Deutschland werden sich weiterhin auf einem hohen Niveau bewegen. (…) Die Organisation ist in der Lage, innerhalb kurzer Zeit zu mobilisieren und medien-

wirksame Aktionen durchzuführen. (…) ihre Veranstaltungen und jährlichen Festivals in der gewohnten Form mit hohen Teilnehmerzahlen durchzuführen. (…) ihre politische Lobbyarbeit [zu] intensivieren, um als legitimer Vertreter und Ansprechpartner in der Kurdenfrage anerkannt zu werden. Ferner ist zu erwarten, dass insbesondere jugendliche Anhänger der PKK auch künftig die ‚Neuen Medien' verstärkt für propagandistische Zwecke nutzen und einsetzen werden.«

Aus dem oben Genannten wird deutlich: An die europäischen Staaten zu appellieren, einen möglichen Friedensprozess in Kurdistan zu unterstützen, erscheint nicht besonders sinnvoll. Stattdessen sollte allerdings an die demokratische Öffentlichkeit Europas, an die Friedensbewegung, an fortschrittliche Kreise der Gesellschaft appelliert werden, sich mit den KurdInnen gemeinsam für einen gerechten Frieden einzusetzen. Wenn gewollt ist, dass von Europa aus gemeinsam ein möglicher Friedensprozess in Kurdistan unterstützt werden soll, muss auch von kurdischer Seite die Gesellschaft hier über ihre Situation und ihre Ziele aufgeklärt werden. Die europäische Gesellschaft ist zumeist nicht darüber informiert, in welcher Weise und in welchem Ausmaß ihre Staaten weltweit in Kriege und Konflikte wie in Kurdistan verwickelt sind. Dass durch europäische Waffen und SoldatInnen aus Europa weltweit Menschenrechtsverletzungen begangen werden, um die wirtschaftlichen und politischen Interessen auszubauen oder zu wahren, wird der eigenen Bevölkerung allzu gern vorenthalten. Hier muss ein Weg gefunden werden, um sich gemeinsam dagegen in Bewegung setzen zu können.

Ein notwendiger und wichtiger Schritt, wenn wir die Lösung der kurdischen Frage von hier aus unterstützen wollen, ist die Aufhebung des PKK-Verbots in Deutschland, die Streichung der PKK von der EU-Terrorliste und ein damit einhergehendes Ende der Kriminalisierung kurdischer AktivistInnen in Europa. Denn mit diesem Verbot sind die Konflikte vorprogrammiert, wie wir am Beispiel des Friedensfestivals in Mannheim sehen können; laut Mannheimer Morgen vom 14. März 2013 laufen noch 482 Ermittlungsverfahren gegen TeilnehmerInnen der Veranstaltung. Sieben Ermittlungsverfahren gegen Polizisten seien »dagegen allesamt eingestellt« worden.

Erfolge in dieser Frage werden nicht dadurch erreicht, dass an die »Vernunft« der europäischen Staaten appelliert wird. Schritte in diese Richtung könnten erreicht werden, indem die Menschen in Europa von der Notwendigkeit einer Lösung der kurdischen Frage überzeugt werden, sodass sie die »Kurdistanpolitik« ihrer jeweiligen Staaten und MandatsträgerInnen kritisch verfolgen und ihre Regierungen gegebenenfalls zu Kurskorrekturen zwingen.

So kann die Doppelstrategie der europäischen Staaten gestoppt und ein Beitrag für den Frieden in Kurdistan geleistet werden. ♦



Eine Reise zur Krankenstation im Kandil

... einer Region, die seit Jahrzehnten Kriegsbedingungen ausgesetzt ist

Ein Bericht über die Delegation

Die Kandilberge liegen in Südkurdistan (Nordirak) im Dreiländereck zum Iran und zur Türkei, ungefähr 150 km von Letzterer entfernt. Das Gebiet umfasst 50 Dörfer mit ca. 20 000 EinwohnerInnen.

Dort ist seit 20 Jahren die aus Hamburg kommende Krankenschwester Vera – vor Ort wird sie liebevoll Dr. Medya genannt – mit humanitärer Hilfe aktiv. Seit einigen Jahren ist es ihr zusammen mit drei kurdischen Kolleginnen gelungen, eine kleine Krankenstation aufzubauen, die inzwischen von durchschnittlich 700 PatientInnen pro Monat aufgesucht wird. Zur weitergehenden medizinischen Versorgung und Vorsorge besucht sie mit ihren Kolleginnen darüber hinaus abgelegene Dörfer und Lagerplätze von NomadInnen. Getragen wird die Krankenstation auch von den kommunalen selbstorganisierten Strukturen in der Region.

Im März 2011 bereiste eine 12-köpfige Delegation der gemeinnützigen und seit 1994 bestehenden Hamburger Kurdistan-Hilfe e. V. das Gebiet und machte sich vor Ort ein Bild von der Situation und dem Unterstützungsbedarf dieser Krankenstation und sammelte seitdem Spenden zur Unterstützung.

In diesem Jahr fuhren jetzt Maria und Prof. Dr. Gerd Garweg und Doris Juhnke – VertreterInnen der Kurdistan-Hilfe e. V. – zu Newroz mit einem Dolmetscher nach Südkurdistan in den Kandil, um die Krankenstation und Medya zu besuchen und die Spenden der letzten anderthalb Jahre für die Krankenstation und einen Arztwagen zu übergeben.

Sie trafen auf Medya, als sie mit dem Auto zum Newroz-Festgelände im Kandil fuhren. Sie leistete gerade Erste Hilfe. Erst nach der Versorgung der Verletzten bekam Medya mit,



Der Arztwagen mit Dr. Medya im Einsatz Foto: Delegation



Die Delegation besucht die Krankenstation im Kandil, die von etwa 700 PatientInnen im Monat aufgesucht wird. Foto: Delegation

wer sie besuchen kam, alle kannten sich noch aus ihrer Hamburger Zeit vor zwanzig Jahren. Sie war an dem Tag als »Sanitäterin« da und behandelte den ganzen Tag Verletzte und Kranke. Erst am Abend war Zeit, sich zusammenzusetzen und auszutauschen. Es stellte sich heraus, dass die Krankenstation, die es 2011 gab, inzwischen umgezogen ist in ein vor fünf Monaten neuerbautes Gebäude, gestiftet von einer kurdischen Familie im Andenken an ihren von Saddam Hussein ermordeten Vater. Die Familie wollte eigentlich eine Moschee bauen, da es aber schon viele Moscheen in der Region gibt, hatte der Gemeinderat vorgeschlagen, doch im Gedenken an den Vater eine Schule oder Krankenstation zu bauen. Sie entschieden sich für die Station. Die alte hatte in einem Dorf gelegen, das vor kurzem noch von der türkischen Armee bombardiert worden ist. Auch die Gegend, in der die neue Station liegt, ist gefährdet; während des Besuchs der Delegation flogen immer noch die Flugzeuge der türkischen Armee über der Region, trotz verkündeten Waffenstillstands der Guerilla und beginnender Friedensgespräche.

In den folgenden Tagen begleitete die Delegation Dr. Medya in das neue Krankenrevier. Es besteht aus Warteraum, Behandlungszimmer, Zahnarztzimmer, Verbandsraum, Apotheke, Labor und Aufenthaltsraum. Es wird weiterhin von vier Mitarbeiterinnen betrieben. Über die Spenden waren alle erfreut. Das Revier ist sehr kärglich ausgerüstet und es wird noch viel Ausstattung benötigt wie z. B. ein Sterilisator.

Die Krankenstation wird immer gut besucht. Täglich kommen die Menschen aus den umliegenden Dörfern und z. T. auch weiter entfernten Städten. Dr. Medya und das Stationsteam sind weit über den Kandil hinaus bekannt und genießen in der Bevölkerung höchstes Ansehen. Die Behandlung ist kostenlos und wird von den kommunalen Gemeindestrukturen und Spenden getragen. Neben der Arbeit in der Station versuchen sie Erste-Hilfe-Kurse in den Dörfern aufzubauen. So hat Dr. Medya Erste-Hilfe-Broschüren auf Kurdisch erstellt. Auch arbeiten sie mit dem regionalen Frauenzentrum zusammen und veranstalten gemeinsame Bildungskurse für die Frauen.

Überall da, wo die Delegation mit Dr. Medya unterwegs war, kamen die Menschen zum Arztwagen, wenn sie ihn sahen, um sich medizinischen Rat zu holen oder behandeln zu lassen. An einem Ort wollten sie gerade einsteigen, als eine Familie neben ihnen hielt und ein Baby mit Verbrühungen zu Dr. Medya brachte. Vor Ort am Wagen versorgte sie das Baby. Schwer beeindruckt waren die Delegierten über die Kompetenz und das Auftreten von Dr. Medya.

Nach einer Woche machten sie sich schweren Herzens auf den Rückweg. Eine Woche in einer wunderschönen Landschaft, mit sehr herzlichen Menschen, die mit einfachsten Mitteln versuchen, solidarische gemeinschaftliche Lebensstrukturen zu schaffen, in einer Region, die seit Jahrzehnten Kriegsbedingungen ausgesetzt ist. ♦

Der Weg von der Apartheid zur Demokratie – und ein Vergleich mit dem entstehenden Friedensprozess zwischen türkischer Regierung und dem Repräsentanten der KurdInnen Abdullah Öcalan

Der Friedensprozess in Südafrika

Essa Moosa, Anwalt Nelson Mandelas zu Zeiten der Apartheid und danach Verfassungsrichter in Südafrika

Ein zentrales Moment des Aufbruchs ist folgende weitsichtige Aussage Nelson Mandelas, die er aus der Haft zur Zeit seines Prozesses wegen Hochverrats im Jahr 1964 machte. Ihm drohte die Todesstrafe:

»In meinem gesamten Leben habe ich mich dem Kampf der afrikanischen Bevölkerung gewidmet. Ich habe gegen die Dominanz der Weißen, wie auch gegen die Dominanz der Schwarzen gekämpft und mich für eine freie Gesellschaft eingesetzt, in der alle Menschen in Harmonie und mit gleichen Rechten und Möglichkeiten zusammenleben. Das ist das Ideal für das ich lebe und das ich durchsetzen möchte. Aber wenn es sein muss, ist es auch ein Ideal für das ich bereit bin zu sterben.«

Das ist die gleiche Herangehensweise und das gleiche Ideal für das Abdullah Öcalan lebt, das auch er durchsetzen möchte. Aber auch er wurde wie Mandela zu lebenslanger Haft wegen Hochverrats verurteilt und verbüßt diese Strafe auf der Gefängnisinsel Imralı – ähnlich Nelson Mandela, der auf Robben Island einen Großteil seiner Haftzeit verbüßte.

Den Weg für Verhandlungen öffnen

Mandela initiierte als Repräsentant des Afrikanischen Nationalkongresses ANC aus dem Gefängnis heraus Gespräche mit dem Apartheidsregime. Der ANC war zu dieser Zeit in Südafrika verboten und hatte seine Zentrale in Lusaka, Zambia. Mandela kommunizierte über seine Frau Winnie Mandela, die ihn von Zeit zu Zeit besuchen konnte, und manchmal auch über seine AnwältInnen – wenn sich die Gelegenheit dazu bot – mit den PolitikerInnen im Exil. Der ANC konnte seine Antwortbotschaften ebenfalls über Frau Mandela, die AnwältInnen oder BesucherInnen aus dem Ausland, die zuvor in Lusaka mit dem Führungsgremium des ANC zusammenkamen, überbringen lassen.

Die AnhängerInnen und Mitglieder des ANC in Südafrika waren sehr besorgt, dass das Apartheidsregime Mandela dazu nötigen könnte, Zugeständnisse zu machen, die sowohl für sie selbst wie auch für die AnhängerInnen und Mitglieder im Ausland inakzeptabel wären. Mandela antwortete auf diese Sorge, indem er versicherte, dass er keine Kompromisse machen würde, die die Durchsetzung eines demokratischen, nicht rassistischen und nicht sexistischen Staates be- oder verhindern. Er verdeutlichte zudem unmissverständlich, dass er nicht für den ANC verhandele, sondern lediglich Gespräche mit der Regierung führe, um den Weg für Verhandlungen zwischen dem Apartheidsregime und dem ANC zu öffnen.

Freilassung Mandelas ...

Am 13. Dezember 1989 wurde Mandela ein Gespräch mit Präsident de Klerk ermöglicht. Mandela überreichte de Klerk eine aktualisierte Version seiner »Road Map to Peace«, die im Wesentlichen Aspekte seiner Ideen, die er bereits in zuvor geführten Gesprächen mit unterschiedlichen VertreterInnen des Staates geäußert hatte, wiedergab. Dieses Treffen führte zu einem entscheidenden und historischen Moment in der Geschichte Südafrikas. De Klerk kündigte am 2. Februar 1990 im Parlament an, dass er Mandela und weitere politische Gefangene ohne Vorbedingung freilassen und sämtliche Organisationsverbote aufheben werde. Darüber hinaus kündigte er Maßnahmen an, um die Rückkehr der im politischen Exil Lebenden zu ermöglichen, den Ausnahmezustand aufzuheben

und einen juristischen Rahmen für den Dialog zwischen der Regierung und dem ANC sowie weiteren Parteien zu schaffen.

Friedenskomitees wurden gegründet

Nach der Freilassung Mandelas und weiterer politischer Gefangener sowie der Aufhebung der Parteienverbote wurden zwei Friedenskomitees gegründet. Eines der AkteurInnen der Apartheid unter der Leitung von de Klerk und eines der Anti-Apartheids-AkteurInnen unter der Leitung von Nelson Mandela. Das erste der Treffen dieser Komitees fand am 4. Mai 1990 statt. Dort vereinbarten die Konfliktparteien die Beendigung des militärischen, bewaffneten Konflikts und einigten sich darauf, eine friedliche, politische Lösung im Dialog und in konkreten Verhandlungen zu finden. Gemeinsam sollte zudem der Impuls für ein entsprechendes gesellschaftliches Klima in Südafrika gegeben werden.

Es wurde eine gemeinsame Arbeitsgruppe gebildet, um Vorschläge zu folgenden Themen und Fragen zu erarbeiten:

1. Was ist im südafrikanischen Kontext eine politische Straftat?

2. die Erstellung eines Zeitrahmens für die Freilassung der politischen Gefangenen;

3. die Etablierung rechtlicher Normen und Mechanismen für die Freilassung der politischen Gefangenen sowie die Gewährung von Immunität für diejenigen im In- und Ausland, denen politische Straftaten vorgeworfen werden.

Die Regierung de Klerk erklärte sich daraufhin damit einverstanden, den Mitgliedern des ANC-Exekutivrates und weiteren ausgewählten Mitgliedern der Partei im In- und Ausland sofort Immunität vor Strafverfolgung zu gewähren, um ihnen zu ermöglichen, den bewaffneten Konflikt zu beenden und an den Verhandlungen teilzunehmen. Darüber hinaus wurden die Innen- und Sicherheitspolitik sowie Gesetze reformiert, um sicherzustellen, dass demokratische politische Aktivitäten ausgeübt werden können.

Einseitiger Waffenstillstand

Das zweite Treffen der Friedenskomitees fand am 6. August 1990 statt. Die Konfliktparteien einigten sich darauf, die Vorschläge der gemeinsamen Arbeitsgruppe in Bezug auf folgende Punkte anzunehmen:

- die Freilassung der politischen Gefangenen;

- die Haftverschonung von Kombattanten des ANC und weiterer Befreiungsbewegungen;

- Mechanismen und Zeitrahmen für die Implementierung und Umsetzung dieser Vorhaben.

Während dieses Treffens verkündete der ANC einen sofortigen einseitigen Waffenstillstand. Beide Konfliktparteien bekräftigen ihre Einigung, so schnell wie möglich eine friedliche Lösung des Konflikts herbeizuführen. Die Regierung verpflichtete sich, den »Internal Security Act« abzuschaffen, um jedem Menschen die freie Ausübung politischer Tätigkeit zu ermöglichen. In einer gemeinsamen Erklärung hieß es: »Die Schritte, auf die wir uns heute geeinigt haben, können Meilensteine auf dem Weg zu wahrem Frieden und Wohlstand in unserem Land sein. (...) Jetzt ist der Weg für Verhandlungen über eine neue Verfassung geöffnet.«

Gewaltverbrechen gegen schwarze Bevölkerung

Im Dezember 1991 wurde dann die »Versammlung für ein demokratisches Südafrika« (CODESA) einberufen, die aus VertreterInnen von im Parlament vertretenen und nicht im Parlament vertretenen Parteien bestand, um über eine neue demokratische Verfassung für Südafrika zu verhandeln. Während dieser Verhandlungen versuchten die politische Rechte und eine Gruppe rechtsgerichteter AkteurInnen aus dem staatlichen Sicherheitsapparat, die friedliche Transformation des Landes zu verhindern. In mehreren Townships begingen sie unzählige Gewaltverbrechen gegen die schwarze Bevölkerung. Zudem wurden mehrere AntiapartheidsaktivistInnen aus politischen Motiven hingerichtet. Diesbezüglich gab es eindeutige Beweise für die Mittäterschaft von PolizistInnen, Militärs und Rechten.

Nelson Mandela setzte aufgrund dessen die Verhandlungen im Juni 1992 aus und forderte von de Klerk, die Gewalt zu stoppen und die Schuldigen vor Gericht stellen zu lassen. Eine juristische Kommission, die eingesetzt wurde, um die Angriffe auf die TownshipbewohnerInnen und die politischen Morde aufzuklären, fand Beweise dafür, dass hochrangige Offiziere der südafrikanischen Armee in verdeckte Operationen involviert waren, die zum Ziel hatten, den ANC zu unterwandern und den Friedensprozess zu verhindern. Aufgrund der Beweislage entließ de Klerk 23 dieser Offiziere.

Im März 1993 wurden die offiziellen Verhandlungen wieder aufgenommen. Am 10. April 1993 wurde jedoch der charismatische und sehr beliebte Politiker des ANC, Chris Hani,

von rechtsgerichteten Attentätern hingerichtet. Ein rechter Parlamentarier wurde als Mordkomplize überführt. Das brachte Südafrika an den Rand eines Desasters und die Verhandlungen fast zum Scheitern. Mandela musste seine AnhängerInnen dazu aufrufen, sich zu beruhigen, um einen Bürgerkrieg zu verhindern.

Eine demokratische Interimsverfassung

All diese Vorfälle machten den VerhandlungspartnerInnen bewusst, dass die Gespräche und der Prozess schnell und erfolgreich weitergeführt werden müssen. Letztendlich führte diese Einsicht dazu, dass die Konfliktparteien bereit waren, sich entgegenzukommen, Kompromisse einzugehen und in mehreren kontroversen Fragen einen Konsens zu finden. Sie einigten sich schließlich auf eine demokratische Interimsverfassung, die vom Apartheidsparlament verabschiedet wurde. Dieser Verfassung zufolge sollten Wahlen, die auf freiem und gleichem Wahlrecht beruhten, im April 1994 durchgeführt werden. Der ANC gewann diese Wahlen mit nahezu zweidrittelmehrheit.

Die Mehrheit der Bevölkerung atmete befreit auf, da sie eine neue politische Atmosphäre und Situation geschaffen hatte – eine, die durch Demokratie, Würde, Freiheit und Gleichheit bestimmt war. Das neu gewählte Parlament verabschiedete die von der verfassunggebenden Versammlung entworfene endgültige Verfassung Südafrikas, die in Teilen auf der Interimsverfassung beruhte, im Jahr 1996. Zum ersten Mal in der Geschichte Südafrikas übte die gesamte Bevölkerung – Schwarze und Weiße gemeinsam – ihr Recht auf Selbstbestimmung aus. Dadurch konnte das Land den Schritt von der Apartheid zur Demokratie machen.

Wahrheits- und Gerechtigkeitskommission

In der Interimsverfassung, die zwischen der Regierung und der Befreiungsbewegung verhandelt wurde, war auch die Einsetzung einer Wahrheits- und Gerechtigkeitskommission beschlossen worden, »um die Lücke zwischen einer tief gespaltenen Gesellschaft, die durch Gewalt, Konflikte, verschwiegenes Leid und Ungerechtigkeit geprägt war, und einer Zukunft, die auf Basis der Berücksichtigung der Menschenrechte, der Demokratie und der friedlichen Koexistenz aller Bevölkerungsgruppen Südafrikas basiert, zu überbrücken«.

Die Ziele der Wahrheits- und Gerechtigkeitskommission waren hauptsächlich:

- die Wahrheit über die gravierenden Menschenrechtsverletzungen zu Zeiten der Apartheid ans Tageslicht zu bringen;
- die Gewährung von Amnestie für diejenigen zu ermöglichen, die die Wahrheit aussagten;
- das Schicksal oder den Verbleib von Opfern der Gewalt herauszufinden und Reparationszahlungen an sie zu ermöglichen.



Millionen trugen Newroz ihre Forderungen der Freiheit Öcalans und eines gerechten Friedens auf die Straßen und Festplätze. Foto: DIHA

Es gibt geteilte Meinungen darüber, ob die Wahrheits- und Gerechtigkeitskommission ihre Ziele erreicht hat oder nicht. Die Mehrheit derjenigen, die schwere Menschenrechtsverletzungen begangen hatten, verweigerte eine Aussage oder die Zusammenarbeit mit der Kommission. Diese Täter blieben unbestraft, weil der Staat keine Beweise gegen sie in der Hand hatte. Vor der Zeit der Transformation von der Apartheid zur Demokratie hatten die »Sicherheitskräfte« belastende Dokumente ihrer eigenen Verwicklung in illegale Tätigkeiten, Straftaten und Menschenrechtsverletzungen vernichtet. Die Opfer waren überwiegend enttäuscht über die Ergebnisse der Wahrheits- und Gerechtigkeitskommission – da so wenige TäterInnen an diesem Prozess eines Beginns einer möglichen Konfliktheilung teilnahmen und die Reparationszahlungen bei Weitem zu gering für die erlittenen Schmerzen, Traumata und Verluste waren.

Und wie in der Türkei und Kurdistan?

Die Bevölkerung in der Türkei und Kurdistan muss selbst entscheiden, ob sie eine Wahrheits- und Gerechtigkeitskommission etablieren möchte – und wenn, welche Struktur und Ausrichtung diese haben soll. Es gibt nicht nur ein Modell, das für sämtliche Situationen und Gesellschaften passt. Einerseits ist es wichtig, sich vor dem Mechanismus zu schützen, dass eine solche Kommission die Gräben zwischen den Konfliktparteien vertieft. Andererseits sollte man nicht die Augen davor verschließen, dass Mütter wissen wollen, was mit ihren geliebten Kindern passiert ist, die inhaftiert waren oder entführt wurden und verschwanden. Von denjenigen, die noch am Leben sind, wollen die Verwandten den Aufenthaltsort wissen – von denjenigen, die ermordet wurden, wollen sie wissen, wo sich ihre Überreste befinden, um sie zumindest in Würde beerdigen zu können. Die Mütter werden keine Ruhe geben, bis sie die Wahrheit erfahren und dadurch wenigstens im Bewusstsein des Geschehenen in die Zukunft gehen können.

Es ist allgemein bekannt, dass Abdullah Öcalan wie Nelson Mandela aus seiner Gefängniszelle einen »Dialog über den Dialog« initiiert hat – und wie Mandela, der der südafrikanischen Regierung die »Road Map to Peace« übergab, Öcalan der türkischen Regierung die »Road Map to Negotiations« unterbreitete. Mandela führte im Gefängnis eine Reihe von Gesprächen mit dem südafrikanischen Geheimdienst (NIS). Ähnlich führte Öcalan auf Imralı Gespräche mit dem türkischen Geheimdienst (MIT). Führende Persönlichkeiten des ANC verhandelten im schweizerischen Luzern mit Vertretern des NIS, führende Persönlichkeiten der PKK mit Vertretern des MIT in Oslo.

Premierminister Recep Tayyip Erdoğan hat, ohne das konkret so zu benennen, scheinbar einen Dreistufenplan akzeptiert:

- den Rückzug der bewaffneten KombattantInnen der PKK aus der Türkei und als letzten Schritt deren Entwaffnung;
- das politische Management des Verhandlungsprozesses;
- die Rückkehr und Reintegration der PKK-KombattantInnen und MigrantInnen, die zurückkehren wollen, und die Normalisierung der Situation.

Erdoğan hat insofern formal Verantwortung im politischen Prozess einer friedlichen Lösung in der Türkei übernommen.

Die Normalisierung der Situation sollte zudem u. a. folgende Maßnahmen beinhalten:

- eine Amnestie für alle politischen Gefangenen und politischen AktivistInnen, die im Exil leben;
- die Freilassung sämtlicher politischer Gefangener, einschließlich Abdullah Öcalans;
- die Etablierung einer neuen Verfassung samt eines Präsidialsystems.

Abdullah Öcalan ging, ähnlich wie de Klerk, kalkulierte Risiken ein, als er am 13. März 2013 den Impuls dazu gab, dass die PKK acht Gefangene freilassen solle – und als er am 21. März einen einseitigen Waffenstillstand und den Rückzug der bewaffneten KombattantInnen der PKK aus der Türkei einforderte, ohne ein formales Abkommen mit Erdoğan geschlossen zu haben.

Erdoğan hat im Gegenzug Schritte eingeleitet, um den Friedensprozess mit Maßnahmen zu fördern:

- Er hat sich stillschweigend damit einverstanden erklärt, den KombattantInnen der PKK einen Rückzug zu gewähren ohne sie zu behindern.
- Der BDP wird gewährt, als Vermittlerin zwischen der Regierung und Öcalan zu agieren.
- Gesetze, z. B. das Strafgesetz, das Anti-Terror-Gesetz und das Medienrecht, sollen in einigen Punkten internationalen Standards angepasst werden.
- Die »Kommission der Weisen« wurde einberufen, die aus Mitgliedern unterschiedlicher AkteurInnen der Zivilge-

sellschaft aus allen Lebensbereichen zusammengesetzt ist, um den Rückzug der KombattantInnen zu begleiten, etwaig auftretende Probleme dabei zu lösen und weitere Voraussetzungen für den Friedensprozess zu schaffen.

- Zudem wurde eine parlamentarische Kommission aus Mitgliedern sämtlicher dort vertretene Parteien einberufen, um einen Entwurf für eine neue zivile und demokratische Verfassung vorzulegen.

Um die kurdische Frage zu lösen und die türkische Verfassung in Einklang mit internationalen demokratischen Standards zu bringen, ist zwingend notwendig, dass eine solche zivile und demokratische Verfassung folgende Verfassungsprinzipien enthält:

- ein demokratisch organisiertes Regierungssystem einschließlich einer Mehrparteiendemokratie;

- regulär durchgeführte Wahlen, die auf dem universellen Wahlrecht auf der Grundlage eine Person – eine Stimme basieren;

- eine fest verankerte Garantie der Grund-, Freiheits- und kulturellen Rechte:

  – durch die die Vielfalt der Kulturen, Sprachen und Ethnien sowie das Sprechen und Lernen der Muttersprache geschützt wird;

  – die zudem das Vereinigungsrecht und die Organe der Zivilgesellschaft einschließlich politischer, kultureller und religiöser NGOs schützt;

- eine Absicherung der Beteiligung von kleineren politischen Parteien am demokratischen Prozess, die internationalen demokratischen Standards entspricht;

- die Gewaltenteilung zwischen Legislative, Exekutive und Judikative;

- die Judikative muss unabhängig und objektiv und damit beauftragt sein, die Menschenrechte sowie die Verfassung zu schützen und durchzusetzen;

- alle Ebenen der Regierung, einschließlich der Sicherheitskräfte, sollen gegenüber dem Vorsitz der Exekutive rechenschafts- und antwortspflichtig sein – der Vorsitz wiederum dem Präsidenten – und diese insgesamt wiederum dem Parlament;

- jede Veränderung der Verfassung soll spezielle Prozeduren mit speziellen Mehrheiten voraussetzen.

Ich habe keine Zweifel, dass die Türkei mit einer Verfassung, die die benannten Prinzipien berücksichtigt, einen berechtigten Platz unter den souveränen und demokratischen Staaten der Welt einnehmen kann. Die Türkei könnte auf diese Weise zudem die Aufnahmekriterien der EU, die u. a. in den Kopenhagener Kriterien formuliert sind, erfüllen. ♦

Shirin Ebadi: Öcalan muss freigelassen werden

Die iranische Menschenrechtlerin und Friedensnobelpreisträgerin Shirin Ebadi hat erklärt, dass für einen positiven Verlauf des Friedensprozesses zwischen dem türkischen Staat und der PKK die kurdische Führungspersönlichkeit Abdullah Öcalan freigelassen werden müsse.

Auf einer Konferenz in Stockholm teilte Ebadi ihre Ansichten über den aktuellen Friedensprozess in der Türkei der Nachrichtenagentur ANF mit. Die positive Antwort des türkischen Ministerpräsidenten Erdoğan auf den Friedensaufruf des inhaftieren Vorsitzenden der PKK, Abdullah Öcalan, habe sie sehr glücklich gemacht und sei ein erster Schritt für eine friedliche Lösung des Problems. Sie äußerte die Hoffnung, dass das kurdische Volk seine Rechte bald bekomme.

Quelle: ANF, 17.04.2013, ISKU

Bericht vom Weltsozialforum in Tunis im März 2013

Wann kommt die zweite Etappe der Revolution?

Ercan Ayboğa

Es war eine bewusste Entscheidung, das Weltsozialforum im Jahre 2013 in Tunis durchzuführen. Denn vor etwas mehr als zwei Jahren wurde der langjährige Diktator Ben Ali von großen Teilen der Bevölkerung verjagt. Damit wurde eine Reihe von vielen Aufständen und Revolten in Nordafrika und im Nahen Osten eingeleitet, die eine Folge politischer Unterdrückung und sozialer Verarmung und Perspektivlosigkeit sind.

»Als die Proteste in Tunis immer größer wurden und Tausende die Avenue Habib Bourguiba nicht mehr verließen, haben wir JournalistInnen in der Zeitungszentrale übernachtet und pausenlos gearbeitet; natürlich für den Umsturz. Wir haben ständig berichtet, sowohl in den Printausgaben als auch online.« Das sind die Sätze einer jungen Journalistin, die seit Jahren für eine der tunesischen Tageszeitungen arbeitet. »Trotz großer Wut und Beharrlichkeit hat niemand erwartet, dass es so weit kommen könnte. Es hatte sich sehr viel aufgestaut in uns, vor allem unter den jungen Menschen. Der Umsturz hat uns einiges an Freiraum gegeben, doch an der wirtschaftlichen Lage hat sich nichts geändert. Auch wegen der islamistischen Ennahda-Partei, die die Wahlen gewonnen hat, sind wir bisher enttäuscht worden.«

Die Ennahda-Partei gewann Ende 2011 mit etwa 40 % der abgegebenen Stimmen die ersten Wahlen zur Verfassunggebenden Versammlung Tunesiens nach Ben Ali, zur großen Überraschung derjenigen, die den Kern der erfolgreichen Rebellion (von vielen wird sie auch erste Phase der Revolution genannt) eingeleitet haben. Die säkularen und linken Parteien lagen weit hinter ihren Erwartungen zurück, allerdings standen sie besser da als die ähnlichen Parteien in Ägypten. In Tunesien drängt die Ennahda-Partei zusammen mit den SalafistInnen die Gesellschaft zur Islamisierung, wogegen diese sich bisher einigermaßen wehren konnte.

Ein seit 2011 erkämpfter und erhaltener Freiraum durch linke, säkulare und demokratische Kräfte erlaubt es auch, das Weltsozialforum im März 2013 in Tunis ohne große Schwierigkeiten durchzuführen. Dies macht dieses Weltsozialforum gerade so spannend, sowohl für die im Staate Tunesien als auch außerhalb lebenden politisch, sozial, ökologisch engagierten Menschen. Mit dieser Aufregung fahren und fliegen tausende Menschen wie ich nach Tunis, das inzwischen zusammen mit Kairo ein weltweites Synonym für Aufstand und Protest geworden ist.

Zur Auftaktdemonstration versammeln sich am 26. März über 20 000 Menschen auf der Avenue Habib Bourguiba und marschieren in einem bunten Zug zu einem Stadion nördlich der Innenstadt. Es ist für einen nicht Arabisch sprechenden Menschen oft nicht einfach zu verstehen, worum es bei jeder Parolen rufenden Gruppe und jedem Transparent geht. Da muss genauer hingeschaut und hingehört werden. Französisch ist dabei nützlich. Mit Englisch allein kann einE TeilnehmerIn sowohl auf dieser Demo als auch in den anschließenden vier Tagen nicht weit kommen.

Die »bunte« Masse wird angeführt von Familienangehörigen junger TunesierInnen, die während der revolutionären Ereignisse im Dezember 2010 und Januar 2011 durch die Polizei getötet wurden. Sie tragen Bilder ihrer toten Kinder oder Geschwister vor sich her. Hinter ihnen gehen InvalidInnen – die in derselben Phase durch Schusswaffen verletzt wurden – an Krücken oder werden im Rollstuhl geschoben. Sie stehen beim Start der Demo und fordern angemessene Entschädigung und symbolische Gerechtigkeit: »Wir vertrauen der Militärjustiz nicht!«, proklamieren sie. Denn die Prozesse gegen Angehörige der Repressionskräfte sind bis heute einer speziellen Militärgerichtsbarkeit anvertraut und kommen kaum voran, wogegen die islamistische Regierungspartei nichts wirklich zu ändern versucht. Dies liegt unter anderem daran, dass in der ersten Phase der Revolte ihre AnhängerInnen nicht dabei und somit selbst kaum betroffen waren.

Die IslamistInnen hatten nicht zum Aufstand aufgerufen und ihn initiiert, doch sie kamen hinzu, als er groß wurde, und haben die Pfründe davongetragen, weil die breite Masse

der Bevölkerung weitgehend konservativ ist und die Organisationsstrukturen der IslamistInnen besser als die der »Avantgarde« der Revolution waren und sind.

Nach dieser beeindruckenden Eröffnung kommen viele Gruppen mit verschiedenen Anliegen: Streichung der Schulden für die ökonomisch armen Staaten, Stopp von zerstörerischen Infrastruktur- und Energieprojekten wie Talsperren, Minen etc., Kampf gegen Treibhausemissionen, »Weg mit Frontex« und »Bewegungsfreiheit für MigrantInnen«. Die islamistischen Inhalte wie etwa »Schutz für Familien mit islamischen Prinzipien« bleiben aber insgesamt sehr marginal.

Die internationalen TeilnehmerInnen sind dominant. Für Außenstehende, aber auch neuere TeilnehmerInnen ist es nicht leicht zu verstehen, was die gemeinsame und themenübergreifende Botschaft sein soll. So tritt scheinbar neben länderspezifischen Anliegen die Heterogenität jenseits allgemeiner Grundanliegen hervor.

Gewerkschaften sind auch stark auf der Auftaktdemonstration und während des Forums überall präsent. Sie thematisieren die schlechten Arbeitsbedingungen, die miesen Löhne und die sich verändernden und stärker neoliberal werdenden Rahmenstrukturen, sowohl in Nordafrika als auch weltweit. Sie bringen sich in Veranstaltungen ein, in denen es auch um die Beziehungen zwischen der EU und den Maghreb-Staaten und die bestehenden Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten wie Freihandelsabkommen und Subventionen geht.

Beim Thema Arbeitsrecht fällt die tunesische Organisation der Arbeitslosen auf. Sie gründete sich im Zuge der politischen Umwälzungen im Staat und wird von vielen TeilnehmerInnen immer wieder genannt und mit Spannung verfolgt.

Da das WSF in Tunis stattfindet, ist die Frage der Flucht von Millionen aus dem Süden in den ökonomisch wohlhabenderen Norden ein wichtiges Thema. Tunesien ist ein Staat, von dem aus viele afrikanische Flüchtlinge nach Europa gelangen wollen und dabei große Gefahren auf sich nehmen. Viele dieser sich in Tunis befindenden Flüchtlinge kommen zum WSF und machen auf der Auftaktdemonstration und während des Forums auf ihre missliche Lage aufmerksam. Bis vor zwei Jahren hatte das Ben-Ali-Regime mittels repressiven Vorgehens garantiert, dass die Flucht aus dem ausgebeuteten Süden kontrolliert wurde. Als der Umsturz kam, war die »freie Fluchtmöglichkeit« für die EU ein großes Thema. Sie übte sofort Druck aus auf die neuen Regierenden, damit sich das Militär den Flüchtlingen in den Weg stellt. Die Ennahda-Regierungspartei mischt da übrigens ebenfalls gut mit. Wie auch bei zahlreichen anderen Themen zeigt sie, dass sie gar nicht so oppositionell ist und sich in das herrschende Wirtschaftsmodell reibungslos einfügt.

Wie auf dem Weltsozialforum 2011 in Dakar/Senegal sind die Menschen aus der Westsahara präsent. Ihr Land ist seit 1975 von Marokko besetzt, kurz nachdem die vorherige Kolonialmacht Spanien sich zurückziehen musste. In einer großen Gruppe machen sie aufmerksam auf die brutale Unterdrückung durch den marokkanischen Staat, den legitimen Wider-



KurdInnen auf der Demonstration des Weltsozialforums in Tunis Foto: Ayboğa

stand, die hunderttausenden Flüchtlinge und die verfahrene politische Lage, weil Marokko den UN-Plan für einen Friedensprozess seit zwei Jahrzehnten blockiert. Wie vor zwei Jahren auch sind viele MarokkanerInnen nur wegen dieses Themas angereist. Die AnhängerInnen der »Sozialistischen« Partei und verschiedener NGOs aus Marokko versuchen zu zeigen, dass es sich bei der Befreiungsorganisation POLISARIO der Westsahara um eine Terrorgruppe handele. Die meisten ihrer Faltblätter und Broschüren an ihren Ständen behandeln nur dieses Thema und wollen vermitteln, dass es eigentlich bei der Westsahara um historische »südmarokkanische Provinzen« gehe. Schlimmer ist aber, dass sie sich auf der Demo zahlreich und gefährlich den Sahrauis aus der Westsahara nähern und mit Gewalt drohen. Zwar kommt es auf der Demo nicht zu tätlichen Übergriffen, aber danach mindestens einmal während der anschließenden drei Forumstage.

Die Westsahara ist ein gutes Beispiel dafür, dass viele Staaten ihre AnhängerInnen gezielt auf das WSF schicken, um ihre Ziele und Betrachtungsweisen zu propagieren, nicht selten, um andere einzuschüchtern, oder einfach deshalb, um zu provozieren. Oft kommt es von Staaten, die von sich selbst behaupten, sozialistisch, antiimperialistisch bzw. antikolonialistisch zu sein. So hat die syrische Regierung eine Delegation nach Tunis geschickt, die dort mit linksnationalistischen TunesierInnen von der tunesischen Volksfront (diese sind eine kleine Minderheit unter den größten Oppositionsparteien) Parolen für Assad skandieren und seine Fotos hochhalten. Als sie damit auf dem Campus der Universität, wo das Forum stattfindet, weitermachen, kommt es unweigerlich täglich zu kleinen Streitereien und handfesten Auseinandersetzungen.

Auch der diktatorische Iran schickte Leute, die mit Fotos von israelischen Militäraktionen in Gaza auf dem Uni-Campus herumlaufen. Am übernächsten Tag packen die bärtigen Standwächter, die mit einer Kamera eventuelle WidersacherInnen filmen, dann jedoch ihre Staatsfahne und ein Khomeini-Portrait aus und vergleichen das israelische Vorgehen in Palästina mit dem Holocaust. Kritisch wird es, als einige OpponentInnen Unabhängigkeit für die mehrheitlich arabische Provinz Ahvaz im Staate Iran fordern. Die Repression in dieser öl- und erdgasreichen Provinz ist annähernd so stark wie in Iranisch-Kurdistan. Weil andere Menschen eingreifen, bleibt es einigermaßen friedlich.

Andere Staaten hingegen versuchen, Menschen aus dem eigenen Herrschaftsgebiet an der Teilnahme am WSF zu hindern. So konnten mehrere Busse aus der Kabylei nicht nach Tunesien einreisen, weil der algerische Staat sie einfach an der Grenze drei Tage warten ließ; einige dieser Menschen wurden sogar festgenommen. Der repressive Staat Algerien enthält den KabylInnen seit der Unabhängigkeit von Frankreich die meisten grundlegenden Rechte vor, obwohl die friedlichen Forderungen in den letzten Jahren zugenommen haben. Die KabylInnen gehören wie die Amazigh und Tuareg zu den Indigenen Nordafrikas (viele lehnen die Bezeichnung »BerberInnen« ab; manche benutzen »Amazigh« als Oberbegriff), die aber nach der arabisch-islamischen Eroberung zurückgedrängt und mit der Zeit assimiliert wurden. Nur noch in Marokko spricht die Bevölkerung mehrheitlich in erster Sprache nichtarabisch. Interessant ist zu hören, dass die Assimilation besonders während der französischen Kolonialzeit an Intensität zugenommen hat. Bis dahin sprachen die überwiegend nichtarabischen Menschen hauptsächlich ihre Muttersprache.

Während des Gesprächs nähert sich eine Tuareg-Frau. Sie berichtet, dass sie aus Mali geflohen ist, nachdem die Islamisten die Macht im Norden übernommen hatten und insbesondere die Tuareg unterdrückt hätten. Anfangs hatten die meisten Tuareg mit den Islamisten gegen den ebenfalls unterdrückerischen malischen Staat paktiert.

Mehr als an den Infoständen findet das eigentliche Arbeiten des WSF vielmehr in den insgesamt 1200 Workshops, Debatten und thematischen Plenarsitzungen statt. Hier sind islamistische und nationalistische Gruppen kaum vertreten und reaktionäre Meinungen selten zu hören. Dieses WSF ist insgesamt besser organisiert als das in Dakar, aber trotzdem finden einige Workshops nicht zu dem Zeitpunkt und an dem Ort statt, wie im gedruckten Programm angegeben. So werden viele Flyer verteilt, in denen auf die verlegten Veranstaltungen hingewiesen wird. Nichtsdestotrotz bezeichnen viele WSF-Erfahrene das WSF als gut organisiert, dem nichts entgegenzusetzen ist. Die Atmosphäre auf dem Uni-Campus ist gut. Es ist äußerst interessant, sich stundenlang in der Frühlingssonne, die die meisten EuropäerInnen bis dahin entbehrt haben, umzusehen.

Trotzdem kommt es immer wieder vor, dass auf vielen Veranstaltungen kaum TunesierInnen und NordafrikanerInnen anwesend sind. Es sind nicht selten nur EuropäerInnen, LateinamerikanerInnen und einige AsiatInnen unter sich. Zum einen liegt das bestimmt an den Themen, mit denen TunesierInnen und NordafrikanerInnen kaum etwas anfangen können, aber zum anderen daran, dass viele internationale Gruppen im Vorfeld kaum Kontakt zu den lokalen Bewegungen und Gruppen hatten. Schlechte Kommunikation.

Ein besonders hervorstechender Schwerpunkt dieses Forums ist die Solidarität mit Palästina. Daraus ist abzuleiten, wie wichtig das ungelöste Palästina-Problem die mehrheitlich arabisch sprechenden Staaten und ihre Bevölkerung betrifft. Das ist zweifellos wichtig, denn diese Frage geht die ganze Region direkt an, und viele Staaten der Region richten ihre Außenpolitik danach – nicht immer berechtigt. Aber hätte

nicht zumindest in derselben Intensität die Solidarität mit tunesischen und ägyptischen Frauen und ihren Bewegungen in den Vordergrund gestellt werden können? Im Zusammenhang damit hätte die revolutionäre Bewegung in Tunesien zentral sein können. Das WSF sollte doch für die sozialen Bewegungen im Austragungsland einen konkreten Beitrag leisten? Die Angereisten hätten sich in noch direkteren Aktionsformen für die Revolution in Tunesien einbringen können. Zum Beispiel hätte von der tunesischen Regierung die Aufklärung des Mordes am Oppositionsführer der tunesischen Volksfront Shukri Belaïd verlangt werden können.

Oder hätte die Solidarität mit den gewaltfreien und demokratischen Oppositionskräften in Syrien nicht mehr thematisiert werden können? Zwar gibt es viele Syrien-Veranstaltungen, doch angesichts der kritischen Lage und der menschlichen Tragödie ist es einfach zu wenig.

Kämpfe gegen ökologische Zerstörung

Die Kämpfe gegen die Ausbeutung und Zerstörung der Natur durch Großprojekte wie Talsperren, Minen, überdimensionierte Verkehrstrassen, Erdgas- und Ölbohrungen (inkl. sogenanntes Fracking), industrialisierte Landwirtschaft, intensivierte Fischerei usw. und damit auch gegen soziale Zerstörung sind auch ein wichtiges Thema. So wie auf den letzten Weltsozialforen die ökonomische Ausbeutung der Natur. Doch die Menschen in Tunesien und den umliegenden Staaten setzen sich erst seit wenigen Jahren damit auseinander. Das wird daran deutlich, dass in Workshops zu solchen Themen kaum TunesierInnen anwesend sind. So sind im Workshop zu Talsperren und Minen, an dem je ein Redner aus Türkisch-Kurdistan und dem Irak teilnimmt, gerade mal 2–3 Menschen aus Nordafrika zu sehen. Die Bemühung, mehrere ÄgypterInnen zu diesem Workshop zu bringen, schlägt fehl. Daraus kann geschlossen werden, dass leider immer noch nicht viele »RevolutionärInnen« aus Tunesien, Ägypten und Nordafrika kritisch mit Großprojekten umgehen. Es bleibt zu hoffen, dass sich das ändert.

Einen Hoffnungsschimmer gibt es im Workshop zu Fracking, an dem auch viele TunesierInnen aktiv teilnehmen. Doch herrscht Verwirrung bei den tunesischen TeilnehmerInnen, ob es denn in Tunesien nur konventionelle Erdgasbohrungen oder doch Fracking gibt. Wie auch immer, es wird le-



5 000 Unterschriften konnten für die Freiheit Öcalans und die politischen Gefangenen auf dem WSF gesammelt werden. Foto: Ayboğa

bendig diskutiert und bei mehreren AktivistInnen gibt es eine gewisse Sensibilisierung, was hoffen lässt. Vielleicht gehen sie und andere in Zukunft mit Talsperren in Tunesien und im Maghreb kritischer um.

Auch die eingangs genannte tunesische Journalistin hat Hoffnung in Bezug auf den Fortgang der Revolution. »Wir hoffen – da sind de facto alle JournalistInnen inbegriffen –, dass bei den nächsten Wahlen Ennahda weniger Stimmen haben wird. Denn die jetzige Praxis zeigt, dass sie keine wirkliche Alternative ist. Ihr geht es nur um Macht und ihr Klientel«, fährt sie fort. Doch ihre Stimme ist langsam geworden. Es ist zu erkennen, dass der erste Elan weg ist. Sie will trotz ihrer guten Ausbildung Tunesien nicht verlassen – wie viele andere auch. Sie wollen hier weiter kämpfen, obwohl die IslamistInnen auch Straßenterror zu verbreiten suchen. Das ist gut zu hören, da viele AktivistInnen manchmal zu schnell ihr Land verlassen, wenn die reaktionären Strömungen stark werden.

Kurdistan in Tunesien

Zwar sind nur knapp ein Dutzend kurdische AktivistInnen auf dem WSF anwesend, doch können sie so einiges an Aufmerksamkeit erreichen. Darin eingeschlossen sind nicht die etwa 10–12 KurdInnen aus Irakisch-Kurdistan, die im Namen ihrer Regierung gekommen und außer auf einem Workshop zum Halabja-Genozid und auf der Auftaktdemonstration de facto nicht präsent sind.

Die zwölf AktivistInnen ergreifen auf mehreren Veranstaltungen das Wort und bringen ihre Positionen zur Demokratisierung des Nahen Ostens zur Sprache. Den emanzipatorischen Freiheitskampf in allen Teilen Kurdistans betrachten sie als ein wichtiges Element, um die vier Besatzerstaaten Türkei, Iran, Irak und Syrien zu demokratisieren. Das liegt daran, dass die Freiheit Kurdistans von der grundlegenden Demokratisierung dieser autoritären Staaten abhängt.

Bei den kurdischen AktivistInnen sticht hervor, dass sie während der fünf Tage unermüdlich über 5 000 Unterschriften sammeln. Angesichts der mehr als 10 000 bis 15 000 aktiven TeilnehmerInnen ist das beachtlich. Sie stehen überall und fragen die Menschen nach ihrer Unterschrift für den inhaftierten PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan und alle politischen Gefangenen in türkischen Gefängnissen. Während die TunesierInnen und Menschen aus den südlichen Ländern schnell zum Stift greifen – sie haben fast alle von der Newroz-Erklärung Öcalans bzw. von seiner Lage gehört –, halten sich viele EuropäerInnen sehr zurück. Sie müssen genau lesen, was gefordert wird, sich mehr informieren und danach entscheiden. Einige sind ehrlich und sagen, dass sie Probleme mit Öcalan und der kurdischen Freiheitsbewegung hätten. Damit zeigen sie einmal ihre Arroganz, ihren Eurozentrismus und ihre Beeinflussbarkeit durch ihre »eigenen« Staaten und ihre bürgerlichen Medien. Da stellt sich die Frage, was sie denn auf dem WSF mit seinen offenen Ideen zu suchen haben.

Positiv ist hingegen, dass fast alle Mitglieder des Internationalen Rates (IC) des WSF eine Solidaritätserklärung für Yilmaz Orkan unterschrieben haben. Yilmaz Orkan vom Kurdish Network wurde auf dem Brüsseler Flughafen festgenommen, als er am 24.03.2013 ein Flugzeug zum WSF nehmen wollte. Der spanische Staat hat via Europol seine Auslieferung von Belgien gefordert. Hier ist anzumerken, dass Spanien seit Jahren gute Beziehungen zum türkischen Staat pflegt. Beide verbindet der angebliche »Kampf gegen den Terrorismus«. Yilmaz Orkan ist seit vielen Jahren beim WSF-Prozess dabei und ein bekannter internationaler Aktivist.

Wie weiter mit dem WSF?

Auch wenn das WSF in Tunis insgesamt positiv bewertet wird, geht die Diskussion im IC um die Zukunft des WSF-Prozesses weiter. Seit Jahren schwelt eine Struktur- und Sinnkrise. Denn das WSF hat seit langem eine wichtige Funktion erfüllt: den Austausch zwischen und die Vernetzung von diversen Bewegungen aus aller Welt. In den letzten zwölf Jahren sind eine Reihe internationaler Netzwerke und Bewegungen entstanden, so kamen z. B. die Bewegungen zu der Wasser- und der Landfrage, Nord-Süd-Beziehungen, Arbeitsbedingungen, Flucht und Schuldenstreichungen auch mit dem Zutun des WSF zusammen. Inzwischen ist es weltweit leichter geworden, dass andere neuere Bewegungen sich vernetzen und gemeinsam agieren. Sie nehmen aber das WSF kaum in Anspruch. Diese und andere weltweite Netzwerke und Bewegungen kommen seit Jahren regelmäßig zu verschiedenen Anlässen zusammen. Weiterhin wird das Format des WSF in Frage gestellt, weil Bewegungen aus einigen Teilen der Welt sich darin nicht so ganz wiederfinden. Die Idee eines Forums stammt von lateinamerikanischen und nördlichen Bewegungen und wird im Nahen Osten, in Teilen Afrikas und Asiens nicht so positiv gesehen. Vielleicht ist das eine Zeitfrage, aber kulturelle Barrieren könnten auch dahinterstecken. Das zeigte sich vor eineinhalb Jahren beim Mesopotamischen Sozialforum in Amed (Diyarbakır), als viele AktivistInnen immer wieder fragten, warum alles auf diese Weise organisiert wird. Viele Mitgliedsorganisationen des IC sehen weiterhin den Bedarf, dass sich aus dem IC eine neue weltweite politische Bewegung strukturiert. Das ist allerdings kritisch zu hinterfragen, solange zahlreiche wichtige AkteurInnen nicht eingebunden sind. ♦

Im Gedenken an Hevalên Sakine, Rojbîn, Ronahî, Amara, Nuda und Arjin ...

Die Amazonen von Mesopotamien

Dilar Dirik

Militärkultur geht Hand in Hand mit dem Patriarchat. Der nationale Dienst in Form von militärischer Aktion gewährleistet Männern in allen Arten von Gesellschaften traditionell einen Anspruch auf Staatsbürgerschaft erster Klasse. In Armeen auf der ganzen Welt wird der ideale Soldat an seiner Fähigkeit, nach sozial implementierten Konzepten aggressiver Männlichkeit zu streben, gemessen. Indem sie sich auf idealisierte Konzepte von Maskulinität und die Feminisierung von Schwäche beziehen, gewinnen Militärs psychische Bestätigung. Vergewaltigung und der sexuelle Missbrauch von Frauen werden oft als systematische Werkzeuge der Kriegsführung eingesetzt. Angriffe auf die Integrität von Frauen werden ausgeübt, um die eigene Macht über den Feind zu behaupten und ihn psychisch zu schwächen.

Das Patriarchat konstruiert Frauen als unterwürfige Teile des Eigentums, das Männer vor allem in Kriegszeiten schützen müssen. In den wenigen Fällen, in denen Frauen eine Rolle im Krieg spielen, werden sie erst für friedliche Versöhnungszwecke im Diskurs relevant, aber ihr Engagement wird nie als gleichermaßen bedeutsam oder aktiv wie das der Männer angesehen. Frauen, die zu Waffen greifen, um gegen das männerdominierte System zu kämpfen, werden als Bedrohung wahrgenommen. Und wenn Frauen aus traditionell konservativ-patriarchalischen Gesellschaften sich als aktive Kämpferinnen mobilisieren, werden die Dinge sogar noch interessanter ...

Die Bedeutung der Frau im Freiheitskampf wurde in der Ideologie der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) von Anfang an manifestiert. Anstatt sich als Nebenzweig der Partei-Ideologie zu entwickeln, ist die Befreiung der Frau immer ein zentraler Bestandteil in der Theorie und Praxis der PKK gewesen. Parteiführer Abdullah Öcalan bezeichnet die Versklavung von Frauen als den schlimmsten Zustand im Nahen Osten und behauptet, dass nationale Freiheit ohne die Befreiung der Frau nicht möglich sein wird. Die kurdische Frau ist doppelter Unterdrückung ausgesetzt: Das nationalistische, türkische System schließt sie in ethnischer Hinsicht aus, während die patriarchalischen Strukturen der Gesellschaft sie auf der Basis von Geschlechterdiskriminierung unterdrücken. Der türkische Feminismus ignorierte die spezifischen Bedürfnisse von kurdischen Frauen und betrachtete alle Frauen als Türkinnen, während kurdische Nationalbewegungen, die der PKK vorausgingen, sexistische Strukturen durchsetzten, die die Stimme der Frauen im nationalen Kampf verstummen ließen. Zudem sind kurdische Männer in einer besseren Lage, um am türkischen System teilzunehmen, während Frauen nicht die gleiche soziale Mobilität genießen und weiterhin ausgeschlossen bleiben. Die übergreifende Diskriminierung auf mehreren Ebenen ist vielleicht der Auslöser für das Freiheitsmanifest der kurdischen Frau.

Die Ideologie der PKK geht von einem prähistorischen Matriarchat in Mesopotamien aus, in dem die Menschen weitgehend Göttinnen verehrten, und in dem Frauen starke Führungsrollen in der Gesellschaft besetzten. Historische Quellen außerhalb der PKK-Ideologie geben ebenfalls an, dass kurdische Frauen schon immer emanzipierter als ihre arabischen, türkischen und persischen Nachbarinnen waren. Die Wiederherstellung der Autoritätsposition von Frauen ist der PKK

zufolge also eine Art Rückkehr zum Naturzustand. Frauen erhalten die gleiche Ausbildung und auch die gleichen Waffen wie die Männer, wenn sie sich den Parteireihen anschließen. Trotz des Widerstandes einiger feudalgesinnter Männer, die der Guerilla aus den ländlichen Dörfern in den 1980er Jahren beitraten und die einen starken Kontrast zu der ursprünglichen intellektuellen Konstellation der PKK bildeten, setzten sich die Guerilla-Frauen selbst dafür ein, dass das parteiliche Ideal auch Realität werde.

Heute begegnet die Bevölkerung den Frauen in der Guerilla mit großem Respekt; ihr Status als Kämpferinnen für nationale und geschlechtsspezifische Befreiung wird von vielen als ein revolutionärerer Schritt als der Kampf der kurdischen Männer angesehen. Unter dem Hohen Frauenrat KJB organisiert, stellt die PAJK (Partei der freien Frauen in Kurdistan) den unabhängig organisierten ideologischen Zweig der Frauen in der PKK dar und führt theoretische Diskussionen und Bildungsseminare zu Frauenfragen, im Rahmen des Faches »Jineologie« (kurd.: jin - Frau) durch, um Geschichte aus einer weibliche Perspektive zu betrachten. YJA Star (Union der Freien Frau) bildet die autonome militärische Organisation der Frauen in der PKK, um die militärische Unabhängigkeit von Frauen innerhalb der Partei zu etablieren – »Star« steht für die antike Göttin Ishtar.

Türkische Soldaten haben Guerilla-Kämpferinnen oft vorsätzlich angegriffen und missbraucht, gerade weil sie Frauen sind. Der bereits aggressive und traumatisierende Krieg erreicht noch eine weitere unerträgliche Dimension für türkische Männer, wenn sie mit der Bedrohung durch bewaffnete kurdische Frauen konfrontiert sind. »Während der offizielle Nationalismus die Männer als »Terroristen« bezeichnete, reduzierte seine patriarchalische Politik die Frauen zu »Prostituierten« (Mojab, 2001, S. 5). Die Vorstellung, dass Männer immer die Täter und Frauen immer Opfer sind, erlebt eine peinliche Herausforderung, wenn Frauen die Aggressorinnen sind, und verdeutlicht somit das sexualisierte Gesicht der Kriegsführung. Cynthia Enloe erklärt: »Männliche Krieger betrachten Amazonenfrauen als eine militärische Herausforderung und als eine sexuelle Herausforderung oder besser, als eine sexuelle Herausforderung, eben weil sie eine militärische Herausforderung darzustellen wagen.« (Enloe, 1988, S. 117)

Was bedeutet also das Auftreten von starken, kämpfenden Frauen, die aus einer traditionell konservativen, patriarchalischen Kultur stammen, für die Gesellschaft?

Was bedeutet also das Auftreten von starken, kämpfenden Frauen, die aus einer traditionell konservativen, patriarchalischen Kultur stammen, für die Gesellschaft?

Der radikale Bruch der Guerilla-Frauen mit Traditionen, die kurdische Frauen sonst in einem passiven Zustand halten, ist in vielerlei Hinsicht ein revolutionärer Schritt. Eine ehemalige Guerilla-Kämpferin, die Archäologie und Kunstgeschichte studiert hatte, bevor sie der PKK beitrat, erklärt: »Kurdische Frauen äußerten der PKK gegenüber von Anfang an einen positiven Reflex. Die Frauen erkennen, dass sie nicht vom nationalistischen und patriarchalischen System des türkischen Staates profitieren können. Sie haben durch ihn bereits alles verloren.« Durch die Kampfansage an das Patriarchat konnten sich die Guerilla-Frauen nicht nur in ihren militanten Reihen emanzipieren, sie üben außerdem einen weitgehenden Einfluss auf die allgemeine kurdische Bevölkerung aus.

Der Feminismus ist heute eine Voraussetzung im kurdischen Widerstand gegen Unterdrückung geworden: Mit der PKK verbundene Kreise dulden keine Gewalt an Frauen und sind aktiv im Kampf gegen Kinderheirat, Polygamie, häusliche Gewalt, Ehrenmorde und die Vergewaltigungskultur. Selbst Personen, die nicht einmal Sympathie mit der kurdischen Bewegung haben, gestehen sich ein, dass kurdische Frauen die lebendigsten Kämpferinnen gegen das Patriarchat sind. Der türkische Mediendiskurs charakterisiert Kurden oft als ein rückständiges Volk und erweckt den Anschein, dass Ehrenmorde beispielsweise explizite Ausdrücke der kurdischen Kultur sind – tatsächlich wurde aber durch die Arbeit der kurdischen Frauenbewegung die Gewalt gegen Frauen ins öffentliche Bewusstsein gebracht und die Zahl der Ehrenmorde gesenkt (Anja Flach, 2007, S. 40).

In der lokalen und nationalen Verwaltung gilt wie bei der KCK auch bei der prokurdischen Partei BDP in der Türkei eine Frauenquote von mindestens 40 Prozent, während gleichzeitig das Prinzip der Kopräsidentschaft einer Frau und einem Mann den Parteivorsitz zur Verfügung stellt. Die ersten Bilder der »Rojava-Revolte«, der Befreiung von kurdischen Städten in Westkurdistan (Syrisch-Kurdistan), zeigten bewaffnete Frauen. Derzeit sind Frauen ebenfalls Sinnbild der kurdischen Freiheit, während sie gegen von der Türkei finanzierte Krieger in Serê Kaniyê, Westkurdistan, kämpfen. Die Kopräsidentin der PYD (Partei der Demokratischen Einheit), der volksvertretenden kurdischen Partei in West-Kurdistan, Asya Abdullah, ist eine Frau, und vor ein paar Monaten entschied der kurdische Volksrat in Syrien, dass männliche Mitglieder des Rates keine zweite Frau heiraten dürfen, ohne vom Rat ausgeschlossen zu werden. Kinderheirat, Brauttausch und Brautpreise wurden ebenfalls verboten. Das Flüchtlingslager Maxmur (Südkurdis-

tan) schließt Männer, die ihre Frauen schlagen, aus dem Lager aus. Kurdische feministische Organisationen sind zudem sehr liberal bezüglich sonst tabuisierter Themen wie Verhütung und Rechten von LGBT (Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender).

Die vielleicht bemerkenswerteste Errungenschaft des Geschlechterdiskurses der PKK besteht in der Herausforderung des männlichen Privilegs, welches die Gesellschaft als selbstverständlich empfindet. Arwa Damon, eine CNN-Reporterin, die mit Guerilla-Kämpfern in den Qandil-Bergen sprach, behauptet, dass »Macho«, die größte Beleidigung für die männlichen Krieger ist, die »sanft, obwohl abgehärtete Kämpfer, sind« (Damon, 2008). Ein männlicher Guerillakämpfer erzählt: »Früher hatte ich einmal gesehen, wie Männer Brot backten. Darüber war ich damals schockiert. Männer, die ›Frauenarbeit‹ machten! Durch die PKK haben wir gelernt, dieses Tabu zu zerschmettern. Wir haben gelernt, unsere eigene Arbeit selber zu machen, für uns selber zu sorgen.« (Flach, 2007, S. 107) Anja Flach beschreibt weiterhin, dass in einigen Lagern der PKK Männer mehr Hausarbeit als Frauen erledigen mussten, damit Frauen sich auf ihre Ausbildung konzentrieren konnten und da diese in 5 000 Jahren Patriarchat sowieso die ganze Hausarbeit übernommen hatten.

Die progressive Gleichstellung der Geschlechter in der PKK fordert nicht nur die patriarchalischen Normen der kurdischen Gesellschaft heraus, sondern konstruiert ebenfalls eine Kritik an westlichen Formen des Feminismus.

Die progressive Gleichstellung der Geschlechter in der PKK fordert nicht nur die patriarchalischen Normen der kurdischen Gesellschaft heraus, sondern konstruiert ebenfalls eine Kritik an westlichen Formen des Feminismus. Das bourgeoise Verständnis von Feminismus im Sinne des typischen »Second Wave«-Feminismus, der sich ausschließlich auf das Patriarchat konzentriert, wird hinterfragt. Ein ganzheitliches Konzept der sozialen Gerechtigkeit, in dem alle Menschen in Demokratie, Harmonie mit der Natur und gleichmäßig verteilten Ressourcen leben, gilt als ein erstrebenswerteres Ziel für die Frauen und Männer in der PKK. Es ist daher auffallend, aber nicht überraschend, dass Frauen aus allen möglichen sozialen Schichten und Hintergründen, einschließlich Türkinnen, Araberinnen, Deutschen, Italienerinnen, Russinnen, Französinnen und vielen mehr, sich der PKK anschließen. Viele außenstehende Beobachter sind zudem oft von der Weiblichkeit der Kämpferinnen in der PKK überrascht. Die Erwartung von kämpfenden Frauen enthält oft die Vorstellung von vermännlichten Frauen, aber eines der wichtigsten Ziele der PAJK ist es, voreingestellte Konzepte von Weiblichkeit und Männlichkeit abzulehnen, um eine freie Selbstbestimmung zu schaffen.

Am 9. Januar 2013 wurden drei Frauen, Sakine Cansız, Fidan Doğan (Rojbîn) und Leyla Şaylemez, revolutionäre Aktivistinnen der kurdischen Freiheitsbewegung und der Frauenbewegung, kaltblütig in Paris ermordet. Sakine Cansız wurde bereits im türkischen Gefängnis sexualisierter Folter ausgesetzt: Ihre Brust wurde verstümmelt. Die Hinrichtung von großen Persönlichkeiten wie Sakine Cansız, ein Symbol für das feministische Gesicht der kurdischen Freiheit, ist nicht nur ein hinterhältiger Angriff auf den kurdischen Freiheitskampf, sondern auch ein widerwärtiger patriarchalischer Mord, um die freie, unabhängige kurdische Frau zu töten: Feminizid. Allerdings zeigen die große Trauer und die Wut über diesen Verlust für die Menschheit, dass die kurdische Frau eine Revolution im Bewusstsein ihrer Kultur versinnbildlicht, und dass die Ermordung dieser bewundernswerten Frauen den Kampf der kurdischen Frau und der kurdischen Freiheitsbewegung nur verstärken wird.

Die manipulative Art und Weise, wie die Frauen in der kurdischen Guerilla zurzeit von den Medien dargestellt werden, ist verstörend. Die Existenz von Frauen als Guerillakämpferinnen ist eine natürliche Realität des Lebens, mit der das heutige kurdische Volk aufgewachsen ist. Jedoch wird sich die Welt erst jetzt über die starke Rolle von Frauen in der kurdischen Befreiungsbewegung bewusst. Mit Schmerzen bedauern wir, dass diese plötzliche Erkenntnis erst nach den Morden an unseren drei kostbaren Freundinnen in Paris zustande gekommen ist. Die meisten Artikel, die sich nun mit den Guerillakämpferinnen befassen, sind sehr vereinfachte, engstirnige und orientalistische Schriften, die die Frauen als Mittel zum Zweck für den Kampf des Mannes verstehen. Anstatt zu versuchen, die kulturelle Revolution, die die hoch angesehenen Guerilla-Frauen in einer ansonsten feudalen, patriarchalischen Gesellschaft erzeugen, zu verstehen, fallen viele Reporter auf die üblichen abgenutzten Kategorien von »unterdrückten Frauen« und »Terroristen« herein und beziehen sich auf die gleichen ein oder zwei veralteten türkischen Quellen. Die Behauptung, dass sich Frauen der Guerilla nur anschließen, um einem opferhaften Leben voller Ehrenmorde und Kinderheirat zu entkommen, ist eine große Verzerrung der Tatsachen. Beispielsweise stehen die Eltern der drei Frauen, die hinterhältig in Paris ermordet worden sind, voll hinter ihren Töchtern. Ihre Familien sind stolz auf die Frauen und ihren Kampf. Keine von ihnen ist dem starren Konzept des armen, verwirrten Opfers, das orientalistische Ansichten der politischen kurdischen Frau aufzwingen möchten, entsprungen.

Viele Guerilla-Frauen sind Hochschulabsolventinnen, viele Frauen treten der Partei aus Europa bei – im Moment schließen sich arabische Frauen den kurdischen YPG-Einheiten in Westkurdistan und dem restlichen Syrien an. Die überwiegende Mehrheit der kurdischen Frauen tritt der Guerilla aus Überzeugung bei, motiviert vom Wunsch, gegen Unterdrückung zu kämpfen. Natürlich gibt es Mädchen und Frauen, die in die Berge gehen, weil sie zu Hause kein selbstbestimmtes Leben führen können. Aber warum fragen die Medien in diesen Fällen nicht, warum diese Frauen der Freiheit, die sie in ihrem zivilen Leben nicht finden, in der Guerilla begegnen? Außerdem muss man sich fragen, mit welchen problematischen sozioökonomischen und politischen Faktoren der türkische Staat dazu beigetragen hat, dass eine Frau sich dazu veranlasst fühlt, sich zwischen ihrem bürgerlichen Leben in Unterdrückung oder dem Leben als Guerillakämpferin entscheiden zu müssen! Frauen in der PKK sind einige der selbstbewusstesten und aktivsten Persönlichkeiten, denen man begegnen kann. Aus diesem Grund sind schmerzlich vereinfachte und verzerrte Artikulationen eines so komplexen Themas wirklich erschütternd. Auf alte türkische Staatspropaganda, die Frauen in der Guerilla als Prostituierte, verwirrte Opfer oder einfache Rekrutinnen bezeichnet hat, hereinzufallen, ist das schlimmste journalistische Vergehen, das ich mir vorstellen kann.

Unabhängig von Geschlecht, politischen Loyalitäten oder ethnischer Herkunft ist es unbestreitbar, dass die Guerilla-Kämpferinnen der PKK revolutionäre Frauen sind, die einen Kampf an zwei Fronten führen: einen für den nationalen Widerstand und einen für die Befreiung vom Patriarchat. Diese Frauen zwingen die patriarchalische Gesellschaft zur Einsicht, dass Frauen alles tun und sein können, und drängen somit die breitere Gemeinschaft, ihren Sexismus abzulegen und die Gleichstellung der Geschlechter als eine natürliche Tatsache zu akzeptieren. Wie Arshem Kurman erklärt: »Wenn eine Frau ihr Haus verlässt und ein Gewehr in die Hand nimmt, ist das keine Kleinigkeit – das ist eine soziale Revolution.« (AFP, 2006) Den Frauen in der PKK ist es gelungen, sich von ihrer passiven, objektivierten Rolle der Schweigsamen zu lösen und sich als autonome politische Akteurinnen zu etablieren. Die Authentizität der Gleichberechtigung der Geschlechter in der PKK manifestiert sich in ihrer Ideologie und organisatorischer Praxis. Wären Frauen nur in der Ideologie als gleichberechtigt begriffen worden, ohne gleichermaßen am Krieg teilzuhaben, oder wären Frauen nur bewaffnet worden, ohne sich theoretisch mit dem Patriarchat, männlichen Privilegien, Frauenfeindlichkeit und Sexismus auseinanderzusetzen, wäre das Paradigma der Gleichstellung der Geschlechter ein bloßes Lippenbekenntnis.

In jedem Fall ist der Aktivismus von Frauen in der PKK, diesen Amazonen von Mesopotamien, die bewusst aus einer Sackgasse der Unterdrückung getreten sind, um Akteurinnen für ihre eigene Autonomie zu werden und für die Gleichstellung der Geschlechter und für ihre nationale Befreiung zu kämpfen, ein Zeichen für eine radikale gesellschaftliche Herausforderung. Erst mit der gleichberechtigten Teilnahme von Frauen wird die nationale Befreiung möglich sein. Die Guerillakämpferinnen in den Bergen von Kurdistan bilden somit eine Avantgarde für eine freie Gesellschaft. ♦

Den Frauen in der PKK ist es gelungen, sich von ihrer passiven, objektivierten Rolle der Schweigsamen zu lösen und sich als autonome politische Akteurinnen zu etablieren. Die Authentizität der Gleichberechtigung der Geschlechter in der PKK manifestiert sich in ihrer Ideologie und organisatorischer Praxis.

Quellen:

Damon, Arwa, 2008, Female fighters: We won't stand for male dominance. Available from: CNN Online http://articles.cnn.com/2008-10-06/world/iraq.pkk_1_turkish-troops-pkk-positions-turkish-forces?_s=PM:WORLD.

Enloe, Cynthia H., 1988, Does Khaki become you? The Militarization of Women's Lives (London: Pandora).

Flach, Anja, 2007, Frauen in der kurdischen Guerilla: Motivation, Identität und Geschlechterverhältnis in der Frauenarmee der PKK (Köln: PapyRossa).

Mojab, Shahrzad (ed.), 2001, Women of a Non-State Nation: The Kurds (Costa Mesa: Mazda Publishers).

Dilar Dirik, geboren 1991, hat Geschichts- und Politikwissenschaften studiert und den Master in Internationalen Studien. Das Thema ihrer Masterarbeit lautet »Die Rolle der Frau in der Ideologie und Organisation der PKK«. Sie schreibt regelmäßig für die »Kurdistan Tribune« und »Your Middle East«. Auf ihrem Blog »Peace in, peace out« finden sich weitere Texte: http://dilar91.blogspot.co.uk/

Den Nurhaq-Bergen ist eine Blüte entsprossen



Ihr Name war **Fidan Doğan**. Am 17. Januar 1982 öffnete sie der Welt ihre strahlenden Augen.

Als Drittgeborene von fünf Geschwistern kam sie als Tochter von Sevim und Hasan im Dorf Mole Button in Elbistan auf die Welt.

Bis zum Alter von sieben Jahren erlebte sie das gesegnete und kostbare Leben des Dorfes und führte anschließend ihren Lebensweg in Europa fort.

Ihre Familie ließ sich im Jahre 1989 in der französischen Stadt Lyon als Arbeiterfamilie nieder. Bekannt für ihre herausragenden schulischen Leistungen, wurde Fidan von ihren Lehrern und ihrem Umfeld sehr geliebt. Sie nahm sich zum Ziel, Wissenschaften zu studieren. Fidan, die sich besonders stark durch ihre Menschlichkeit auszeichnete, strahlte stets mit ihrer Selbstlosigkeit, Hilfsbereitschaft und unerschöpflichen Aufopferung und Mühe für ihre Mitmenschen. Sie lieh allen ein Ohr und verpflichtete sich gewissenhaft für jede Hand, die sich nach ihr ausstreckte. Allerdings sah sie bald ein, dass das Retten von Menschenleben nicht ausreichte, um das unantastbare Recht auf Leben zu sichern.

Ihre vergangene kulturelle Begegnung mit ihrer kurdischen Identität erfüllte sie nicht mehr. Sie wollte endlich das Wesen ihrer Existenz wiederfinden. In ihr entstand der Drang nach Vervollständigung, denn sie verstand ihre kurdische Identität nicht als eine bloße gesellschaftliche Zusammengehörigkeit, sondern als eine politische Identität, die mit einem Kampf verbunden ist. Von diesem Zeitpunkt an war für sie nicht das Retten von Leben, sondern die emanzipierte Beteiligung am Aufbau einer freien Gesellschaft unvermeidlich.

Am 15. Februar 1999 spürte sie im Angesicht der internationalen Verschwörung gegen Abdullah Öcalan die brennende Notwendigkeit, sich aktiv am Befreiungskampf zu beteiligen, und schloss sich der Politik an.

Ihre reife Persönlichkeit, die ihr trotz ihres jungen Alters einen starken Charakter und großartige Prinzipien verlieh, ihre Disziplin gegenüber dem revolutionären Dasein und ihre selbstbewusste Haltung trugen dazu bei, dass sie große Verantwortung in der kurdischen Befreiungsbewegung übernahm. Ihre Entschlossenheit, ihre Begeisterung am Leben und ihre entschiedene Einstellung leisteten einen großen Beitrag zu unserer Außenpolitik. Sie wurde zu einer Brücke zwischen der kurdischen Kultur und anderen westlichen Kulturen und Ländern der Welt.

Unsere junge Diplomatin begeisterte kurdische Jugendliche in ihrem Umkreis und setzte sich in vielen Orten und Regionen dafür ein, die neue Generation in die politische und soziale Arbeit zu integrieren. Sie knüpfte viele europäische Freundschaften und machte sie mit der Situation des kurdischen Volkes vertraut. Fidan veranlasste die Menschen, die Probleme der KurdInnen auch als ihre Angelegenheit zu betrachten, errichtete Koordinierungen und übertrug ihnen Verantwortung.

Heute hinterlässt die lächelnde zarte Fidan aus den Nurhaq Bergen Spuren in den Herzen ihrer FreundInnen, GenossInnen und ihres Volkes …

Der Tag bricht an, Rojbîn kommt ...

Wir lieben Dich sehr, Rojbîn, unsere Weggefährtin. Wir verabschieden uns nicht, denn Dein Lächeln ist in den Herzen von Hunderttausenden versiegelt.

Der Tag bricht an, Rojbîn kommt ...

Die Saat des Nurhaq vermehrt sich. Neue Fidans blühen auf …

Nursel Kılıç

Buchvorstellung und Betrachtungen zur Umsetzbarkeit

Die »Roadmap« von Abdullah Öcalan ebnet den Weg zur Lösung des türkisch-kurdischen Konflikts

Elmar Millich

Nach dem Friedensaufruf von Abdullah Öcalan zum kurdischen Neujahrsfest Newroz am 21. März und den bislang positiven Reaktionen der türkischen Regierung darauf ist ein jüngst ins Deutsche übersetzte Buch in den Fokus der Öffentlichkeit getreten: die sogenannte »Roadmap«, in der Öcalan seine Vorstellungen von der Lösung des langjährigen türkisch-kurdischen Konflikts ausführlich darstellt. Die Roadmap entstand als Ergebnis eines 2009 begonnenen Dialogprozesses zwischen Öcalan und Vertretern des türkischen Staates auf der Gefängnisinsel Imralı. Dieser Dialogprozess wurde von Seiten der Türkei Mitte 2011 abgebrochen und Öcalans Ausführungen wurden 18 Monate unter Verschluss gehalten. Nachdem nun der hoffentlich letzte Versuch der AKP-Regierung gescheitert ist, den kurdischen Konflikt durch Liquidierung der PKK militärisch zu lösen, bildet die Roadmap die Agenda der kurdischen Seite für die angehenden Verhandlungen.

Als Voraussetzung für eine Lösung des Konflikts sieht Öcalan eine ausführliche Aufarbeitung der Geschichte Anatoliens und Mesopotamiens. Die entsprechenden Kapitel nehmen den größten Raum ein, sind aber im Gegensatz zu seinen früheren Ausführungen wie etwa in »Gilgameschs Erben«[1] mit einer klaren politischen und diplomatischen Stoßrichtung versehen. Öcalan möchte einen neuen Diskurs setzen, der es den Konfliktpartnern erlaubt, aufeinander zuzugehen, ohne nach außen ihr Gesicht zu verlieren. Eine wichtige Rolle spielt die Interpretation der Gründung der türkischen Republik 1923. Zuvor hatten Kurden und Türken gemeinsam die ausländischen Besatzungsmächte zurückgedrängt, die sich nach dem 1. Weltkrieg das Osmanische Reich aufgeteilt hatten. Öcalan betont, dass die erste Verfassung und Republikgründer Mustafa Kemal keineswegs antikurdisch eingestellt gewesen, sondern erst in den folgenden Jahren auf Betreiben ausländischer Mächte Kurden, dem Islam verbundene Kräfte und Sozialisten an den Rand gedrängt worden seien. Die positive Bezugnahme auf Mustafa Kemal zielt darauf, die zwar geschwächten, aber immer noch stark vorhandenen kemalistischen Kräfte in der Türkei für einen Lösungsansatz zu gewinnen und quasi wieder an 1923 anzuknüpfen, bevor der Bruch entstand:

»Es hat den Anschein, als fände (aktuell) eine Rückkehr in die interessante historische Phase der Jahre 1920–25 statt, doch es scheint, als würden diesmal die alliierten Gründer nicht unterdrückt, sondern als seien sie aufgerufen, die demokratische Republik, deren Aufbau damals nicht gelang, nun von Neuem zu errichten. Wenn wir das dünne Band zwischen Gestern und Heute und die Wiederkehr der Geschichte auf diese Weise interpretieren, können wir das Geschehen besser begreifen und erhalten die Chance, nun die historischen Rollen auszufüllen.«

Auch die AKP-nahen islamischen Kräfte werden mit Verweis auf das über 1000-jährige friedliche Zusammenleben von Kur-

1) Buchform seiner Eingabe im Beschwerdeverfahren vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte; Veröffentlichung auf Türkisch 2001, auf Deutsch 2003.

den und Türken unter dem Dach des Islams angesprochen, um sie mit ins Boot zu holen:

»Die Republik besitzt das Potenzial, ein eigenes Demokratiemodell zu schaffen. Wenn sie das reiche Erbe früherer Zivilisationen antritt und sich der tausendjährigen Geschwisterlichkeit und dem Geist der Einheit der umma[2] würdig erweist, wird sie nicht nur ihr eigenes Modell präsentieren, sondern sogar zum Vorbild der unglücklichen Völker der Region.«

Dies erscheint pikant, da es gerade das Konzept der AKP war, den kurdischen Konflikt unter Verweis auf die allgemeine islamische Brüderlichkeit zu ignorieren. Öcalan knüpft daran an, aber unter völlig anderen Voraussetzungen, die in den weiteren Kapiteln erläutert werden.

Eine demokratische Türkei eröffnet den Weg zur Lösung

Bezüglich denkbarer weiterer Entwicklungen werden in der Roadmap drei prinzipielle Möglichkeiten aufgezeigt:

Die bislang in allen vier Teilen Kurdistans betriebene »eliminatorische« Lösung, die auf Assimilation, Unterdrückung und Vernichtung setzte, scheint endgültig gescheitert zu sein. Die kurdische Autonomieregion im Nordirak hat bereits eine Quasi-Staatlichkeit. Auch die aktuellen Entwicklungen in den kurdischen Gebieten Syriens lassen bei aller Unsicherheit keinen Rückfall auf den alten Status quo zu, sind aber aufgrund der bereits 2009 fertiggestellten Roadmap noch nicht berücksichtigt. Die Abkehr von einer rein auf Gewalt setzenden Lösung für die Türkei sieht Öcalan in den Ende 2007 erfolgten Gesprächen zwischen dem türkischen Ministerpräsidenten Erdoğan und dem damaligen US-Präsidenten Bush. Als Ergebnis begannen zum einen die Ergenekon-Verfahren, die Öcalan als Liquidierung der türkischen Gladio-Strukturen interpretiert, die im Hintergrund alle demokratischen Entwicklungen in der Türkei zu sabotieren versucht hatten. Zum anderen nahm die türkische Regierung auf Druck der USA positive Kontakte zur kurdischen Autonomieregierung im Nordirak auf und erkannte somit die Existenz der Kurden als eigenständige politische Kraft an.

Die Analyse einer »föderalen« Lösung untersucht die nach wie vor von vielen Kurden angestrebte Eigenstaatlichkeit am Beispiel der kurdischen Autonomieregion im Nordirak. Nachdem in den 1980ern unter Saddam Hussein über hunderttausend Kurden im Rahmen der Anfal-Operationen und des Giftgaseinsatzes von Halabja im Irak ermordet worden waren, scheint der Wunsch nach einem eigenen kurdischen Staat zum Schutz der Bevölkerung nachvollziehbar. Öcalan sieht allerdings hauptsächlich die hegemonialen westlichen Kräfte als Motor unabhängiger kurdischer Kleinstaaten im Mittleren Osten, die hier ihre Politik des »Teilen und Herrschen« wie bei der Aufteilung des Osmanischen Reiches wiederholen wollen. Auf kurdischer Seite ist es vor allem die lokale Bourgeoisie, die von dem neuen Status profitiert und weniger die Bevölkerung. Die aktuellen Konflikte um die umstrittene Provinz Kerkuk zeigen zudem, dass auf den Nationalismus setzende Lösungen schnell zu neuen Kriegshandlungen und Blutvergießen führen können.

Öcalan formuliert seinen Lösungsvorschlag unter dem Begriff »demokratische Nation«. Eine ausführliche Beschreibung würde den Rahmen einer Rezension sprengen, daher im Folgenden nur die wesentlichen Grundzüge: Die Lösung des kurdischen Konflikts kann nur im Rahmen einer radikalen Demokratisierung der Türkei erfolgen. Die demokratische Nation gründet sich nicht auf der Vorstellung von einem bezüglich Ethnizität, Religion und Sprache einheitlichen Volk, sondern respektiert alle kulturellen Identitäten der auf dem Staatsgebiet lebenden Bevölkerung. Dies muss sich auch in einer neuen Verfassung ausdrücken, die nicht wie bisher den Staat vor den Bürgern schützt, sondern umgekehrt. Doch Öcalans Vorstellungen gehen über die rechtsstaatlich verfasste bürgerliche Demokratie hinaus. Unter dem Begriff Demokratischer Konföderalismus sollen parallel zu den staatlichen Institutionen als KCK[3] bezeichnete basisdemokratische Strukturen aufgebaut werden, die das alltägliche Leben der Bevölkerung regeln. Wichtig ist hier, dass nicht nur individuelle Rechte des Einzelnen, sondern auch kollektive Rechte der verschiedenen Bevölkerungsgruppen wie etwa Frauen, Jugend, aber auch der verschiedenen Ethnien und Religionsgemeinschaften festgeschrieben werden, in die der Staat nicht hineinzuregieren hat.

Zur konkreten Umsetzung schlägt Öcalan drei Lösungsschritte vor: Die erste Phase bestünde darin, dass die PKK eine dauerhafte Waffenruhe erklärt und alle Seiten Provokationen – auch verbaler Natur – unterlassen. Dies ist durch den Aufruf Öcalans am 21. März und die darauf folgende positive Erklärung von KCK, PKK und HPG bereits im Wesentlichen erfolgt. In einer zweiten Phase soll eine Wahrheits- und Versöhnungskommission gebildet werden. Deren Aufgabe ist es, die Voraussetzungen für einen Rückzug der Guerilla vom Territorium der Türkei und eine Amnestie der PKK-Gefangenen[4] zu schaffen. In einer letzten Phase sollen die verfassungsmäßigen Grundlagen für eine demokratische Türkei im obigen

2) umma: Gemeinschaft der Muslime

3) KCK: Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans

4) Die Problematik Tausender politischer Gefangener im Rahmen der KCK-Verfahren bestand zum Zeitpunkt der Fertigstellung der Roadmap in dieser Form noch nicht.

Sinne geschaffen und damit der türkisch-kurdische Konflikt endgültig beigelegt werden.

Um die Erfolgschancen von Öcalans Roadmap zu bewerten, ist es sinnvoll, sich Beispiele von zurückliegenden erfolgreichen Konfliktlösungen in anderen Ländern anzuschauen. Hier lassen sich zwei Modelle unterscheiden: Im ersten werden die Konflikte zuerst institutionell geregelt, um weiteres Blutvergießen zu stoppen. Die Aussöhnung der verfeindeten Bevölkerungsgruppen soll dann mehr oder weniger im Lauf der Zeit erfolgen. Beispiele hierfür sind etwa Nordirland und Bosnien. Als institutionelle Instrumente dienen in der Regel föderale Strukturen (Bosnien), Allparteienregierungen (Nordirland) oder eine paritätische Aufteilung der wichtigsten Staatsämter auf die Bevölkerungsgruppen (Irak). Im anderen – selteneren – Modell geht die Aussöhnung zumindest partiell den institutionellen Änderungen voraus, wie etwa im Fall der Überwindung des Apartheidregimes in Südafrika. Die Roadmap Öcalans folgt hauptsächlich dem zweiten Ansatz der Aussöhnung zwischen Türken und Kurden und lehnt insbesondere das Konzept der ethnischen Machtbalance innerhalb staatlicher Strukturen ab:

»Ziel von demokratischen Lösungen kann es auch nicht sein, Macht oder staatliche Ressourcen zu teilen. Sich an den Staat zu krallen, einen Block des Staates darzustellen, kommt für uns als Ziel für eine demokratische Lösung nicht infrage.«

Ebenso wenig werden föderale Strukturen im klassischen Sinne wie etwa in Hinblick auf die kurdischen Autonomiegebiete im Irak angestrebt: *»Demokratischer Konföderalismus ist nicht gleichzusetzen mit staatlichem Föderalismus oder Konföderalismus. Es handelt sich um verschiedene Dinge.«*

Die Chance ist da, nun muss sie umgesetzt werden

Zu einer friedlichen Lösung gehören bekanntlich immer zwei, wie ist also die Haltung der AKP-Regierung einzuschätzen? Ministerpräsident Erdoğan macht keinen Hehl daraus, dass es ihm hauptsächlich darum geht, dass sich die Guerilla-Verbände der PKK vom Territorium der Türkei zurückziehen. Dagegen ist nichts zu sagen, insofern die Armee den aktuell einseitigen Waffenstillstand respektiert und die Bombardierung der Kandil-Gebiete einstellt. Damit wäre das Blutvergießen gestoppt als unerlässliche Voraussetzung für die Annäherung von türkischer und kurdischer Bevölkerung. Zumindest gibt es bislang offizielle Zusagen, die Guerilla bei ihrem Rückzug aus der Türkei nicht anzugreifen. Es besteht allerdings die Gefahr, dass nach dem Rückzug der bewaffneten Kräfte in den Irak die Regierung in die gleiche Lethargie verfällt wie in der Zeit nach dem Jahr 1999, als diese Situation schon einmal bestand. Ministerpräsident Erdoğan meinte einmal sinngemäß, es gäbe kein Kurdenproblem, wenn niemand an ein Kurdenproblem denke. Eine vertrauensbildende Lösung könnte darstellen, dass sich die türkische Regierung öffentlich zu einem gemeinsamen Eckpunkteplan bekennt, den türkisch-kurdischen Konflikt endgültig beizulegen, und möglicherweise auch das Parlament mit einbezogen wird, wie aktuell von kurdischer Seite gefordert. Die Einbeziehung internationaler Vermittler scheint im Augenblick eher kontraproduktiv, da sie den türkischen Nationalisten in die Hände spielen würde.

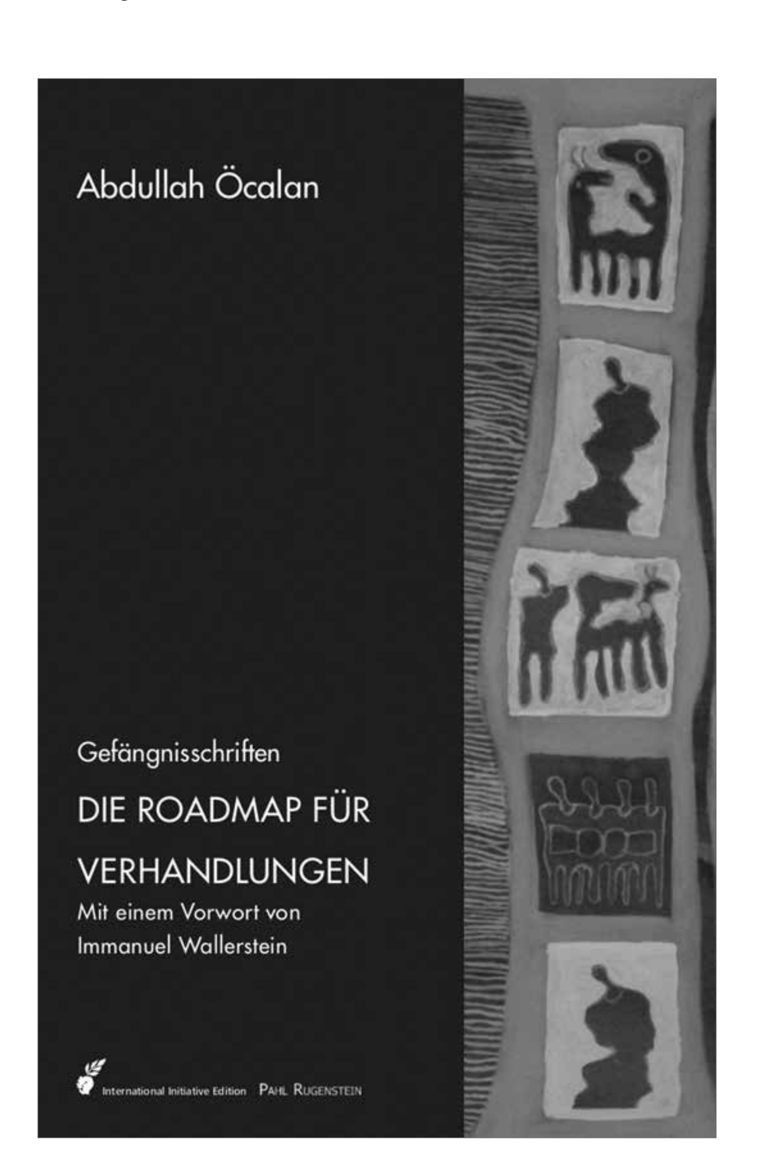
Bezüglich der in der Roadmap vorgeschlagenen Einrichtung einer Versöhnungskommission scheint es auch hier Bewegung in der türkischen Regierung zu geben. Es gibt das Projekt eines aus etwa sechzig Personen bestehenden »Kommission der Weisen«[5], deren Kompetenzen und Aufgaben allerdings bislang völlig unklar sind.

Viele Unsicherheiten kreisen zurzeit auch um das Thema Verfassungsänderung. Schon länger hat die AKP-Regierung ihre Absicht geäußert, in der laufenden Legislaturperiode die Türkei in eine Präsidialdemokratie umzuwandeln, allerdings fehlt ihr im Parlament die dazu notwendige Zweidrittelmehrheit. Ein Hauptanliegen der kurdischen Bewegung ist es hingegen, dass in einer Art Präambel die verschiedenen Volks- und Religionsgruppen sowie Sprachgemeinschaften als gleichberechtigte Bestandteile des türkischen Staates genannt werden im Sinne der »demokratischen Nation«. In der türkischen Presse gibt es Spekulationen, dass sich zu diesem Zweck die Abgeordneten der AKP und der kurdischen BDP zur notwendigen Zweidrittelmehrheit zusammenschließen könnten, um ihre jeweiligen Teilinteressen umzusetzen. Dies wäre aber nach meiner persönlichen Einschätzung ein fataler Weg, weil in einem rein taktischen Machtpoker die durch die CHP im Parlament vertretenen kemalistischen Bevölkerungsteile ausgeschlossen werden würden. Ein solches Vorgehen stünde im kompletten Gegensatz zum Geist der von Öcalan vorgelegten Roadmap. Zudem ginge eine Präsidialdemokratie mit einer noch stärkeren Zentralisierung der Macht in die völlig falsche Richtung. Im Gegensatz zu diesen zentralistischen Bestrebungen der AKP gibt es gegenteilige kurdische Forderungen, die Macht zu dezentralisieren, indem die Türkei in Regionen mit gewissen Selbstverwaltungsrechten aufgeteilt werden würde. Dies stünde nicht im Widerspruch zur oben zitierten Absage Öcalans an staatlichen Föderalismus. Öcalan kritisiert eine Vorstellung von Föderalismus, der die Bevölkerungsgruppen auf nationalistischer Basis voneinander trennt, während Regionalität ein Hauptanliegen des Demokratischen Konföderalismus darstellt. Ein solcher Ansatz wäre sicherlich wünschenswert, weil er eine legale Möglichkeit böte, in den kurdischen Regionen eigene Sicherheitskräfte zu unterhalten anstatt der aktuellen

5) Ob da auch Frauen zugelassen sind, entzieht sich der Kenntnis des Autors.

bei der Bevölkerung verhassten Aufstandsbekämpfungstruppen. Auch könnten durch verankerte Einspruchsrechte bislang von der Zentralregierung vorangetriebene ökologisch katastrophale Projekte wie etwa Staudammbauten verhindert und gestoppt werden. Die dafür notwendigen Verfassungsänderungen würden allerdings einen starken Bruch mit dem bisherigen türkischen Staatsverständnis darstellen, so dass es fraglich ist, ob die türkische Bevölkerung insgesamt in absehbarer Zeit bereit sein wird, eine solche radikale Veränderung mitzutragen. Als Kompromiss scheint es bei der türkischen Regierung die Bereitschaft zu geben, die Rechte der Kommunalverwaltungen aufzuwerten. Auch dies würde für die kurdischen Regionen bereits einen großen Fortschritt bedeuten und wäre sowohl verwaltungstechnisch einfacher umzusetzen als auch bei dem nationalistisch eingestellten Teil der türkischen Bevölkerung mit wenigen Emotionen verbunden.

Eine zentrale Forderung der Roadmap, die Parallelität von staatlichen Institutionen und als KCK bezeichneten basisdemokratischen Strukturen, bildet Neuland. Hier gibt es auch international allenfalls in Venezuela erste Erfahrungen. Der begonnene Aufbau basisdemokratischer Strukturen in Kurdistan wurde seit 2009 von der AKP-Regierung gnadenlos verfolgt. Bis zu 10 000 BDP-Mitglieder, Menschenrechts- und Umweltaktivisten, Journalisten, Anwälte und Gewerkschaftsmitglieder sitzen zurzeit aufgrund angeblicher Mitgliedschaft in KCK-Strukturen im Gefängnis. Ihre schnellstmögliche Freilassung bleibt der zentrale Punkt, an dem die türkische Regierung beweisen muss, dass es ihr diesmal mit der friedlichen Lösung des kurdisch-türkischen Konflikts ernst ist. ♦



DIE ROADMAP FÜR VERHANDLUNGEN
Gefängnisschriften
Abdullah Öcalan
Originaltitel: Türkiye'de Demokratikleşme Sorunları, Kürdistan'da Çözüm Modellerı (Yol Haritası)
INTERNATIONAL INITIATIVE EDITION, Köln / PAHL-RUGENSTEIN VERLAG, Bonn
ISBN 9783891444603 Hardcover
ISBN 9783891444610 Paperback
Preis: 9,90 € Paperback. 14,90 € Hardcover
Erscheinungsdatum: März 2013
146 Seiten im Format 200x130mm

Belgien

KNK - Kurdistan National Kongress | Zentrale
41 Rue Jean Stas
1060 Brüssel
Tel: (32) 2 647 30 84
E-Mail: knk@kongrakurdistan.com

KON-KURD
41 Rue Jean Stas
1060 Brüssel
Tel: (32) 2 647 99 53
E-Mail: info@kon-kurd.org

Deutschland

Civaka Azad | Kurdisches Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit e.V.
Bornheimer Landstraße 48
60316 Frankfurt a. M.
Telefon: 069/84772084
E-Mail: info@civaka-azad.org
http://civaka-azad.org/

Ceni | Kurdisches Frauenbüro für Frieden
Corneliusstr. 125
40215 Düsseldorf
Tel: (49) 211 - 5989251
E-Mail: ceni_frauen@gmx.de

YEK-KOM
Graf-Adolf-Str. 70a
40210 Düsseldorf
Tel: (49) 211 - 17 11 451
E-Mail: yekkom@gmx.net
http://www.yekkom.com/

Internationale Initiative Freiheit für Abdullah Öcalan – Frieden in Kurdistan
Postfach 100511, D-50445 Köln
Tel: (49) 221 130 15 59
E-Mail: info@freedom-for-ocalan.com
http://www.freedom-for-ocalan.com

ISKU | Informationsstelle Kurdistan e.V. Büro für Internet und Öffentlichkeitsarbeit
Spaldingstr. 130–136; 20097 Hamburg,
Tel: 040 / 42102845
E-Mail: isku@nadir.org
http://isku.org

Kurd-Akad. | Netzwerk kurdischer AkademikerInnen e.V.
Postfach 102801, 44028 Dortmund
E-Mail: info@kurd-akad.com
http://www.kurd-akad.com

Österreich

FEY-KOM
Jurekgasse 26
1050 Wien
Tel: (43) 1 - 9718824
E-Mail: info@feykom.at

Italien

Ufficio d´Informazione del Kurdistan in Italia UIKI-Onlus
Via Gregorio VII 278, int. 18, 00165 Roma
Tel: (39) 06 - 636892
E-Mail: uiki.onlus@fastwebnet.it
http://www.uikionlus.com

Frankreich

Centre d'Information du Kurdistan
147 Rue Lafayette; 75010 Paris
Tel: (33) 1 42 81 22 71
E-Mail: knkparis@wanadoo.fr

Schweiz

KURD-CHR
15 rues des Savoises
1205 Genevre
Tel: (41) 22 32 81 984
E-Mail: kurd-chr@freesurf.ch

Niederlande

FED-KOM
Sloterkade 10
1058 HD Amsterdam NL
Tel: (31) 20 - 61 41 816
E-Mail: fedko@dds.nl
http://www.fedkom.nl

Dänemark

FEY-KURD
Victoriagade 16 c, 2 Sal, 1655 Kobenhavn
Tel: (45) 33 - 22 89 98
E-Mail: feykurd@kurder.dk
http://www.kurder.dk

Australien

Australian Kurdish Association Inc.
93 Main Street
Blacktown 2148 Sydney
Tel: (61) 2 - 96 76 72 45

Zypern

Kypriaki Epitropi Allileggyis sto Kourdistan
Tach. Thyr. 25607
1311 Lefkosia / Kypros
Tel: (357) 2 - 37 42 16
E-Mail: ernk-ky@logos.cy.net

Russländische Föderation

Mala Kurda
ul. Vilgelma Pika, d. 4/A
129 226 Moskva
Tel./Fax: (70) 95 - 18 71 200
E-Mail: kurdistan_komite@yahoo.com

Ungarn

KURDISZTÁNI INFORMÁCIÓS ÉS KULTURÁLIS EGYESÜLET
Dózsa György út 58; 1076 Budapest
(36) 30 405 8790, (36) 30 873 7521
E-Mail: info@kurdistan.hu
www.kurdistan.hu

Impressum
Der Kurdistan Report erscheint regelmäßig alle zwei Monate.

Redaktion:
W. Struwe (V.i.S.d.P.), S. Karabulut, D. Çimen, B. Ruprecht, E. Millich

Kontaktadresse:
Kurdistan Report
c/o ISKU – Informationsstelle Kurdistan e.V.
Spaldingstr. 130-136
20097 Hamburg
www.kurdistanreport.de
kr@nadir.org

Bankverbindung:
Dr. H. J. Schneider
Hamburger Sparkasse
Kto.Nr. 102 021 21 20
BLZ 200 505 50

Preise:
Einzelexemplar: 3,– Euro
Jahresabonnement
6 Exemplare: 15,– Euro plus Portokosten

Titelbild:
Auf dem Weg zu den Newrozfeierlichkeiten in Amed

Rückseite:
Plakat zum 9. Zilan-Frauenfestival

Wir bedanken uns für die Unterstützung zahlreicher Freundinnen und Freunde.

9. ZÎLAN
FESTIVALA JINAN - FRAUEN FESTIVAL

"SARABÛN: BIBIRYARÎ, BÊSÎNORÎ Û AZADÎ YE"

"WIR SIND ALLE SARA: GRENZENLOS, ENTSCHLOSSEN UND FREI"

Bername/Programm:

* Çopî
* Rojbîn
* Natalîa
* Xanê Zazê
* Deniz Deman
* Lale Koçgün
* Koma Tiliyên Sor (Schweiz)
* Koma Mizgîn (Koro ya Zarokan)
* Peyam û Axaftin

Panel/Podiumdiskussion

Revierpark Wischlingen, 44149 DORTMUND

22.06.2013 / DORTMUND

Saet/Beginn: 10.00 Uhr

ISSN 0935-5375

zîlan

Org.: Ceni – Kurdisches Frauenbüro für Frieden e.V.
Corneliusstr.125, 40215 Düsseldorf, Tel: +49 211 5989251, email: ceni_frauen@gmx.de